

Historische Studien

unter Mitwirkung der Herren Universitäts-Professoren: W. Andreas, O. Becker, G. Beckmann †, G. v. Below †, G. Beyerhaus, A. Brackmann, A. Cartellieri, F. Delitzsch †, W. Goetz, F. Hartung, A. Hasenclever, R. Holtzmann, P. Joachimsen †, H. Lietzmann, E. Marcks, F. Meinecke, G. Mentz, W. Mommsen, H. Oncken, F. Philippi, A. Wahl, A. Weber, G. Wolff, J. Ziekursch
u. a. herausgegeben von Dr. Emil Ebering.

== Heft 291 ==

Bismarcks Realpolitik als Ausdruck seiner Weltanschauung

Die Auseinandersetzung mit Leopold v. Gerlach
1851 – 1859

Von

Dr. Hans Mombauer

Verlag Dr. Emil Ebering
Berlin 1936

Nachdruck mit Genehmigung vom
Matthiesen Verlag, Lübeck

KRAUS REPRINT LTD.
Vaduz
1965

Historische Studien

Die Ausgestaltung der deutschen Verfassung im Jahre 1848
von Dr. Hans Meyer
Breslau 1890

Bismarcks Realpolitik

als Ausdruck
seiner Weltanschauung

Die Ausgestaltung der deutschen Verfassung im Jahre 1848
1851-1890

Reprinted from a copy in the collections of
The New York Public Library

Dr. Hans Meyer

Verlag Dr. Carl Ernst
Breslau 1890

Printed in the United States of America

Vorwort.

Die vorliegende Untersuchung ist entstanden aus meiner Arbeit im Marburger Historischen Seminar. Sie wurde 1934 von der Philosophischen Fakultät der Philipps-Universität als Dissertation angenommen. Herrn Professor Wilhelm M o m m s e n in Marburg danke ich an dieser Stelle aufrichtig für den Anteil, den er an dieser Arbeit genommen hat.

Solingen, Januar 1936.

Dr, H a n s M o m b a u e r.

Inhaltsverzeichnis.

Vorwort	3
Einleitung	5
Das politische Weltbild Leopold von Gerlachs	12
Bismarcks realpolitisches Denken in der Innenpolitik Seine Staatsauffassung	18
Bismarcks Stellung zur Öffentlichkeit	27
Bismarcks realpolitisches Denken in der Außenpolitik Bundespolitik und deutsche Politik vor dem Krimkrieg	32
Bismarcks außenpolitische Haltung in der Zeit des Krim- krieges	41
Bundespolitik und deutsche Politik nach dem Krimkrieg	54
Bismarcks Forderungen zur europäischen Politik Preußens nach dem Pariser Kongreß	64
Gerlachs und Bismarcks Verhältnis zur Geschichte	75
Ergebnis	80
Schlußbetrachtung	84
Literatur	88

Einleitung.

Bismarck lebt im Gedächtnis der Nachwelt fort als der große „Realpolitiker“, als der Staatsmann, der mit unbestechlichem Blick das Wirkliche und Wesentliche jeweils erkannte und mit großartiger Nüchternheit, unbekümmert um geltende Wertungen und Traditionen, seiner Einsicht gemäß zu handeln wußte. Er gilt mit Recht als der Verächter aller Ideologien und schwärmerischen Illusionen, dessen Handeln ganz unabhängig blieb von doktrinärer Befangenheit, von irgendwelcher theoretischen oder parteimäßigen Schablone. Bismarck hat deshalb vom Beginn bis zum Ende seiner staatsmännischen Tätigkeit in den Ideologen, Doktrinären und Parteiführern aller Richtungen seine heftigsten Gegner gefunden.

Aber es wäre ganz unrichtig, Bismarcks „Realpolitik“ lediglich als ein glaubensloses Paktieren mit der jeweiligen Situation, als ein instinktsicheres Ergreifen des richtigen Mittels zum jeweiligen Zweck, als ein virtuosos praktisches Können aufzufassen. Bismarck war mehr als ein gewiegter Diplomat und kühler Rechner, mehr als ein besonders geschickter Fachmann in seinem politischen Beruf. Bismarck konnte mit feiner Elastizität sich wechselnden Situationen anpassen, mit kluger Taktik die bestehenden Möglichkeiten ausnutzen, er betrieb meisterhaft die Politik als Kunst des Möglichen; wem fiel es darum ein, in dem leidenschaftlichen und willensstarken Kämpfer nur einen geschmeidigen und labilen Opportunisten zu sehen? Wie unfruchtbar, ja wie belanglos wäre dann jede Betrachtung von Bismarcks Politik, jeder Versuch zur Deutung seines Handelns! In Wahrheit muß das letzte Ziel solcher Betrachtung sein, den dauernden Charakter, den entscheidenden Sinn und schließlich das verpflichtende Ethos dieses Handelns zu erkennen und so Bismarcks Größe zu ermessen. —

Wie in der ganzen Folge seiner Briefe, Reden und Denkschriften ein eigener unverlierbarer Sprachklang und -Rhythmus herrscht, so tragen auch seine Taten, Entschlüsse und Entscheidungen in all ihrem Wechsel, in all ihrer von Zeit und Umstand bedingten

Verschiedenheit ein gemeinsames und gleichbleibendes Gepräge. Einer genaueren Betrachtung kann es nicht entgehen, daß hinter den Entscheidungen des Tages, hinter dem rationalen Gefüge von Mittel und Zweck, von Methode und Ziel dauernde Gesichtspunkte maßgebend, tiefere Beweggründe bestimmend sind, die seiner Realpolitik erst ihren individuellen einmaligen Charakter verleihen, ihre Einheit und Eigentümlichkeit bedingen. So kühl und beherrscht Bismarck jeweils entschied und handelte, so leidenschaftlich bewegt war doch sein gesamtes Wollen. Hier regierten mächtige Impulse, klare und entschiedene Wertungen. Dieser geborene Meister der Politik hatte es freilich nicht nötig, sich auf seinem Wege nach dem Schema vorgefaßter Systeme und weltanschaulicher Programme zurechtzufinden. Im einzelnen lenkte ihn ein rechnerischer Scharfsinn, eine überlegene Vernunft und vor allem ein genialer Instinkt. Das Ganze seines politischen Wesens und Wollens aber wurzelte in einem starken unbeirrbaren Glauben, gründete sich auf die Festigkeit seines klaren und entschiedenen Verhältnisses zu Gott, Mensch und Welt. Das eigentümliche, in allem Wechsel der Aufgaben gleichbleibende Wesen von Bismarcks Realpolitik ist nur von seinen glaubensmäßigen weltanschaulichen Voraussetzungen her zu verstehen. Von dieser Überzeugung ist die Fragestellung in der vorliegenden Arbeit bestimmt.

Einzelne markante Züge im Gesamtbild Bismarcks hat die Forschung in besonderen Untersuchungen hervorgehoben. Wir wissen von Bismarcks Christentum und seinem Monarchismus, wir kennen Art und Ausdruck seines nationalen Empfindens.¹ Wir wissen durch solche Untersuchungen vor allem, daß alle diese Einzelzüge über sich hinaus aufeinander hinweisen und sich wechselseitig bedingen, daß sie zusammen gehören und in einem bestimmten Verhältnis zueinander stehen. Aber wir sind immer geneigt, den einen Wesenszug seiner Politik durch den anderen auszulöschen, den einen im anderen aufgehen zu lassen, sie gegeneinander auszuspielen. Als

1. Ich nenne die wichtigsten dieser Untersuchungen: Otto Baumgarten, Bismarcks Glaube, Tübingen 1915; Hans Rothfels, Bismarcks Staatsanschauung, München 1925; Günther Franz, Bismarcks Nationalgefühl, Berlin 1926; A. O. Meyer, Bismarcks Glaube, 2. Aufl. München 1933.

Beispiel nur sei die Untersuchung von Richard Augst² genannt, der Bismarcks staats-egoistischen Realismus als Gegensatz zum parteibefangenen Doktrinarismus Gerlachs hervorhebt und diesen Gegensatz in unzulässiger Weise vereinfacht, indem er alle übrigen Wesenszüge Bismarcks im realistischen Machtgedanken aufgehen läßt. Er schreibt z. B.: „Nicht aus Prinzip, sondern aus Interesse für das Vaterland verteidigte Otto von Bismarck im Sturm der Revolution die Selbständigkeit der preußischen Krone, in der er ein wesentliches Element der Macht und Stärke seines Staates erkannte.“³ Das ist nur eine Teilwahrheit. Bismarck hat auch aus „Prinzip“, d. h. als Monarchist die Krone verteidigt, nicht nur aus utilitaristischer Erwägung des vaterländischen Interesses. Hier wirkten in Bismarcks Handeln zwei Motive zusammen; sein Monarchismus und sein Preußentum gehen freilich ineinander über, aber man darf nicht einfach, wie Augst das tut, eins durch das andere erklären und damit auslöschen. Bismarck war nicht allein deshalb Monarchist, weil er die Monarchie für die beste Form seines preußischen Staates hielt. Diese rationalistische Deutung unterschlägt Bismarcks Christentum und damit seine Auffassung vom Gottesgnadentum, die ihn zum Königsdienst verpflichtete.⁴ Selbst Günther Franz, der vermöge seiner Problemstellung zu viel tieferen und fruchtbareren Ergebnissen kommt, der zudem den Zusammenhang von Christentum, Legitimusmus und Patriotismus selbst betont, entgeht doch nicht an anderer Stelle der freilich naheliegenden Gefahr, Bismarcks Konservativismus lediglich auf den preußischen Interessenstandpunkt zurückzuführen und zu behaupten, daß Bismarck allein deshalb Antidemokrat gewesen ist, weil ihm die Demokratie als preußenfeindlich galt. Auch dies ist nur eine Teilwahrheit, eine Erklärung, die das Wesentliche nicht ausspricht. Es war Bismarcks Auffassung vom Menschen als der sündhaften und unvollkommenen Kreatur, die ihn zum konservativen Verfechter der alten Obrigkeit und Ordnung, zum Feind jeder demokratischen und liberalen Staatsauffassung machte, nicht nur die Erwägung des preußischen Staatsnutzens.

2. Richard Augst, Bismarck und Leopold von Gerlach, Leipzig 1913.

3. Augst, a. a. O. S. 31.

4. Vgl. Rothfels, a. a. O. S. XXIX; Franz, a. a. O. S. 31.

Die Unvollständigkeit all dieser Deutungen beruht auf der gleichen Ursache. Sie alle bezeichnen zwar zutreffend Eigenrecht und Eigenmacht des Staates als den unbedingten leitenden Beweggrund von Bismarcks Handeln. Der Staatsgedanke gilt ihnen als das oberste Prinzip seiner Politik. Aber sie fragen nicht weiter nach der besonderen Art dieses Staatsgedankens; sie fragen nicht, in welcher Weise Bismarcks Weltanschauung ein besonderes Staatsgefühl ausprägte und wie dieses Staatsgefühl sich in seinem Handeln realisierte. Auf diesem Wege erst müßte es möglich sein, alle einzelnen Wesenszüge in Bismarcks Weltanschauung und in seiner politischen Überzeugung in ihrem Verhältnis zueinander, in ihrer wechselseitigen Bedingtheit und Abhängigkeit zu erkennen und sodann den Zusammenhang zwischen der Welt seines Glaubens und dem Bereich seines Handelns aufzudecken. Auf diesem Wege erst ist vielleicht eine vollständige Vorstellung von seiner Realpolitik zu gewinnen und dabei zu erkennen, daß sie in ihrer Eigenart dem innersten Wesen Bismarcks entstammte.

Die vorliegende Arbeit kann in dem Rahmen, den sie sich steckt, diesen Fragenkomplex nicht erschöpfen; sie will nur zu ihm hinleiten. Die Frankfurter Jahre des Bundestagsgesandten bieten dazu den besten Anlaß. In diesen Jahren grenzten Bismarcks realpolitische Forderungen sich mit wachsender Schärfe ab von den Anschauungen der christlich-legitimistischen Kamarilla am Hofe Friedrich Wilhelms IV. Damit tritt das Verhältnis Bismarcks zu Leopold von Gerlach in den Mittelpunkt der Betrachtung.

Der traditionelle Begriff der Realpolitik läßt sich aus dem Verhältnis Bismarcks zu Gerlach am besten entwickeln, indem man Bismarcks „Realpolitik“ der „Prinzipienpolitik“ Gerlachs antithetisch gegenüberstellt,⁵ indem man gleichzeitig nachweist, daß Bismarck damals in wachsender Abwendung von Gerlach sich vom legitimistischen Doktrinär zum realistischen Staatsmann wandelte.⁶ Hier hat eine Korrektur einzusetzen, um eine wesentlichere Vorstellung von Bismarcks Realpolitik zu gewinnen, um sie als Ausdruck seiner Weltanschauung zu begreifen. Dabei wird aufzuzeigen

5. Diese Antithese hat Augst in seiner Arbeit konsequent durchgeführt.

6. Diese Auffassung ist freilich auch bei Augst bereits überwunden.

sein, daß das Verhältnis der beiden Männer sich nicht antithetisch fassen läßt; daß zwar ein tiefer Generationsunterschied besteht,⁷ aber das zugleich eine Gemeinsamkeit, und zwar eine weltanschaulich bedingte konservative Grundhaltung Bismarck und Gerlach verbindet, die sich allerdings bei beiden in bezeichnender Verschiedenheit ausprägt. Diese Kritik wird gleichzeitig damit zeigen können, daß Bismarck sich in Frankfurt nicht vom Doktrinär zum Realisten wandelte, daß vielmehr die gewandelte europäische Lage zusammen mit dem neuen Amt und der neuen Aufgabe die ursprüngliche staatsmännische Eigenart Bismarcks zur Entfaltung brachte und den ursprünglichen Gegensatz zu Gerlach offenbar machte.

Bei der Aufgabe, die hier gestellt ist, kann diese Arbeit natürlich nicht auf die Ereignisse der deutschen und europäischen Politik in den Jahren 1851 bis 1859 ausführlich eingehen. Arnold Oskar Meyer hat in seinem Buch „Bismarcks Kampf mit Österreich am Bundestag in Frankfurt“ die vollständige Darstellung aller politischen Vorgänge gegeben, an denen Bismarck durch seine Stellung tätigen oder betrachtenden Anteil nahm; die vorliegende Arbeit könnte als Tatsachenbericht nur eine unzulängliche und verkürzende Wiederholung dieses Werkes sein. Hier kommt es nur darauf an, zu erkennen, wie die damalige politische Welt im Zusammenhang mit der inneren und äußeren Lage des preußischen Staates sich im Fühlen, Denken und Wollen des preußischen Bundestagsgesandten spiegelte, welche Folgerungen er aus seinen Einsichten zog, wie er in die Lage eingriff oder einzugreifen gedachte. Vor allem gilt es, Bismarcks Anschauungen der politischen Gedankenwelt Gerlachs gegenüberzustellen und dabei zugleich den Zusammenhang von Innen- und Außenpolitik bei Bismarck und Gerlach vergleichend zu betrachten. Das Quellenstudium konnte daher auf die bekannten Publikationen, welche Bismarcks und Gerlachs Meinungsäußerungen dieser Jahre enthalten, beschränkt werden. Diese Arbeit mußte ferner ihrer Natur nach auf wichtigen Forschungsergebnissen fußen, die das hier gestellte Problem berühren oder sich gar teilweise mit ihm decken. Solche Berührungspunkte sind jeweils durch Hinweise

7. Vgl. Friedrich Meinecke, Bismarck und Gerlach, Hist. Zeitschrift, Bd. 72, S. 57.

auf die betreffenden Werke genau bezeichnet. Neben den grundlegenden Forschungen von Lenz, Marcks und Meinecke ist besonders der Aufsatz von Hans Rothfels über Bismarcks Staatsanschauung für diese Arbeit wichtig geworden.

Eine Schrift muß schließlich noch genannt werden, die einen anderen Zeitpunkt in der Geschichte Bismarcks behandelt, deren Ergebnis aber das Problem und das Resultat der vorliegenden Arbeit in einem bestimmten Teil vorwegnimmt. Es ist die Untersuchung von Rudolf Stadelmann über „das Jahr 1865 und das Problem von Bismarcks deutscher Politik“.⁸ Stadelmann prüft mit erschöpfender Genauigkeit Bismarcks deutsche und europäische Politik in ihren Zusammenhängen zur Zeit des Gasteiner Vertrages. Er verfolgt, mit Benutzung aller nur zugänglichen archivalischen Quellen, die diplomatischen Vorgänge, die sich zwischen den beiden deutschen Großmächten während der kritischen Monate des Jahres 1865 abspielen, um in ihnen Bismarcks eigentliche Absichten in bezug auf die deutsche Frage zu erkennen und von da aus zu einer Wesensbestimmung von Bismarcks Politik überhaupt zu gelangen. Auch Stadelmann sucht also von den Einzelheiten zum Allgemeinen vorzudringen, in den Entschlüssen und Taten des Augenblicks gleichsam die ewige Gestalt Bismarcks zu erkennen. Er konzentriert seine Untersuchung sachlich und zeitlich auf eine zentrale Frage und einen wichtigen Moment in der Geschichte Bismarcks; in der Fragestellung⁹ und in den Ergebnissen¹⁰ herrscht eine weitgehende Übereinstimmung mit dieser Arbeit. Man darf Stadelmanns Buch als eine besonders gewichtige Bestätigung der hier ausgesprochenen Thesen auffassen. Unsere Arbeit geht aus von den Meinungsäußerungen und Willenskundgebungen vieler Jahre, in denen Bismarck selbst noch nicht mit voller Freiheit der Entschließung handeln konnte; zugleich wird durch die Auseinandersetzung mit Gerlach die Frage der Realpolitik in den Zusammenhang einer weltanschaulichen Problematik und einer geistesgeschichtlichen Entwicklung gerückt. Stadelmann geht aus vom Handeln des leitenden Staatsmannes in einer beson-

8. Das Buch kam in meine Hand, als diese Arbeit in ihren Grundlinien und Ergebnissen fertig war.

9. Vgl. Stadelmann a. a. O. S. 1—6.

10. Vgl. Stadelmann a. a. O. S. 71 ff.

ders entscheidenden Lage, er bleibt in den Grenzen eines bestimmten außenpolitischen Problems, das er mit systematischer Exaktheit auswertet. Die analogen Ergebnisse werden also auf ganz entgegengesetzten Wegen erzielt. Ein entscheidender Augenblick im Schaffen des Staatslenkers offenbart schlagartig die Eigenart seiner Politik, die wir im Folgenden aus den schriftlichen Zeugnissen der Gesandtenzeit abzulesen versuchen.

Das politische Weltbild Leopold von Gerlachs.

Bei seinem Eintritt in die Politik fand Otto von Bismarck einen Freund und Berater in dem Generaladjutanten Friedrich Wilhelms IV., dem General Leopold von Gerlach. Ihm schloß sich der junge Abgeordnete an, um durch die Führung dieses ihm an Alter und Einfluß überlegenen Mannes mit dem höfischen und politischen Leben vertraut zu werden. Gerlach andererseits sah in dem jungen Freunde einen künftigen Verfechter seiner politischen Anschauungswelt, den er sich im Sinne seiner Ideale zu erziehen gedachte. Gerlach war das Haupt und die einflußreichste Persönlichkeit einer politischen Gruppe, in deren Denken und Wollen Bismarck hineingezogen wurde und als deren Mitglied man ihn in der Öffentlichkeit ansah.

Es erhebt sich für uns die Frage, in welchem Grade der Kreis um Gerlach Bismarcks politisches Denken beeinflußt hat und wie weit er für das Wesen seiner Realpolitik positiv oder negativ bestimmend gewesen ist. Dazu bedarf es zunächst einer Betrachtung jener Prinzipien, aus denen sich Gerlachs politisches Denken nährte.

Gerlach ging in all seinem Wollen und Handeln von seinem christlichen Glauben aus. Die christlich verstandene Obrigkeit galt ihm als heiligster und oberster Wert. Doch nicht jede Regierung war in diesem Sinne echte Obrigkeit. Sie mußte im Irrationalen verankert, von „Gottes Gnaden“ sein; Gerlach anerkannte als legitim nur die monarchische Obrigkeit der alten Dynastien. Als solche echte Obrigkeit galt ihm aber auch die obrigkeitliche Stellung der Standesherren, des Adels, der Grundbesitzer, aller alten Autoritäten bis herab zur väterlichen Gewalt in der Familie; er kannte eine Hierarchie obrigkeitlicher Gewalt,¹ die als alte gewachsene Ordnung die gottgewollte Gliederung des Volkes darstellte. Der

1. Dkw. I, SS. 596, 648.

Begriff des „Volkes“ als einer Einheit fand nicht seine Anerkennung, und damit verneinte er alle politischen Folgerungen, die sich aus diesem Begriff ergeben; so gab es für ihn keinen Volkswillen, denn das Volk sei nach ewigen Ordnungen gegliedert, gespalten, eine Vielheit, und könne deshalb keinen geschlossenen Willen haben.² Sein unbedingter und unversöhnlicher Kampf galt der Revolution. „Revolution“ war ihm ein höchst umfassender negativer Begriff: der zerstörerische Gegensatz zu aller Obrigkeit. Revolutionär war für ihn gleichermaßen der fürstliche Absolutismus, der durch die Zerstörung der ständisch-obrigkeitlichen Freiheit das Volk nivelliert habe,³ als revolutionär galt ihm jeder Konstitutionalismus, welcher der monarchischen Obrigkeit eine Vertretung des nivellierten Volkes entgegensetzt,⁴ und zumal jede Form der Demokratie, die von der gottlosen Idee der Volkssouveränität ausgeht, und jede Diktatur, die sich auf den Schultern der nivellierten Masse erhebt. Gerlach durchschaute also den historischen Zusammenhang von Absolutismus und Demokratie.⁵ Er kannte nur einen sinnvollen Gegensatz in der politischen Welt: denjenigen zwischen Obrigkeit und Revolution, der ihm gleichbedeutend schien dem Kampf zwischen Gott und Teufel, zwischen göttlich geheiligter Ordnung und gottwidrigem Chaos.

Nach diesem Gegensatz war sein ganzes innen- und außenpolitisches Programm ausgerichtet: innenpolitisch galt es, die alte ständisch-obrigkeitliche Ordnung neu aufzubauen; außenpolitisch eine Solidarität aller legitimen Obrigkeiten zu erreichen, die alle revolutionären Kräfte ausrotten sollte. Wir stehen einem politischen Weltbild, einem Prinzip von höchster Folgerichtigkeit und reinsten Idealität gegenüber, das sich erhob auf dem Fundament des positiven christlichen Glaubens.

Wie verhielt sich dieses Prinzip zur politischen Wirklichkeit? Es war erwachsen aus dem Kampf gegen die französische Revolution und gegen Napoleon I. Im Namen dieses Prinzips hatten die Ostmächte auch nach der Überwindung Napoleons ihre Verbindung aufrecht erhalten, um als legitime Staaten solidarisch die Revolu-

2. Dkw. I, SS. 282, 596.

3. Br. a. B. S. 16.

4. Br. a. B. SS. 156, 187 f.

5. Dkw. I, S. 578.

tion in den eigenen Ländern im Keime zu ersticken und die gottlosen Ideen von der Volkssouveränität zu vernichten. Diese Gedankenwelt, die von vornherein nur in einer begrenzten Schicht lebendig gewirkt hatte, verlor an Geltung und Einfluß in der politischen Wirklichkeit in dem Maße, wie die Erinnerung an die napoleonische Zeit zurücktrat. Die patriarchalische Ordnung war so, wie sie von Gerlach und seinen Freunden gefördert wurde, in keinem der „legitimen“ Staaten annähernd mehr verwirklicht; der Gedanke der obrigkeitlichen Solidarität hatte wesentlich zur Verkleidung eigenstaatlicher Machtinteressen gedient. Das bonapartistische Frankreich war für Gerlach natürlich das Geburtsland aller revolutionären Widergöttlichkeit,⁶ er verabscheute aber auch das „Knotenregiment“ in Rußland, das zentralistisch-absolutistische Regiment in Österreich,⁷ die parlamentarische Entartung in England; er verachtete in den deutschen Mittel- und Kleinstaaten die ehemalige rheinbündische Gefolgschaft Bonapartes, die von der Revolution profitiert hatte.⁸

Und Preußen selbst? Gewiß, in Preußen bestand noch eine ständische Tradition und es gab verhältnismäßig starke Reste ständischer Ordnung, an denen die Restaurationspolitik in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts anzuknüpfen suchte, aber doch auch Preußen und gerade Preußen war durch den Absolutismus hindurchgegangen; der Absolutismus friderizianischer Prägung hatte den preußischen Staat geformt und groß gemacht; die preußischen Reformer hatten Ideen der Revolution in eigentümlicher Weise zu spezifisch deutschen Gedanken verarbeitet, für den preußischen Staat fruchtbar gemacht, und dadurch die Erhebung von 1813 vorbereitet; seit 1850 war Preußen ein Verfassungsstaat. Gerlach verneinte das Anwachsen der deutschen Territorialstaaten als ein revolutionäres Ergebnis der jüngsten Entwicklung und übersah dabei, daß Preußen und Österreich als Produkte der gleichen Entwicklung, historisch gesehen, mit jenen auf gleicher Stufe standen. Er übersah und mißachtete die durch Geschichte, Kultur, Volk, Raum und Wirtschaft bedingten Sonderinteressen und -Tendenzen

6. Br. a. B. SS. 5, 199.

7. Dkw. I, S. 588.

8. Br. a. B. SS. 119, 210.

der einzelnen Mächte und sprach in moralisierendem Zorn von „bonapartistischer Politik“ dort, wo die Staatsmänner diesen Interessen folgten.⁹ Die Beziehungen der Staaten untereinander glaubte er bestimmt nicht durch das Für und Wider ihrer eigenen Machtinteressen, sondern allein durch die Homogenität oder Heterogenität ihrer innenpolitischen Systeme. Er mußte erleben, daß die Machtinteressen der Staaten, welche durch die legitimistische Ideologie nur verdeckt, aber nicht beseitigt worden waren, mit dem fortschreitenden Jahrhundert immer unverhüllter zu Tage traten und schließlich die Solidarität der Ostmächte zerstörten. Er mußte erleben, daß in den deutschen Staaten eine ständisch-patriarchische Restauration nicht zur Vollendung kam, die wachsende Spannung zum bürgerlichen Liberalismus dagegen sich in Revolutionen entlud. Er mußte beobachten, daß die höchsten Staatsdiener im eigenen Staat von ihm bedenklich erscheinenden Tendenzen ergriffen waren. So geriet Gerlach in eine wachsende Distanz zur Wirklichkeit, und immer mehr zog er sich aus der Welt des Seins, die er nicht mehr begriff, zurück in eine Welt des Sein-Sollenden, an die er weiterhin glaubte.

Schon zu bald zeigte sich, daß der politische Sieg, den er und seine Freunde nach der revolutionären Episode von 1848 mit der Liquidation der Unionspolitik und der Wiederherstellung des Deutschen Bundes errangen, nur ein Scheinsieg war. Das System der Ostmächte war durch die revolutionären Ereignisse stark erschüttert worden; Frankreichs Ansehen war unter Napoleons III. Herrschaft zu Gerlachs Entsetzen in ständigem Wachsen. Gerlach konnte sich nach 1848 mit dem wahren Sein der Dinge nur einlassen, indem er Kompromisse schloß und unter inneren Vorbehalten an die Wirklichkeit Konzessionen machte.¹⁰ So fand er sich in Preußen mit dem Konstitutionalismus ab, der „Kontinuität des Rechtes“ wegen und weil eine konstitutionelle Verfassung ihm doch noch mit dem ständischen Wesen verwandter zu sein schien als der Absolutismus; zugleich auch mit der Hoffnung, die Verfassung werde von selbst fallen, wenn die ständische Ordnung wieder erstanden sei.¹¹ Er

9. Dkw. II, S. 232.

10. Br. a. B. SS. 193, 195.

11. Br. a. B. SS. 28, 41, 47, 64, 156.

erkannte und beklagte zwar, wie weit man in Wien und Petersburg von echt konservativer Politik in dem von ihm geforderten Sinne entfernt sei, verfocht aber doch weiterhin das Zusammengehen mit den östlichen Kaiserstaaten. Sein politisches Schicksal war wachsende Resignation, als sich die Kluft zwischen Ideal und Wirklichkeit immer schwerer überbrücken ließ;¹² es mangelte ihm jene oberste Voraussetzung jedes erfolgreichen politischen Handelns, das Vermögen, sich mit der Gegenwart, ihren Kräften, Mächten und Impulsen einzulassen, sie zu begreifen und zu durchschauen, Einsichten zu gewinnen, die aller tätigen Gestaltung vorangehen müssen. Der handelnde Staatsmann muß in dem Maße Kind seiner Zeit sein, daß er sie in ihrem Wesen erkennt und an ihrem Wesen teil hat. Erst dadurch gewinnt der Staatsmann den richtigen Blick und das für sein Handeln unerläßliche richtige Urteil. Sein eigenes Werten und Wollen darf ihn nicht blind und hilflos machen gegenüber den Wertungen und Willensrichtungen seiner Zeit, darf ihn nicht in eine unfruchtbare Isolierung treiben, die ihn aller Möglichkeiten beraubt. Irgendwie muß er aus dem Holz seiner Gegenwart geschnitzt sein, und sein Wollen muß in die Kräfte dieser Gegenwart eingreifen wie ein Zahnrad ins andere. Gerlach moralisiert, er verurteilt und verdammt, anstatt zu verstehen und sein Tun nach diesem Verständnis einzurichten. Bloßes Ressentiment führt zu Passivität und lähmt die politischen Willenskräfte.¹³ Freilich macht es aber auch überempfindlich gegen das Neue, Ganz-Andere, das heraufkommt; der Zeitfremdheit entspricht jeweils ein abwehrender Zeitinstinkt, ein tiefes und trauriges Wissen um Vergehen alter Werte.¹⁴ Auch seine eigene Isolierung, seine Überlebtheit hat Gerlach stark empfunden, und in seinen Briefen begegnen wir einer

12. Am deutlichsten wird das in seiner Haltung gegenüber Österreich während des Krimkrieges, wie unten gezeigt werden soll

13. Daß diese Passivität zugleich aus der Ideologie Gerlachs und seiner Freunde selbst hervorging, hat Meinecke aufgezeigt, Vgl. Fr. Meinecke, Die Tagebücher des Generals v. Gerlach, Hist. Ztschr. Bd. 70, S. 75.

14. Dem Nachlebenden erscheinen Gerlachs gelegentliche Klagen über die Zukunft der christlichen Obrigkeit, über zunehmende Entartung bei den Dynastien, über den gefährdeten Bestand des Glaubens und die Entchristlichung Europas geradezu prophetisch. Vergl. Dkw. I, SS. 578, 683, II, S. 342.

eigenen Art politischer Hypochondrie. Freilich setzte er in der Weise des Alters seine Hoffnung auf eine jüngere Generation, die mit neuer Kraft für seine Prinzipien eintreten würde. Hier gerade aber erlebte er Enttäuschungen, die für sein ganzes politisches Schicksal symptomatisch wurden. Der Zögling Bismarck entglitt seinem Erzieher Gerlach; in Bismarck, dessen Größe Gerlach geahnt hatte, ohne seine Impulse zu begreifen, der nach seinem Willen der künftige Verfechter seiner Prinzipien werden sollte, begegnete er eben diesen neuen Kräften, denen er verständnislos gegenüberstand, die seine Wertungen und Ziele durchkreuzten und die er als verderblich bekämpfte. Während des Krimkrieges schrieb Gerlach in unwillkürlicher Erkenntnis der großen Möglichkeiten, die für eine tatkräftige Politik in der gewandelten diplomatischen Lage gegeben waren, an Bismarck: „Ein Mann von Mut könnte jetzt, glaube ich, die Welt erobern“. ¹⁵ Er ahnte nicht, daß sein Adressat jener mutige Mann war, der diese neuen Möglichkeiten benutzen und Deutschland erobern würde. Zu dieser Eroberung aber gehörten andere Voraussetzungen als die Gerlachs. Im Studium dieser Voraussetzungen soll das Verständnis der Bismarckschen „Realpolitik“ gewonnen werden.

15. Br. a. B. S. 130.

Bismarcks realpolitisches Denken in der Innenpolitik.

Seine Staatsauffassung.

Als Bismarck nach Frankfurt ging, galt er der politischen Öffentlichkeit als Vertreter des Gerlachschen Kreises, und nicht ohne Grund. Wir wissen, wie sehr die Berührung mit dem christlich-konservativen Kreis seine innere Entwicklung und sein persönliches Schicksal bestimmt hat. Das Jahr 1848 hatte ihn dann als leidenschaftlichen Verfechter der Obrigkeit gegen die Revolution auf den Plan gerufen; in der Innenpolitik mußte die politische Gemeinschaft mit Gerlach am deutlichsten in Erscheinung treten. Auch Bismarcks Monarchismus war christlich begründet; sein Gehorsam gegenüber dem König war in seinem christlichen Glauben verankert, und sein starkes Pflichtgefühl im Dienst der Monarchie von dort her genährt.¹ Das Christentum war ihm die Rechtfertigung und zugleich die Schranke der königlichen Herrschaft: der Fürst trug nach seiner Auffassung die Verantwortung für Staat und Volk gegenüber Gott.² Christlicher Glaube erschien ihm als die Voraussetzung und die Gewähr monarchischer Gesinnung in der Bevölkerung und als das festeste Bollwerk gegen die Revolution.³ Aus der glaubensmäßig gebundenden Stellung zur legitimen Obrigkeit ergab sich folgerichtig die Feindschaft gegen die Revolution, gegen Demokratie und Liberalismus. Bismarck hat auch

1. Br. a. Gerlach SS. 111, 124, 323. Das in Bismarcks Blut und ritterlichem Erbe liegende Treuegefühl des Lehnsmannes gegenüber dem königlichen Herrn war mehr persönlicher als weltanschaulich-politischer Art; richtete sich bei Bismarck später auch mehr auf die Person Wilhelms I. als auf die königliche Stellung als solche.

2. GW I, S. 238.

3. GW I, S. 20.

in Frankfurt diese Feindschaft regsam betätigt, er stand in vorderster Linie, wenn es galt, Demokraten und andere Feinde des monarchischen Staates zu bekämpfen, zumal er hier, im deutschen Südwesten, diese Feinde in größerer Zahl und aus größerer Nähe beobachten konnte.⁴ Er spielte denn auch die christlich gehorsame Gesinnung des altpreußischen Volkes gegen den unchristlich republikanischen Geist der Süd- und Westdeutschen aus;⁵ und dieser preußisch-patriotische Stolz auf die Zuverlässigkeit der preußischen Landeskinder verbot Bismarck jegliche Furcht vor der Revolution als einem drohenden Schrecknis der Zukunft. Während Gerlach in der Revolution den mit allen Mitteln zu bekämpfenden Hauptfeind erblickte; zeigte Bismarck in seinem Urteil und in seinem Verhalten eine geringschätzige Verachtung gegenüber allen revolutionären Tendenzen und Versuchen,⁶ Ausdruck eines siegessicheren Vertrauens auf die Macht der preußischen Krone und die Festigkeit des preußischen Staates gegenüber einem Feind, den er im Grunde überwunden glaubte. Ebendeshalb war Bismarck keineswegs wie Gerlach durchdrungen von der Notwendigkeit obrigkeitlicher Solidarität; sogar die deutschen Regierungen wollte er unter Umständen sich selbst und ihren innenpolitischen Schwierigkeiten überlassen.⁷ Für Bismarck wie für Gerlach war das Recht der Obrigkeit heilig und unantastbar, waren revolutionäre Unternehmungen in jedem Fall verwerflich; bei alledem verschloß sich Bismarck nicht der Einsicht, daß auch Regierungen an revolutionären Erschütterungen die Schuld tragen können, dann etwa, wenn das materielle Wohl der Untertanen den Launen einer Dynastie geopfert würde.⁸ Wie wenig er freilich dabei das Prinzip der Obrigkeit dem Gedanken des öffentlichen Wohls unterordnen wollte, zeigt die Tatsache, daß er einer Regierung das Recht zuerkannte, oppositionelles Verhalten bestimmter Bevölkerungsteile durch geringere Berücksichtigung in Fragen materieller Wohlfahrt gleichsam zu bestrafen.⁹ Mit Gerlach,

4. Br. a. G. S. 73. Posch. I, S. 324.

5. GW I, S. 303.

6. GW I, S. 69.

7. GW I, S. 448.

8. GW I, S. 237. Ebendies warf er den Regierungen vor, die gegen das Interesse ihrer Bevölkerung die Neubildung des Zollvereins zu sabotieren suchten.

9. GW I, S. 258.

dem Gegner des bürokratisch-absolutistischen Polizeistaates, teilte Bismarck die Abneigung gegen jedes Schreiber- und Gendarmen-Regiment. Bismarck behielt zeitlebens jenes Mißtrauen, mit dem der landsässige Junker seit jeher dem städtisch-bürokratischen Wesen der Amtsstube gegenübertrat.¹⁰ Aber er verschloß sich auch hier nicht der Wirklichkeit, der geschichtlichen Wirklichkeit seines Staates, er wußte sehr wohl um die Bedeutung des monarchischen Absolutismus für Preußen; die Tradition des Hohenzollernstaates war in ihm zu lebendig, als daß er — wie Gerlach — die Geschichte des eigenen Landes hätte verkennen können. Eine ständische Adelsopposition gegen die Krone, wie sie sich in der Kreuz-Zeitungs-partei gelegentlich regte, lehnte Bismarck ab; er forderte das Zusammengehen von Krone und Adel als die beste Gewähr für den Bestand von Staat und Obrigkeit.¹¹ Gegenüber den Verhältnissen außerhalb Preußens vollends zeigte Bismarck eine Freiheit des Urteils, die dort nur den Zweckmäßigkeitgedanken gelten ließ und z. B. die Diktatur in Frankreich als eine für diesen Staat und für dieses Volk zur Zeit bestehende Notwendigkeit anerkannte.¹² während Gerlach gleichzeitig diesen neuen französischen Cäsarismus nur als die revolutionäre Ausgeburt perfider Gottlosigkeit ansah. Schließlich wußte Bismarck sich auch mit dem in Preußen neu erstandenen Konstitutionalismus, mit der Kammer, in anderer, positiverer Weise abzufinden als Gerlach.¹³ Gewiß, er setzte nicht allzu viel Vertrauen in die Tätigkeit gewählter Körperschaften; er hatte keinen Respekt vor dem Majoritätsprinzip; er war leicht geneigt, den Eifer parlamentarischer Führer als bloßen persönlichen Ehrgeiz zu verdächtigen. Aber das konstitutionelle System war ihm doch mehr als ein Notbau, der „die Kontinuität des Rechtes“ wahren sollte, bis die ständische Ordnung wieder aufgebaut sei; die Kammer war ihm doch wichtig genug für praktische und näher liegende Zwecke. Ihm, dessen Lebensnähe und Naturhaftigkeit nichts mehr verabscheute als die gouvernementale Allmacht eines starr-bürokratischen Regierungsmechanismus, war das Wirken der Kammer

10. Br. a. G. S. 60.

11. GW I, S. 168. Vgl. dazu B.s Stellungnahme im Konflikt um das preußische Herrenhaus.

12. Br. a. G. S. 12 ff.

13. GW I, S. 62.

gerade gut genug, um das Staatsleben lebendig und bewegt zu erhalten und dadurch zu verhüten, daß es in Stumpfheit und Lebensfremdheit erstarren könne: eine Gefahr, die in einem Obrigkeitsstaat immer nahe liegt.¹⁴

Auf gewissen Gebieten innenpolitischer, besonders finanzpolitischer Art gab es für ihn eine ‚natürliche Berechtigung der Stände‘ zur Mitwirkung, mochte nun diese Mitwirkung in alt-ständischer oder modern-parlamentarischer Form auftreten.¹⁵ Im Jahre 1858 wandte er sich gegen Pläne von Gerlachscher Seite, die eine Verlängerung der Legislaturperioden in Aussicht nahmen, und argumentierte dabei, eine solche Verlängerung müsse die Tendenz der Kammern zu träger Stagnation fördern:¹⁶ er sei nur bei Aufständen, so schrieb er damals, Absolutist, wo es gelte, der Gewalt die Gewalt entgegenzustellen, „dem gesunden Staatskörper — vindiciere ich freie Bewegung, sonst muß er krank werden“.¹⁷ Und noch eine wichtige Aufgabe erkannte er den Kammern zu: die Aufgabe, in wesentlichen Fragen durch Unterstützung der Regierung vor dem Ausland und in der öffentlichen Meinung den einheitlichen Willen von Staat und Volk zu demonstrieren, das Ansehen der Regierung nach außen zu heben durch ein Fundament moralischer und praktischer Unterstützung. Das Fehlen eines solchen Fundamentes im zentralistisch-absolutistischen Österreich erschien ihm als ein Nachteil gegenüber den preußischen Verhältnissen.¹⁸ An den süddeutschen Mittelstaaten wiederum bemängelte er, daß dort die Regierungen zu sehr im Schlepptau der Parlamente führen,¹⁹ denn dazu durfte nach seiner Meinung die parlamentarische Mitwirkung nie führen, eine Hemmung der unabhängigen Regierungstätigkeit zu bewirken oder gar sie in eine abhängige zu verwandeln. Für ihn blieb es ein notwendiges Kriterium staatlicher Macht, daß die Regierung vollkommen unabhängig war von Majoritäten der

14. Br. a. G. S. 107.

15. Br. a. G. S. 309 f.

16. Br. a. G. S. 342 f.

17. Br. a. G. S. 344.

18. GW I, S. 70.

19. GW II, S. 87, Br. a. G. S. 252. Man beachte, wie er 1855 dem bayerischen König zum Kampf gegen seine Kammer dieselbe Methode empfahl, die er selbst einige Jahre später im preußischen Verfassungskonflikt mit Erfolg angewandt hat. Br. a. G. S. 263.

Volksvertretung und gegebenenfalls über den Buchstaben der Verfassung hinwegschreiten könne; im Ausland zumal sollte nie der Eindruck entstehen, daß die Staatsleitung auch nur zum Teil von irgendwelcher Instanz abhängig sei.²⁰ Eine gewisse Spannung sollte demnach den Staat beherrschen; die unbedingte Festigkeit der Staatsleitung sollte eine freie Bewegung des Staatslebens nicht ausschließen; es sollte wahrhaft ein Staats-Leben sein und keine Staats-Maschinerie; im Staat sollte jene Festigkeit einerseits nicht zur Erstarrung führen und diese Bewegung andererseits nicht die Staatsführung mit sich fortreißen.

Mag man im Verlauf von Bismarcks politischer Entwicklung Wandlungen in seinem innenpolitischen Denken und Handeln feststellen, die jeweils durch neue Situationen und neue Aufgaben bedingt waren; die innenpolitische Grundhaltung, deren Hauptlinien soeben nachgezeichnet wurden, blieb vom Beginn bis zum Ende seines politischen Lebens die gleiche.²¹ Als besonders eindrucksvolles Zeugnis dieser Grundhaltung betrachten wir eine Denkschrift aus Norderney an den Prinzen von Preußen vom September 1853, die sich mit der Reform der Kreisverfassung und Gemeindeordnung im Osten und darüber hinaus mit Fragen der Innenpolitik überhaupt befaßt. Die Denkschrift ist schon deshalb wichtig, weil Bismarck hier einmal sich in größerem Zusammenhang zur inneren Politik äußert, während im übrigen ja, bei dem Übergewicht seiner außenpolitischen Aufgabe in diesen Jahren, das außenpolitische Thema seine großen Berichte und Denkschriften beherrscht.²² In dieser Denkschrift tritt uns dicht und deutlich das Wesen seines Konservatismus entgegen: die Abneigung gegen das ausgeklügelte Gesetzesexperiment von oben, gegen das Zuviel an Regieren und alle betriebsame Gesetzesmacherei, gegen den Staatsrationalismus mit seinen unifizierenden Tendenzen und seiner überklugen Lebens-

20. GW I, S. 265.

21. Augst (a. a. O. S. 45) nimmt an, daß Bismarck zunächst am ständischen Ideal festgehalten, dann aber, schon zu Beginn der Frankfurter Zeit, sich positiv zur Kammer gestellt habe. Das mag richtig sein; erscheint uns aber sekundär gegenüber seiner gleichbleibenden Auffassung, die der Landesvertretung, ob altständisch oder parlamentarisch, eine bestimmte Stellung zuwies und eine bestimmte Grenze zog. Das Dauernde ist auch hier wichtiger als die Veränderung.

22. GW I, S. 367 f.

fremdheit, sein Mißtrauen gegen alles Mehrheits- und Kollektivwesen und gegen allen sogenannten „Fortschritt“; statt dessen die Befürwortung ruhig-stetiger, bewahrender Entwicklung, die Berücksichtigung der regionalen und sozialen Besonderheiten, die Behutsamkeit gegenüber allem Gewordenen und Verwurzelten. Wir erkennen ferner: hinter allem steht Bismarcks Auffassung von der Unvollkommenheit des Menschen, von seinem Egoismus, von seiner Trägheit, seiner mangelnden Einsicht; steht die Illusionslosigkeit dieses Skeptikers und Verächters, der von sich selbst sagte, daß er ein scharfes Auge nur für die Schwächen, nicht für die Vorzüge der Menschen habe. Diese Auffassung vom Menschen mußte Bismarck zum Gegner aller politischen Meinungen und Doktrinen demokratischer oder liberaler Art machen, die dem Erbe der europäischen Aufklärung entstammen und vom Gedanken der Autonomie und Würde des Menschengesistes ausgehen. Bismarcks Konservatismus geht zurück auf die tiefsten Wurzeln seines Weltgefühls. Die Gemeinschaft mit dem christlich-konservativen Gerlachkreis war für Bismarck nicht eine bloße Episode in seinem Leben, sondern beruhte auf wesentlicheren und tieferen Gründen. So hat er auch diese Gerlach-Epoche seines politischen Lebens nicht in dem Sinne überwunden, daß alles, was ihm von dort mitgegeben war, später abgetan und erledigt gewesen sei; soweit es auf diesen tieferen Gründen seiner Existenz beruhte, hat es fortgewirkt in seinem ganzen politischen Schaffen. Für Bismarck war auch in Zukunft die Obrigkeit keine diesseitig-praktische, sondern eine metaphysische Realität; er glaubte auch späterhin an die natürliche Ungleichheit der Menschen und an natürliche Gliederungen im Volke; er blieb Anti-Demokrat und ein Antipode parlamentarischen Wollens. Von vornherein aber erscheinen diese Gedanken des Gerlachkreises in Bismarcks Bewußtsein naturhafter, konkreter und voll wirklicher Anschauung; weniger abstrakt und ideal und vor allem weniger schwärmerisch. Das Wissen um das Sein-Sollende entfremdete Bismarck nicht der Welt des Seins und lähmte nicht seine praktisch-tätigen Impulse. In der genannten Denkschrift fehlt so ganz Gerlachs religiöser und etwas larmoyanter Glaubenston, herrscht vielmehr eine nüchtern-helle Verstandeskraft, eine intensive Beobachtungsschärfe, ein wortkarg-sachlicher Utilitarismus. Der Sinn für Unterscheidung, für die Verschiedenheit der Verhältnisse und Erfordernisse, der hier zu Tage tritt, gibt seiner Dar-

legung eine Note praktischer Erfahrung,²³ und mit diesem Zug geht die Skepsis gegenüber allem theoretischen Bildungswesen Hand in Hand, von dem er bezeichnenderweise sagt, daß es auf dem Gebiet der Religion zum Unglauben, auf dem der Politik zum antiken Republikanismus führe.²⁴ Wer die Menschen behandeln und leiten will, muß sie durchschauen. Die Denkschrift zeigt, daß Bismarck ein Menschenkenner mit großem psychologischem Scharfblick war; zugleich stoßen wir auf seinen Sinn für profan-materielle Dinge, für Gewinn, Verlust, Sekurität. Bismarck fehlt Gerlachs antirevolutionäres Pathos, fehlt aber auch jener düstere Weltschmerz, der sich entsetzt abwendet von der vermeintlichen oder wirklichen Anarchie der Gegenwart. Mit Unbefangenheit und Offenheit tritt Bismarck der Wirklichkeit gegenüber. Wo Gerlachs abstrakte Idealität ins Leere stößt, da findet Bismarcks praktischer Sinn Kontakt mit der Aufgabe des Tages. Während Gerlach als echtes Kind einer philosophischen Zeit seinen Glauben zur idealistisch-universalen Doktrin erweitert und erhärtet, von ihr aus die Welt beurteilt und normiert, dadurch den Kontakt mit ihr verliert, sein Handeln erlahmen und notwendig zum bloßen Fordern und Wünschen werden läßt: bewährt Bismarck einen weltoffenen Realismus, ohne sich aus der Verankerung in seinem Glauben zu lösen. Der Glaube bleibt für ihn immer die nährenden Quelle von Kraft und Zielsetzung für sein Handeln; der Realismus verleiht ihm jene Beweglichkeit, die allein des Lebens mächtig ist. Die eigentümliche Modifikation von Gerlachs Prinzipien in Bismarcks politischem Denken ist bedingt durch den Staatsgedanken, der in Gerlachs politischem Weltbild fehlt oder doch keine Rolle spielt, der dagegen bei Bismarck bestimmend hervortritt. Gerlachs oberstes Prinzip war das Recht, nicht irgendein positives Recht, sondern das ewige Recht der obrigkeitlich-christlichen Ordnung; Bismarcks Staatsgedanke modifiziert dieses Rechtsprinzip durch das Prinzip der Macht. Erst durch das Machtprinzip wird der Staatsgedanke real, wie denn kein Staat ohne Macht zu denken ist. Auch in Bismarck war der Gedanke des Rechts lebendig; jede rechtlose Politik führe ihre Strafe unaus-

23. Man vergleiche seine von Kennerschaft zeugende Erörterung der soziologisch-politischen Struktur Englands, mit der er demonstrieren will, daß das Vorbild des englischen Parlamentarismus für den Kontinent irreleitend sei, mit der moralisierenden Entrüstung, in der Gerlach von Englands „parlamentarischer Entartung“ redet. GW I, S. 374.

24. GW I, S. 375.

bleiblich bei sich, so äußerte er sich zu Konstantin Frantz 1851 und wandte sich dabei gegen eine Politik des reinen Staats-Utilitarismus, die alle rechtlichen Bindungen mißachtet.²⁵ Im bewahrenden Charakter des Rechts selbst lag für Bismarck ein Moment der Stärke, Solidität und Sicherheit für den Staat. Auch hier zeigt sich Bismarcks Konservativismus, auch ihm war die „Kontinuität des Rechts“, derenthalben Gerlach so unwillig den Konstitutionalismus tolerierte, wichtig genug. Aber sein Rechtsempfinden fesselte ihn nicht an irgendeine Rechtsdoktrin und noch weniger an den Buchstaben einer positiven Rechtsgestaltung. Als oberstes Recht galt ihm das Lebensrecht seines Staates; dies ließ ihn dann, wenn Recht und Macht in Widerstreit gerieten, über den Buchstaben des geltenden Rechts hinwegschreiten. Bei Verfassungsstreitigkeiten handele es sich nicht um juristische, sondern um politische Entscheidungen, nicht um die *lex lata*, sondern die *lex ferenda*; so schrieb er gegen den Beustschen Vorschlag eines Bundesschiedsgerichtes über Verfassungsfragen im Jahre 1857.²⁶ Recht und Macht befanden sich in Bismarcks politischem Denken in eigentümlicher Wechselwirkung: die Wahrung der Rechtskontinuität hat ihren machtpolitischen Sinn als Erhöhung der Solidität des Staatsgefüges; die machtpolitische Forderung einer unbedingt unabhängigen Staatsleitung hat ihren Rechtsgrund im Glauben an das metaphysische Recht der echten, unantastbaren Obrigkeit des Königs, in dem alle Staatsautorität gipfelt.

Im Bereich der Doktrin herrscht Eindeutigkeit, Klarheit, Gewißheit; im Bereich des Lebens herrscht die Dialektik und Spannung gegensätzlicher Mächte und Forderungen. Nichts zeigt deutlicher, wie sehr Bismarcks Denken sich im „Leben“ bewegt, daß es selbst von solchen Spannungen beherrscht und nicht, wie Gerlachs prinzipientreue Klarheit, in letzter Eindeutigkeit zu erfassen ist. In Bismarcks Staatsgedanken erkannten wir die Spannung, die einerseits die Festigkeit der leitenden Autorität fordert und andererseits durch die Forderung notwendiger bewegender Gegenkräfte diese Festigkeit vor Erstarrung behüten will. Von Bismarcks eigener Person können wir nur in Gegensätzen sprechen, von dem

25. GW I, S. 26.

26. GW II, S. 236.

Gegensatz zwischen Rechtsgefühl und Machtgedanken, zwischen dem glaubensstarken Irrationalismus, in dem seine Wertungen wurzelten, und dem wirklichkeitsoffenen Realismus seines Handelns, zwischen der Leidenschaft seines Wollens und der hellen, klaren Schärfe seines tätigen Intellekts; zwischen der Festigkeit seines Wesens und der Elastizität mit der er allen Mächten und Kräften begegnete. Und doch waren das keine sich widersprechenden, sich hemmenden, keine ihren Träger spaltenden und lähmenden, sondern höchst fruchtbare, sich ergänzende Gegensätze, die sich zu höherer Synthese vereinigten in der eigenartig-gewaltigen, leidenschaftlich-tätigen Einheit der Bismarckschen Persönlichkeit. Die Realpolitik müssen wir als Ausdruck dieser seiner Persönlichkeit zu begreifen suchen.

Bismarcks Stellung zur Öffentlichkeit.

Die größere Beweglichkeit und Elastizität gegenüber der Wirklichkeit, die Bismarck von Gerlach so bemerkenswert unterscheidet, zeigt sich in besonders markanter Weise, wenn wir seine Stellung zur „öffentlichen Meinung“ betrachten. Erfüllte ihn schon ein verächtliches Mißtrauen gegenüber allem Mehrheits- und Kollektivwesen parlamentarischer Gruppen, wieviel mehr gegenüber den verworrenen Anschauungen und Stimmungen der großen Masse, die in der „öffentlichen Meinung“ ihren Ausdruck finden. Bismarck wußte aus eigener Fähigkeit und eigenem Vermögen, wieviel man können, durchschauen, beachten, abwägen muß, um zu einem richtigen politischen Urteil zu gelangen, um das Ziel zu erfassen und den Weg oder Umweg zu ihm zu berechnen. Er wußte andererseits, aus welcher Ballung und Aufschwemmung von Stimmung, Oberflächlichkeit, Nichtwissen und Massenpsychose die öffentliche Meinung entsteht.¹ Ganz natürlich also, daß er nichts als so gefährlich erachtete für eine Regierung, als sich von dieser Meinung und Stimmung treiben und lenken zu lassen; er verachtete die Regierungen der deutschen Mittel- und Kleinstaaten umsomehr, als sie sich nach seiner Ansicht zu Sklaven der Volksmeinung machten und sich von der Furcht vor Unpopularität regieren ließen.² Als ein ebenso großer Fehler erschien es ihm aber auch, die öffentliche Meinung einfach zu ignorieren. Denn sie ist ja ein Faktor des politischen Lebens, der bei jeder Berechnung mit einkalkuliert werden muß. Als einzig mögliches Verhalten des Staatsmannes forderte er daher die Aktivität ihr gegenüber: ihre Beeinflussung und, wenn möglich, ihre Benutzung.³ Bismarck forderte Einwirkung auf die Kammern und aktive Pressepolitik der Regierung; denn Kammern und Presse erschienen ihm als die Organe der öffentlichen Meinung,

1. GW II, S. 401.

2. GW I, S. 156.

3. GW I, S. 258, GW II S. 401.

durch die sie sich ausdrückt und durch die sie zugänglich ist.⁴ An die positive Benutzung der öffentlichen Meinung dachte Bismarck vor allem in den Fragen der Außenpolitik.

Ihre Rolle sollte hier analog der des Parlamentes sein: unbefugt zu außenpolitischer Kritik, wohl aber geeignet zu positiver Unterstützung der Regierungspolitik. Als oberstes Gebot galt ihm hier die Forderung, daß die gesamte Presse des Landes, gleichgültig, wie sie im übrigen zur Regierung stehe, außenpolitisch sich zur Staatsleitung zu halten habe,⁵ wie denn Fragen der Außenpolitik in erhöhtem Maß Lebensfragen für den Staat sind. Nirgends als auf außenpolitischem Gebiet, wo die Klarheit des Blicks und die Kälte des Urteils unbedingt geboten sind, — Eigenschaften, die nie die Masse, immer nur der Einzelne hat —, war die kollektive Kritik und Beeinflussung gefährlicher;⁶ nirgends als auf außenpolitischem Gebiet war, um den Eindruck der Geschlossenheit von Regierung und Volk zu wecken die kollektive Unterstützung nützlicher und nötiger.

Auch bei den Verhandlungen des Bundestages in Frankfurt war der Einfluß der öffentlichen Meinung gelegentlich spürbar; zumal seit 1848 und vor allem bei der Behandlung bestimmter Fragen, die im deutschen Volk jener Zeit besonderen Widerhall fanden, z. B. der schleswig-holsteinischen Frage,⁷ der Zoll- und Wirtschaftsfragen, des Problems der Bundesreform. Bei solcher Gelegenheit entstand wohl ein Konkurrenzkampf der rivalisierenden deutschen Großmächte um die Volksgunst, es entstand nach Bismarcks Wort ein „Wettlauf in liberalisierender Tendenz“.⁸ Bismarck hatte keine Bedenken, mit Preußen in solchen Wettkampf einzutreten, denn er

4. Ein taktisches Verhalten ihr gegenüber, zumal in der Innenpolitik hielt B. also für das Gebotene, und wie er sich solche Taktik dachte, zeigt etwa ein Fall, in dem er forderte, zwei der Regierung feindliche Tendenzen, Liberalismus und Jesuitismus, dadurch gleichzeitig in der öffentlichen Meinung zu diskreditieren, daß sie „durch angemessene Behandlung in der Presse“ möglichst nahe aneinander gerückt würden; die Methode also, verschiedene Richtungen gegeneinander auszuspielen, auf beide in reziproker Weise ein böses Licht zu werfen. GW I. S. 258.

5. Br. a. G. S. 203, GW I, S. 516, GW II, S. 242.

6. GW II, S. 134.

7. GW II, S. 134.

8. GW II, S. 239.

erkannte sofort, daß gerade in diesem Kampf Preußen über seinen Rivalen eine natürliche Überlegenheit besitze; ihn lenkte schon das geheime Wissen, daß das deutsche Volk Preußens, nicht Österreichs natürlicher Bundesgenosse sei. Diese Einsicht bestimmte ihn, bei seiner Regierung für den Einsatz aller Mittel und Methoden der Publizistik gegen Österreich und den Bund einzutreten. Er forderte deshalb größere Pressefreiheit in Preußen, denn nur eine freie Presse könne die Regierung außenpolitisch vollwertig unterstützen. Solchen Vorschlägen Bismarcks begegnen wir vom Beginn bis zum Ende seiner Frankfurter Tätigkeit;⁹ im Laufe der Jahre steigerte sich nur die Entschiedenheit seiner Vorschläge in dem Maße, in dem er Einsicht gewann in die entsprechende Praxis der Gegner: er wollte schließlich die deutsche Frage öffentlich diskutieren lassen.¹⁰

Nicht nur die preußische Presse gedachte Bismarck zu mobilisieren; er warb um die Presse im weiteren Deutschland,¹¹ befürwortete die Errichtung einer preußischen Pressestation in Frankfurt, suchte nach publizistischen Verbindungen und Agenten, trieb planmäßige Propaganda für seinen Staat.

Zu einem Feldzug großen Stils baute er das System aus, als der Kampf um den Zollverein gegen Ende 1852 einsetzte;¹² in diesem Kampf war die öffentliche Meinung Bismarcks wichtigster Bundesgenosse, den er mit aller Wucht gegen den Gegner ins Treffen führte. Er entwickelte mit seiner einzigartigen energischen Aktivität eine umfassende Tätigkeit, scheute sich dabei nicht, die Volksvertretungen gegen ihre Regierungen auszuspielen und Verbindungen einzugehen, die einem streng konservativen Standpunkt als höchst suspekt erscheinen mußten. Hier bewährte sich Bismarcks Sinn für materielle Interessen und seine Fähigkeit, die Menschen bei diesen Interessen zu packen und sie sich zu gewinnen. Hier also sehen wir Bismarck bei einer politischen Praxis, auf Wegen und in Verbindungen, die dem anti-revolutionären Standpunkt seiner konservativen Freunde und ihm selbst nach Herkunft und Gesinnung sehr fern liegen mußten; aber Bismarck trug um so weniger Bedenken, auf diesen Wegen zu gehen, als er, wie wir

9. GW I, S. 116.

10. GW II, S. 324.

11. N. B. S. 84 ff.

12. Posch. I, SS. 116, 142, 145, 151 ff., 161; N. B. S. 27.

wissen, die revolutionären Gefahren überhaupt gering einschätzte und ihnen gegenüber seine kecke Zuversichtlichkeit bewährte.

Der konservative, legitimistisch gesinnte Freund Gerlachs griff im Kampf für Preußen unbedenklich zu den Mitteln und Methoden einer neuen Zeit, in der Presse und Agitation mehr und mehr an Bedeutung gewannen. Er selbst empfand die eigenartige Doppelseitigkeit seines Unternehmens, wenn er schrieb: „Dem Auslande gegenüber kann man in der Vertretung Preußens nicht Parteimann in derselben scharfen Ausprägung, wie im Inneren, bleiben.“¹³ Sahen wir schon in Bismarcks innenpolitischer Einstellung eine größere Beweglichkeit, so erweitert sich in außenpolitischen Fragen diese Elastizität zu der Fähigkeit, sich von der eigenen Parteilstellung im Inneren vollkommen zu emanzipieren. Während Gerlach innen- und außenpolitisch die gleichen Wertungen anwandte, handelte Bismarck nach dem Sachverhalt, daß die Außenpolitik besonderer Gesetzlichkeit untersteht, und kam so zu einer Trennung von Innen- und Außenpolitik.

Diese Trennung von Innen- und Außenpolitik ergab sich für Bismarck in dem Augenblick, da er mit außenpolitischer Praxis in Berührung kam, war nicht erst das Resultat in Frankfurt allmählich gewonnener Erfahrungen. Schon bei dem Konflikt zwischen hannöverscher Regierung und hannöverscher Ritterschaft im Herbst 1851 — also zu Beginn seiner Frankfurter Tätigkeit — trat er ohne Zögern für die Partei ein, bei der damals Preußens Vorteil stand, nämlich die der hannöverschen Regierung, die eben damals den für Preußen günstigen Zollvertrag vom 7. September 1851 geschlossen hatte, und ließ deshalb die konservative Sache der ritterschaftlichen Rechte in Hannover ohne Gewissensbedenken im Stich; seine Argumentation gipfelt in dem bezeichnenden Satz, daß ihm hannöversches Recht wohlfeiler sei als preußisches.¹⁴ „So entschiedene Abneigung ich dagegen habe, im eigenen Vaterland das Recht der Politik zu opfern,¹⁵ so habe ich doch preußischen Egoismus genug, um in bezug auf hannöversches Recht nicht in dem, selben Grade gewissenhaft zu sein. — Unser eigenes Haus ist fest

13. GW II, S. 323.

14. GW I, S. 66.

15. Vergl. oben S. 25 die Ausführungen über das Verhältnis von Recht und Politik, Rechtsgefühl und Machtgedanken bei B.

genug, so daß wir in Hannover eher ein liberales (— dafür preußisch gesinntes —) als ein österreichisches (— konservatives —) Ministerium dulden und halten können.¹⁶

Hier meldet sich wieder jener Stolz auf die Festigkeit des preußischen Staates, die es gestattet, außerhalb Preußens Liberalismen zu dulden oder gar zu fördern; gemäß dieser Einsicht wollte Bismarck in der Tat die liberalen, aber preußisch gesinnten Gothaer in den süddeutschen Staaten und in Frankfurt gegen ihre konservativen, aber österreichischen Gegner gefördert wissen; ja sein weltoffener Sinn erklärte den Liberalismus in jenen kleinen Staatsgebilden für ungefährlich, da dort ja nicht die Notwendigkeit europäischer Politik und somit einer starken Autorität gegeben sei; da zumal in Frankfurt die erste Voraussetzung der Autorität, die Dynastie, fehle.¹⁷ Schon aus dieser Begründung ist zu ersehen, wie wenig solche Förderung liberalisierender Tendenzen außerhalb Preußens eine Annäherung an den Liberalismus bedeutete und wie scharf er jedem Liberalismus entgegengetreten wäre, der die preußische Staatsautorität und damit die europäische Stellung seines Staates gefährdet hätte. Ja wir erkennen daraus, daß Bismarck jeden irgendwie gearteten Liberalismus mit der Größe und Macht eines Staates für unvereinbar hielt. Aber der Liberalismus außerhalb Preußens war für ihn nicht eine Frage seiner eigenen Entscheidung, eigener Parteinahme und Gegnerschaft — wie für Gerlach — sondern ein Instrument außenpolitischen Handelns. Bismarck gab nicht für einen praktischen Opportunismus seinen politischen Glauben preis, aber die Gesetze des außenpolitischen Handelns waren für ihn von so entscheidender Durchschlagskraft, daß sie auch seine innenpolitische Einstellung in bestimmter Weise und in bestimmter Richtung zu modifizieren vermochten. Die Betrachtung der Bismarckschen Außenpolitik wird das deutlicher zeigen.

16. GW I, S. 70 f.

17. Br. a. G. S. 109; GW I, S. 398, N. B. S. 141 ff.

Bismarcks realpolitisches Denken in der Außenpolitik.

Bundespolitik und deutsche Politik vor dem Krimkrieg.

Bismarck wurde Bundestagsgesandter zu einer Zeit, als die Voraussetzungen für den Bestand und die Wirksamkeit des Deutschen Bundes schon nicht mehr bestanden und deshalb der Bund selbst bereits erschüttert war. Das Wesen und die Tätigkeit des Bundes erklärt sich aus der europäischen Konstellation, aus der er entstand: die Solidarität der drei Ostmächte bildete sein außerpolitisches Fundament. In Deutschland mußten also Preußen und Österreich einträchtig zusammenwirken, wenn der deutsche Bund seiner Aufgabe entsprechend als Schutz aller deutschen Obrigkeiten nach Innen und Außen und als Garant der bestehenden Ordnung wirksam sein sollte. Solche Eintracht hat in der Zeit vor der Revolution von 1848 in der Tat bestanden; erst die Geschehnisse dieses Jahres mit ihren Folgen, vor allem die preußische Unionspolitik, rissen die Kluft zwischen den beiden deutschen Großmächten wieder auf, die in der ersten Jahrhunderthälfte durch das Metternichsche System überbrückt worden war. Daran änderte auch nichts die Restauration der vormärzlichen Zustände in den Konferenzen von Olmütz und Dresden. Die Gegensätze und Feindschaften wirkten hinter der erneuerten Bundesfassade fort; bei den vergeblichen Versuchen, die noch ungelösten Probleme aus der Revolutionszeit zu bereinigen, wurde die verfassungsrechtliche und politische Unzulänglichkeit des Bundes sofort offenbar; fortan lieferte fast jede, auch die geringfügigste Frage, die zur Entscheidung stand, neuen Zündstoff für Konflikte zwischen Preußen und Österreich.

Die Bedeutung der Mittel- und Kleinstaaten wurde seit 1850 durch die Rivalität der beiden Großmächte über das Maß ihrer natürlichen Größe hinaus gehoben, aber auch ihre Unsicherheit vermehrt. Denn während sie einst sich die Bevormundung durch Preußen und Österreich hatten gefallen

lassen müssen, konnten sie jetzt mehrfach eine vermittelnde Rolle spielen und sich nach eigener Entscheidung auf die Berliner oder Wiener Seite stellen. Freilich unterlagen sie gleichzeitig der Gefahr, in diesem Streit der Großmächte mißbraucht oder gar erdrückt zu werden. Ihr natürliches Interesse an der Erhaltung des Bundes und der eigenen Souveränität, besonders aber ihre Furcht vor Preußen ließ sie in der Regel die Partei Österreichs ergreifen. Preußen wurde dadurch das Opfer dieses Bundessystems und einer von Österreich konsequent betriebenen Majorisierungspolitik, mit der die Wiener Regierung versuchte, die preußische Großmacht auf die Stufe eines deutschen Mittelstaates herabzudrücken. Bismarck ging nach Frankfurt als Beauftragter und Exponent eines außenpolitischen Kurses, der gerade die Verständigung und die Zusammenarbeit mit Österreich suchte; statt dessen wurden die acht Jahre seiner dortigen Tätigkeit zum unaufhörlichen Kampf gegen die österreichische Politik. Die bald haßerfüllten, bald spöttisch-verächtlichen Schilderungen, die Bismarck in seinen eindrucksvollen Berichten und Briefen von der österreichischen Politik und ihren Vertretern entwarf, die Weise, mit der er Österreichs Machenschaften als Ausgeburten von schikanöser Kleinlichkeit, verbissener Betriebsamkeit und unbedenklicher Skrupellosigkeit darstellte, alles das ist nur zu verstehen aus der streiterfüllten Atmosphäre des Bundespalais in Frankfurt. Die Einzelheiten dieses Kampfes sollen uns hier nicht beschäftigen; A. O. Meyer hat sie in seinem Buch im Zusammenhang dargestellt. Hier ist die Frage gestellt, welche Motive und Prinzipien Bismarck zu seiner Kampfstellung führten, um von dort aus das Wesen seiner „Realpolitik“ zu erhellen. War es ihm von vornherein nicht Ernst mit dem Verständigungswillen gegenüber Österreich? Oder zwangen ihn die Verhältnisse, den Kurs zu ändern und das Verständigungsprogramm aufzugeben? Man kann die Fragestellung nicht auf diese Alternative zuspitzen; man würde dadurch an Bismarcks wirklichen Beweggründen vorbeigehen und so die richtige Antwort verfehlen. Betrachten wir zunächst die ersten Jahre seiner Gesandtenzeit, die Zeit vor der Orientkrise. Bismarck hat später rückblickend betont, daß er mit dem ehrlichen Willen zur Zusammenarbeit mit Österreich nach Frankfurt gegangen sei,¹ und dieser ehrliche Wille läßt sich in der

1. Posch. II, S. 180.

Tat aus den Dokumenten seiner Arbeit ablesen.² Er hat zunächst den Zwist oder gar den Bruch nicht gesucht und gelegentlich mildernd gewirkt, wo eine Instruktion Manteuffels ihm zu schroff erschien.³ Vom Wert des Bundes und von der Fruchtbarkeit der Bundestätigkeit dachte er skeptisch, sobald sein scharfes Beobachterauge das Treiben in Frankfurt und seine Hintergründe durchschaut hatte; und das war sofort nach dem Beginn seiner Tätigkeit, nicht erst nach jahrelangen Erfahrungen.⁴ Aber ihn bewegte nicht so sehr der Wert und das Schicksal des Bundes und die deutsche Frage als solche, diese Probleme beschäftigten und bewegten ihn nur in ihrer Auswirkung auf das Schicksal Preußens. Er war empfindlich gegen eine Verletzung der Bundeswürde, insofern Preußens Ansehen dadurch mitbetroffen wurde.⁵ Die Bundesreform war für ihn keine verfassungspolitisch-organisatorische Frage, sondern ein Problem der politischen Machtlage, und die deutsche Frage war für ihn zuerst und vor allem eine preußische Frage. Er wäre mit einer Lösung einverstanden gewesen, die aus einer echten Verständigung der beiden deutschen Großmächte auf gleicher Basis hervorgegangen, also auf einen friedlichen Dualismus mit gleichen Rechten hinausgelaufen wäre; vielleicht in der Form eines deutschen Bundes mit unbedingtem preußischen Vetorecht. Sein Kampf galt lediglich jenem Majorisierungssystem, das Preußens Selbständigkeit lahmzulegen drohte. Für ihn war die Frage positiver Bundespolitik eine Frage des Verhältnisses Preußens zu Österreich und damit des österreichischen Verhaltens gegenüber Preußen. Er knüpfte den Versuch positiver Mitarbeit Preußens am Bunde an die einzige Voraussetzung, daß Preußen von Österreich als wirklich gleichberechtigt anerkannt würde. Seine positive Bundespolitik war von Anfang an der Versuch, diese Voraussetzung zu schaffen; insofern dieses Ziel für ihn immer das gleiche blieb, hat sich seine Haltung während seiner Frankfurter Zeit nicht geändert. Es ist nicht so,

2. Br. a. G. S. 66, GW I, SS. 97, 390, 391. Posch. I, S. 26, 42, GW I, S. 390.

3. B. hat gelegentlich sogar, um den Kampf nicht auf die Spitze zu treiben, einen Ausweg gesucht und gefunden, der ihm dann durch eine schroffere Instruktion aus Berlin durchkreuzt wurde. Vgl. A. O. Meyer, a. a. O. SS. 76, 179.

4. Br. a. G. SS. 6, 7, 14; GW I, SS. 17, 116, 156, 237.

5. GW I, S. 231.

als ob er mit unbedingter Verständigungsabsicht nach Frankfurt gegangen sei, um dann, unter dem Eindruck österreichischer Bundespolitik, zu konsequenter Gegnerschaft überzugehen. Sondern die Verständigungsbereitschaft unter der genannten Voraussetzung blieb im Grunde immer erhalten; es handelte sich für ihn immer um die Frage, ob die Anerkennung der gleichberechtigten Großmachtstellung Preußens von Österreich mit freundschaftlichen Mitteln friedlich zu erreichen oder mit kämpferischen Mitteln zu erzwingen sei.⁶ Mit eifersüchtiger Empfindlichkeit und einer Reizbarkeit, welche die Sache seines Staates als die eigene und persönliche Sache empfand, wachte Bismarck über Preußens Größe, Würde und Macht. Diese Empfindlichkeit erwarb er sich in Frankfurt nicht erst; sie war die erste Eigentümlichkeit, die dem Grafen Thun an seinem neuen preussischen Kollegen auffiel.⁷ Alle Einzelheiten der Bismarckschen Bundespolitik, wie er sie durchsetzte oder doch wenigstens nach Berlin empfahl, sind Einzelheiten seiner Taktik bei gleichbleibendem Ziel; wenn von einer Entwicklung seiner Politik in Frankfurt die Rede ist, dann handelte es sich nur um die Entwicklung dieser Taktik, um einen Übergang zu den Mitteln des Zwanges und der Repressalie bis zum „Zähnezeigen“, zu einer Methode der wachsamten Verteidigung, die Frechheit und Unverschämtheit mit gleicher Münze bezahlte.⁸ Gegenüber Österreichs Mißbrauch des Bundes für eigene Zwecke, wie er sich ebenso in den kleinlichen Machenschaften der Geschäftsführung wie in den großen Unternehmungen der

6. Bismarck hielt also zwei Möglichkeiten preussischer Politik im Auge; er blieb immer bereit zur Verständigung mit Österreich, er richtete sich gleichzeitig auf die Möglichkeit, ja Wahrscheinlichkeit einer kriegerischen Auseinandersetzung ein. In der Schrift von Rudolf Stadelmann „Das Jahr 1865 und das Problem von Bismarcks deutscher Politik“ wird aufgezeigt, daß B. beide Linien seiner Politik bis 1866 festgehalten hat. Der Vertrag von Gastein 1865 sollte die Chance des Friedens sowohl wie des Krieges offen halten. Jede dieser Möglichkeiten gehörte einer bestimmten Kombination europäischer Politik an, und Bismarcks besondere Kunst bestand darin, lange Jahre hindurch seine Außenpolitik auf beide Kombinationen einzurichten. Je nach der entgültigen Entscheidung zwischen den beiden politischen Wegen mußte sich auch die Lösung der deutschen Frage gestalten. Vgl. Stadelmann a. a. O. SS. 17 ff., 25 ff., 46, 53, 69, 70 ff., 74.

7. A. O. Meyer a. a. O. S. 44.

8. GW I, S. 97.

Wiener Außenpolitik zeigte, — z. B. in dem Versuch, den Zollverein zu sprengen und die Bundeskompetenz auf alle Gebiete des deutschen Lebens auszudehnen —⁹ mußte Bismarck das Schwergewicht Preußens in Deutschland außerhalb der Bundesversammlung und gegen sie zur Geltung bringen.¹⁰ Preußen mußte seine Bewegungsfreiheit zu behaupten suchen in einem Bundessystem, das ihm ständig zu nachteilig-lähmender Fessel zu werden drohte. Von dieser Aufgabe her war auch Bismarcks Stellung zu den Mittel- und Kleinstaaten rein taktisch bestimmt.

An Stelle von Gerlachs moralischem Zorn über den „Souveränitätsdünkel“ dieser Rheinbund — Usurpatoren zeigte Bismarck geringschätzige Verachtung gegenüber der Geltungssucht dieser Gernegroße,¹¹ ohne sie als gelegentliche Hilfe gegen Österreich und als ständige Gefahr für Preußen zu unterschätzen.¹² Er suchte sie gegeneinander auszuspielen und in ihrer Einigkeit den Keil der gegenseitigen Eifersucht zu treiben.¹³ Glänzend bewegte sich Bismarcks unermüdlche Elastizität, die Festigkeit mit Geschmeidigkeit verband, auf dem Frankfurter Parkett; gelegentliche große Erfolge — zum Beispiel sein siegreicher Angriff auf Österreichs Geschäftsführung — bei denen er auf den Wegen scheinbar bundesfreundlicher Gesinnung das Majoritätsverhältnis gegen Österreich umzukehren wußte, zeugen von Bismarcks taktischer Meisterschaft.¹⁴ Aber er verachtete zugleich das politische Treiben in Frankfurt und diese Art „deutscher Politik“; er wußte die nationale Phraseologie, die hier zur Verkleidung der Eigensucht mißbraucht wurde, gebührend einzuschätzen.¹⁵ Er kennzeichnete in Briefen an Gerlach die Frankfurter Verhältnisse und die Wiener Politik als ein vollkommenes System von Unehrllichkeit und Skrupellosigkeit.¹⁶ Während

9. GW I, S. 155.

10. Man denke an den Kampf um den Zollverein, an B.s Nordseeflotten-Pläne mit Hannover (GW I, SS. 99, 120, 141 ff., Posch. I, S. 78 f), an die preußische Tendenz, bei Verfassungsschwierigkeiten in den Kleinstaaten das Eingreifen des Bundes zu hintertreiben zu Gunsten preußischer Einwirkung. (Lippe; GW I, S. 324).

11. Br. a. G. SS. 61, 105 f., GW I, SS. 154, 223 f., 402.

12. Br. a. G. SS. 23 f. 106 f., GW I, 307, 308.

13. Br. a. G. S. 67; GW I, S. 172.

14. Posch. I, SS. 217 ff., 227 ff., 292 ff.

15. Br. a. G. SS. 111, 116, GW I, S. 97.

16. Br. a. G. SS. 35, 85, 237, 300.

aber Gerlach ungeachtet dieser Tatsachen, immer wieder zur Eintracht mit der konservativen Kaisermacht riet und nicht aufhörte, auf Österreichs guten Willen zu hoffen, wußte Bismarck, daß in der Politik der gute Wille des Andern nie durch gute Worte und freundschaftliches Nachgeben zu erreichen ist, sondern nur durch rücksichtslosen Einsatz der eigenen Macht. Bismarck folgte seiner augenblicklichen Anschauung von dem, was Österreich wollte und tat; Gerlach lebte in einer Tradition konservativ-monarchischer Gemeinschaft der beiden Großmächte, die er dem momentanen Zustand nicht leichtfertig opfern wollte. Gerlach sah nicht oder wollte nicht sehen, daß die Freundschaft mit Österreich sich im Augenblick nur auf Kosten Preußens erreichen lasse; Bismarck war vom ersten Augenblick an darauf bedacht, das preußische Interesse auch auf Kosten dieser Freundschaft zu wahren. Wie beim innenpolitischen Denken, so stoßen wir auch hier und gerade hier auf jenes Moment, das bei Gerlach fehlt, bei Bismarck bestimmend hervortritt, auf den staatlichen Machtgedanken und das lebhafteste Bewußtsein von den Erfordernissen des preußischen Interesses; und ebenso beobachten wir hier, wie dieses Prinzip des staatlichen Egoismus das konservative Prinzip der obrigkeitlichen Solidarität durchkreuzt und es dadurch auslöscht. Unabhängig von allen gedanklichen Meinungen, unabhängig auch von der politischen Ideologie, mit der er im Kreise seiner konservativen Freunde vertraut wurde, lebte in Bismarck ein mächtiges und unbeirrbares Gefühl für die Größe und Macht seines Staates. Dieses Gefühl war ein Stück seiner Natur, ein wesentlicher Zug seiner Menschlichkeit; sein Prinzip, das Machtinteresse Preußens über alles zu stellen, erwuchs aus dem innersten Bereich seines Lebens, war also von vornherein in ihm lebendig und nicht erst das Ergebnis von Einsichten und Wandlungen.

Sofort, nicht erst nach einer gewissen Entwicklung, stellte er das Ziel seiner gesamten Tätigkeit, einen friedlichen *modus vivendi* zwischen Preußen und Österreich zu finden, unter die Bedingung, daß Preußen dabei keine Einengung seiner Großmachtstellung erfahren dürfe. So wird es klar, daß die Frankfurter Zeit keineswegs für ihn die „Lehrjahre“ waren, in der sich der Staatsmann herausbildete. Hier in Frankfurt, so heißt es wohl,¹⁷ habe der Parteimann

17. Während Max Lenz in seiner „Geschichte Bismarcks“ die sogenannte „Entwicklung“ Bismarcks in der Frankfurter Zeit mit richtigem

seine Schranken durchbrochen, habe er gelernt, auf höherer Warte nach den Gesetzen der europäischen Verhältnisse zu rechnen und die Welt mit den Augen des Staatsmanns zu sehen. Bismarck hat sich in Frankfurt sofort mit leidenschaftlich-kämpferischer Kraft seiner Aufgabe bemächtigt; aber er brauchte sich dafür nicht erst zu entwickeln und zu wandeln. Er hatte bisher, im Jahre der Revolution und später, mit derselben Leidenschaft seiner kämpferischen Natur gegen die Feinde der christlichen Obrigkeit als der ihm einzig denkbaren Autorität seines preußischen Staates, gegen Revolution, Demokratie und Liberalismus, im Kampf gestanden; er hatte dabei so gut als konservativer Royalist wie als preußischer Patriot gehandelt. In diesen Kämpfen deckte sich sein Konservativismus und sein Patriotismus. In Frankfurt beanspruchte ihn ein anderer Feind der preußischen Staatsmacht und — Autorität; und nur einem Gegner kann sich der Kämpfer ganz widmen. Der Kampf gegen Demokratie und Liberalismus war hier nicht akut; er hielt ja diesen Feind für entscheidend geschlagen. In Frankfurt erlebte er ständig den Versuch, Preußen zu „düpieren“ und es an die Wand zu drücken. Sofort mußte sein Kampfwille sich gegen den Feind richten, von dem dieser Versuch ausging, gegen Österreich. Mochte dabei das Prinzip der obrigkeitlich-konservativen Solidarität verletzt werden: dieses Prinzip galt ihm nur, solange Preußen nichts an Macht und Bewegungsfreiheit verlor. Mochte er dabei auf einen Weg geraten, auf dem er die edle „konservative Keuschheit“, die Gerlach so hoch hielt, notwendig aufgeben mußte, weil er in der Wahl der Mittel nicht einen Teil als unrein ausschließen durfte; den Liberalismus

Blick als das Ergebnis bloß äußerlicher und taktischer Notwendigkeiten erklärt, demgegenüber aber die Einheit und das Dauernde in Bismarcks politischer Wesensart besonders betont, (Vgl. Max Lenz a. a. O. S. 65 f. und 89) hält Erich Marcks in seinem „Lebensbild“ an jener Vorstellung von den Frankfurter „Lehrjahren“ die aus dem Parteimann einen Staatsmann machten, fest, obwohl auch er die Einheit der Persönlichkeit erkennt. (Erich Marcks, O. v. B., ein Lebensbild S. 32 ff. und S. 35). Unter den neueren Bismarck-Biographen vertritt Schüßler am stärksten diese traditionelle Anschauung (Wilhelm Schüßler „Bismarck“ SS. 26, 27, 31); nicht zum wenigstens deshalb, weil Schüßler Bismarcks Leben ganz und gar von der Reichsgründung her sieht und darstellt. Vgl. auch die Darstellung von Martin Spahn (Bismarck, 3. Aufl. S. 87 ff., 90, 100 ff., 112, 116) der in dieser Frage eine Sonderstellung einnimmt.

behandelte Bismarck als Gegner, sobald er die preußische Obrigkeit und damit die preußische Macht gefährdete; im übrigen gebrauchte er ihn, wo er ihn für diese Macht gebrauchen konnte. Bismarck wurde nicht in Frankfurt vom Parteimann zum Staatsmann oder, was das gleiche bedeuten würde, vom Prinzipienpolitiker zum Realpolitiker. Der Staatsmann, der hoch über allen Parteimeinungen in den Wolken des reinen Staatsgedankens thront, ist eine Konstruktion wie der abstrakte Begriff des Realpolitikers, der in kühler Berechnung den jeweils notwendigen Schritt erwägt. Aus der lebensvoll-leidenschaftlichen Persönlichkeit des großen politischen Tatenmenschen wäre damit ein blutloser Schemen geworden, und aus der fesselnd-gehaltvollen Eigenart seines Handelns eine blasse Arithmetik. Großes, von leidenschaftlichem Wollen getriebenes politisches Handeln, das zur Geschichte wurde, wurzelte immer in festen unbeirrbareren Überzeugungen, war immer verankert in starkem Glauben; und die großen Gestalter des politischen Lebens waren immer von der großartigen Einseitigkeit, mit der allein Unbeirrbarkeit und Kraft sich verträgt. Bezeichnet Bismarcks Anti-Liberalismus, seine Gegnerschaft gegen Bürokratismus und Demokratie, sein Monarchismus eine Parteistellung, so ist er immer Parteimann geblieben; er hat seine politische Grundhaltung nie geändert, d. h. seine Auffassung von Ursprung, Berechtigung, Würde und Aufgabe der Obrigkeit, seine Auffassung vom Individuum und seinem Verhältnis zum Staat, vom Volk und seiner Aufgabe im Staat. Bezeichnet dies seinen staatspolitischen Realismus, daß er alle seine Wertungen nach dem Bedürfnis seines preußischen Staats ausrichtete und die Entscheidungen für sein Handeln nach dem Erfordernis dieser Staatsmacht bemaß: dann ist er immer schon Staatsmann gewesen; er war es immer schon von Natur und aus Instinkt, nicht vermöge einer Erfahrung und auf Grund einer Entwicklung. Die Bedeutung der Frankfurter Jahre in Bismarcks politischem Lebensgang besteht lediglich darin, daß die ganze Wucht seines staatlich-patriotischen Empfindens und Wollens hier erst zur vollen Wirksamkeit kam, daß der Staatsmann hier erst das ihm gemäße Element vorfand, daß sich hier die politische Individualität Bismarcks ganz entfalten konnte, in einer Weise, in der Gerlach seinen einstigen Zögling und Gesinnungsfreund nicht wieder erkannte.¹⁸ Den ganzen Bismarck er-

18. So schreibt schon Sybel (a. a. O. Volksausgabe 3. Aufl. S. 107):

kennen wir in einer Unterredung, die er nicht lange nach seinem Amtsantritt, im November 1852, mit Thun hatte; er wandte sich darin gegen den Vorschlag einer österreichisch-preußischen Verbindung, in der Preußen nach Bismarcks Meinung die zweite Rolle gespielt und der „Erbschaft Friedrichs des Großen“ entsagt hätte. Unwillkürlich denkt man an sein späteres Wort von „Blut und Eisen“, wenn Bismarck hier die Unterredung schließt: „— ehe ich zu einer derartigen Politik zu Hause riete, würde die Entscheidung durch den Degen vorher gehen müssen“.¹⁹ Das Schwergewicht Preußens — zu dieser Einsicht gelangte Bismarck in Frankfurt sehr schnell — lag außerhalb des Bundes in seiner europäischen Machtposition, und Preußens deutsche Politik konnte deshalb nur ein Stück seiner europäischen Politik sein. Erst auf dem Felde der europäischen Politik, im Gegen- und Miteinander der Großmächte, konnte sich die Eigenart der Bismarckschen „Realpolitik“ entfalten, diese Eigenart wird sich uns verdeutlichen, wenn wir sein Denken und Tun während der nun einsetzenden Orientkrise und im europäischen Ereignis des Krimkrieges prüfen. —

„Ganz im Sinne des Königs hat man oft von Bismarcks Frankfurter Lehrjahren geredet, ungefähr ebenso passend, wie wenn man von der Schwimmschule eines jungen Fisches sprechen wollte. — Er war ein Staatsmann von Geburt.“

19. GW I, S. 105. Vergl. auch die Äußerung B.s aus derselben Zeit über die mutmaßliche Entwicklung des Bundes und der preußischen Politik. GW I, S. 99.

Bismarcks außenpolitische Haltung in der Zeit des Krimkrieges.

Bismarcks Kampf am Deutschen Bund wurde seit 1853 in zunehmendem Maße bestimmt durch die Orientkriese, die in ihrer Auswirkung für die politische Lage Europas mehr gewesen ist als eine vorübergehende Beunruhigung. Der Krimkrieg bedeutete vielmehr das Ende jener Mächtegruppierung, wie sie sich seit 1815 entwickelt hatte und die durch den engen Zusammenhalt von Österreich und Rußland mit Preußen als dritter Macht im Bunde gekennzeichnet war. Das Prinzip, daß die Obrigkeiten gegen die Revolution und revolutionären Mächte zusammenhalten mußten, war schon mehrfach durchbrochen worden und jetzt überwunden: der nackte Interessen- und Machtkampf der Staaten trat unverhüllt zutage. Der Balkangegensatz zwischen Österreich und Rußland, die zunehmende Rivalität zwischen Preußen und Österreich, die wachsende Aktivität und Geltung der französischen Politik waren die Symptome des neuen Europa mit seinen veränderten Fronten und Gruppierungen. Jede Macht machte seitdem noch unbedingter und ungehemmter als bisher ihre Autonomie und die Bedürfnisse ihrer Machtstellung geltend.

Es war die Welt Gerlachs, die damals zerbrach; daß Gerlach mit seinen Freunden in jener Zeit Geist und Inhalt der preußischen Politik bestimmend beeinflusste, spiegelt sich aufs deutlichste in der allgemeinen Ratlosigkeit, die in Berlin gegenüber der neuen europäischen Lage herrschte. Preußens Politik der Neutralität kam aus einer Verlegenheit, die sich nicht entscheiden konnte zwischen Ost und West und sich dabei fürchtete, vollkommener Isolierung zu verfallen. Die Feindschaft zwischen Rußland und Österreich hielt man in Berlin für unnatürlich, die Freundschaft zwischen Österreich und Frankreich hielt man für verderblich. So war es eine Haupttendenz der Berliner Politik, Österreich herauszulösen aus dem fluchwürdigen Einverständnis mit Frankreich, die konservativ-legitime Macht

vor der verderblichen Allianz mit dem Staat der Volkssouveränität zu bewahren. Man glaubte, dieses Ziel zu erreichen, indem man durch Nachgiebigkeit gegenüber österreichischen Forderungen den Habsburger-Staat erneut an Preußen zu fesseln versuchte; man lebte dabei in der ständigen Angst vor westmächtlichen Repressalien, vor französischer und englischer Feindschaft. Im Sinne dieser Taktik, durch die man in der Tat nichts erreichte, vielmehr das allgemeine Mißtrauen auf sich zog und der Gefahr unterlag, für fremde Zwecke mißbraucht zu werden, unterschrieb Preußen das Wiener Protokoll. Ein Ergebnis dieser Politik war auch der Garantievertrag mit Österreich vom 20. April 1854. Gerlach hat zwar gegen diesen Vertrag heftig polemisiert, als er erkannte, daß durch ihn Österreich in seiner frankreichfreundlichen Haltung nur ermutigt würde; den Sinn der Politik aber, die zum Aprilvertrag führte, hat er selbst vertreten. Die Unklarheit seiner Haltung wird offenkundig in seiner Hilfslosigkeit gegenüber der politischen Lage. Immer wieder versuchte Österreich in den nächsten Jahren mit halbem oder ganzem Erfolg, Preußen in die Front seiner Politik zu bringen, und Preußen geriet dabei in eine sekundäre Stellung, die besonders auf dem Pariser Kongreß deutlich wurde. Ein außenpolitisches System, wie es Gerlach vertrat, wurde dieser neuen europäischen Lage nicht gerecht und drohte dadurch Preußen seinen Eigeninteressen zu entfremden.

Um Bismarcks Haltung während des Krimkrieges ganz zu verstehen, muß man sich gegenwärtig halten, daß er mit der damaligen Stellung Preußens in Deutschland und in Europa unzufrieden war. Er sah in der österreichischen Politik den Versuch, jede selbständige Regung der preußischen Politik in engen Grenzen zu halten, dabei aber die Kräfte des preußischen Staates für österreichische Zwecke zu benutzen. Vor allem aber erkannte er den inneren Zusammenhang zwischen Preußens Stellung in Deutschland und seiner Stellung in Europa. Preußen mußte den Mut und die Entschlossenheit aufbringen, sich selbst als europäische Großmacht zu bejahen, eigene europäische Politik zu treiben und seinen außenpolitischen Weg nötigenfalls ohne Rücksicht auf die Forderungen und Fesseln des Bundessystems zu nehmen, wenn es seiner Geschichte und Größe gemäß von den übrigen deutschen Staaten geachtet werden wollte.

Der preußische Bundestaggesandte hatte erkannt, welche Gefahren für Preußens Machtstellung in den Bindungen dieses Bundessystems lauerten. Darum wollte er das Verhältnis zwischen Preußen und Österreich von vornherein frei halten von den Vorurteilen und Stimmungen deutscher Gemeinsamkeit und Bundestreue, die nur dazu angetan waren, Preußen seinen Eigeninteressen zu entfremden. Nur wenn Preußen als europäische Großmacht seinen Bedürfnissen gemäß handelte, nur wenn es den Habsburgerstaat nicht als „deutschen“ Bundesgenossen oder gar als deutsche Präsidialmacht, sondern als europäische Großmacht behandelte, konnte der Fiktion entgegengetreten werden, als ob Österreichs Sonderziele auf der Balkanhalbinsel deutsche Interessen seien. Was der Habsburgerstaat dem deutschen Staat Preußen vorenthielt, das sollte er der europäischen Großmacht Preußen nicht verweigern dürfen: die Anerkennung der unbedingten Gleichstellung mit Österreich.¹

Wir erkennen damit den inneren Zusammenhang von Bismarcks europäischer und deutscher Politik: die erhöhte Aktivität der europäischen Politik Preußens sollte in Deutschland ihre Früchte tragen, sollte Preußens Schwergewicht in Deutschland vergrößern.²

Die neue europäische Situation offenbarte sofort den ursprünglichen Gegensatz zwischen Bismarck und Gerlach. Gerlach war ratlos und beklagte den Widersinn dieser Geschehnisse; Bismarcks genialer Instinkt dagegen erkannte sogleich die Gunst der Stunde für Preußen, sich jetzt gegenüber Österreich selbständig zu behaupten und vielleicht einen Gewinn an Einfluß, Autorität und Macht davonzutragen. Die Gunst der Stunde bestand darin, daß Österreich infolge seiner europäischen Politik in Verwicklungen geriet, in denen ihm Preußens Hilfe wertvoll, Preußens Feindschaft doppelt gefährlich wurde. Preußen konnte beispielsweise Österreichs europäische Politik — die Balkanpolitik —

1. GW I, SS. 355 und 427. Diese Haltung gegenüber Österreich ist für B. seitdem kennzeichnend geblieben. Vgl. Stadelmann a. a. O. S. 20.

2. Br. a. G. S. 115. Der unlösliche Zusammenhang von Bismarcks „deutscher“ und „europäischer“ Politik wird besonders klar durch Stadelmann erwiesen. (a. a. O. S. 24 S. 72 ff.). Die Wesenszüge von Bismarcks Politik, die Stadelmann für die 60er Jahre aufdeckt, sind schon in den Jahren des Krimkrieges vorhanden. Das gleichbleibende Wesen seiner Realpolitik wird hier ganz deutlich.

unterstützen und als Entgelt die Anerkennung seiner Gleichstellung in Deutschland fordern. Oder Preußen konnte sich auf die Seite von Österreichs Feinden schlagen und sein deutsches Ziel auf diesem Wege erzwingen. Diese Alternative war für Bismarck ebenso wie die Entscheidung über Krieg und Frieden lediglich sekundärer Art, eine Frage der Notwendigkeit und des praktischen Bedürfnisses; es war eine Alternative der Wege, nicht der Ziele; die Hauptsache war der Erfolg. In diesem Streit war Bismarck grundsätzlich nicht Partei für oder gegen eine Macht. Ihm ging es nicht um den Konfliktstoff — er betonte es häufig genug, daß Preußen im Orient nichts zu erobern und nichts zu verteidigen habe —; ja die Tatsache, daß Preußen an der Streitfrage selbst unbeteiligt war, erschien gerade als ein Moment seiner Stärke, weil nur so ihm die Freiheit der Entschließung gegeben war, die für Österreich so gefährlich werden konnte.

Aber der Weg der Berliner Politik wurde damals nicht von Bismarck bestimmt; so blieb die Gelegenheit unbenutzt. Der Bundestagsgesandte konnte nur von seiner Stelle aus Vorschläge machen und Winke geben. Die erste Möglichkeit der genannten Alternative — die Unterstützung Österreichs gegen entsprechenden Entgelt in Deutschland — hat Bismarck ernsthaft erwogen und vor König und Ministern ausgesprochen;³ aber er hat mit solchen Vorschlägen sofort zurückgehalten, als er — nach einem Besuch in Berlin — erkannt hatte, daß in der preußischen Staatsleitung alle Voraussetzungen zu so kühner Politik fehlten: entschlossener einheitlicher Wille, Disziplin, Verschwiegenheit, Mut. Den ganzen Verdruß über diese Berliner Eindrücke und über die dadurch verpaßten Möglichkeiten verrät ein Brief an den Prinzen von Preußen vom 17. März 1854,⁴ in dem er die Einheitlichkeit der Außenpolitik bei den andern Mächten, bei denen nur „die staatsmännische Erwägung der eigenen Interessen maßgebend sei“, mit dem Durcheinander der Meinungen und Richtungen in Berlin vergleicht und in dem er sich vor allem über die in Berlin herrschende verderbliche Furcht vor westmächtlichen Repressalien beklagt. Die zweite Möglichkeit

3. Br. a. G. SS. 129, 130; GW I, S. 391, (Vorschläge an Manteuffel), GW I, SS. 430, 431, (Unterredung mit Prokesch-Osten).

4. GW I, S. 435 f.

aktiven Eingreifens in die Krise, nämlich als Gegenspieler Österreichs, hat Bismarck erwogen, als Ende 1854 im Zusammenhang mit der Orientfrage am Bundestag eine vollkommenen Isolierung Preußens drohte, als es Österreich gelungen war, die Mittelstaaten auf seine Seite zu ziehen, und Preußen in Gefahr stand, für fremde Zwecke seine Kraft einsetzen zu müssen. Bismarck stellte in Briefen an Gerlach die Alternative, sich jetzt auf die Seite Rußlands zu stellen — dieser Möglichkeit gab er den Vorzug⁵ — oder mit einem entschlossenen Anschluß an die Westmächte wenigstens zu drohen, die antirussische Stimmung im deutschen Volk für Preußen auszunutzen und Österreich dadurch das Wasser abzugraben.⁶ In solchen Vorschlägen erkennen wir die drängende Ungeduld des geborenen Außenpolitikers, der weiß, daß es Gelegenheiten gibt, in denen man Hammer sein muß, um nicht Amboß zu werden. Auf Verständnis in Berlin konnte jedoch Bismarck damals nicht rechnen.⁷ Was ihm als ausführendes Organ einer Politik, die er nicht biligte, zu tun blieb, hat er nach Kräften geleistet: aus der Neutralität der Verlegenheit in Berlin wurde eine Neutralität des preußischen Selbstbewußtseins in Frankfurt.⁸ Bismarck hemmte mit Erfolg Österreichs Tendenz, die Machtmittel ganz Deutschlands für seine Politik einzusetzen.⁹ Häufig genug gelang es seiner meisterhaften Taktik, Österreich eine Einheitsfront des Widerstandes entgegenzustellen, an der die österreichischen Anträge auf Bundeshilfe scheiterten. Blieb die Chance, die sich der preußischen Politik durch die Krise und durch Österreichs Hilfsbedürftigkeit in dieser Krise bot, unbenutzt, so sollte wenigstens die Gefahr vermieden werden, daß Preußen zum unentgeltlichen Handlanger österreichischer Zwecke herabsank; blieb Preußen neutral, so sollte es wenigstens die Vorteile seiner Neutralität genießen und sich durch Bewaffnung sichern;¹⁰ Preußen sollte nicht die Vermutung aufkommen lassen, daß es sich in seiner Einsamkeit nicht wohl fühle,

5. Br. a. G. S. 172.

6. Br. a. G. S. 171 ff. Vergl. Br. a. G. S. 184, GW I, SS. 455, 468, 503, 505, 514.

7. Vergl. GW. I. S. 470.

8. Vergl. Br. a. G. S. 85.

9. GW I, S. 437.

10. Vergl. GW I, S. 355.

niemandem einen Schritt entgegen tun,¹¹ sich vielmehr „suchen lassen“ und in seinem Unbeteiligtsein seinen Stolz und seine Stärke sehen. Auf diesem Wege der preußischen Politik ergab sich eine Übereinstimmung mit dem ängstlichen Friedensbedürfnis der deutschen Mittel- und Kleinstaaten,¹² die aus Furcht vor französischer Invasion an die Seite Preußens flüchteten und dadurch Bismarck die Bildung seiner Bundesmehrheit gegen österreichische Anträge ermöglichten. Im Interesse der Erhaltung dieser Mehrheit warnte Bismarck in Berlin immer wieder vor Nachgiebigkeit gegenüber Österreich, welche die Mittelstaaten schwankend im Glauben an Preußens Zuverlässigkeit gemacht und sie dann gerade ins französische Lager getrieben hätte;¹³ immer wieder gab ihm die Berliner Politik Gelegenheit, sich zu entrüsten und zu ärgern über die schwächliche Haltung gegenüber österreichischer Unverschämtheit, so schon im November 1853, als Preußen das Wiener Protokoll unterschrieb;¹⁴ so beim Abschluß des Aprilvertrages;¹⁵ so kurze Zeit danach, als Österreich unter Umgehung Preußens, d. h. gegen den Wortlaut des Aprilvertrages, mit den Westmächten sich über die „vier Punkte“ verständigte.¹⁶ Als im Oktober 1854 Österreich die Mittelstaaten einzuschüchtern und Bismarcks Bundesmehrheit vorübergehend zu sprengen wollte, da schrieb er diese Niederlage voller Zorn der Berliner Nachgiebigkeit zu.¹⁷ Nach dem Abschluß des Dezember-Bündnisses 1854 zwischen Österreich und den Westmächten gewann die preußische Haltung an Festigkeit;¹⁸ Preußen sammelte aufs neue seine Bundesgenossen in Frankfurt um sich, verhinderte die von Österreich geforderte Bundesmobilmachung,

11. Br. a. G. 137, 139.

12. B.s skeptische Beurteilung der mittelstaatlichen Politik im Krimkrieg vergl. Br. a. G. S. 130; GW I. 470, 477.

13. Br. a. G. S. 156 f. 166, GW I, 484.

14. Br. a. G. S. 113.

15. GW I, S. 447. B. nahm übrigens den Vertrag viel weniger ernst als Gerlach, sah in ihm zugleich eine Handhabe für Preußen, Österreichs Kriegslust zu zügeln und betonte diese Möglichkeit geflissentlich gegenüber Manteuffel. Br. a. G. S. 148, GW I. 442.

16. Br. a. G. S. 162 ff. Vgl. dazu Gerlachs Stellungnahme: Br. a. B. S. 107 f.

17. Br. a. G. S. 171 f.

18. Br. a. G. SS. 179 und 181 ff.

machte die Furcht der Mittelstaaten vor Frankreich durch entschlossenes Auftreten auch gegenüber Frankreich unwirksam¹⁹ und verhütete durch seine Haltung, daß deutsches Blut für habsburgische Balkaneroberungen vergossen wurde; diese Erfolge waren allein dem unermüdlichen Wirken Bismarcks zuzuschreiben.²⁰ Wir ermessen recht die leidenschaftliche Anteilnahme für Preußens Interesse und Würde, wenn wir beobachten, wie er sich buchstäblich krank ärgerte und die zornige Erregung auch seinen Körper erschütterte, als die preußische Regierung den Präliminarien zustimmte, ohne dafür die Garantie der Teilnahme an der Friedenskonferenz zu erhalten;²¹ aufs heftigste widersprach er in der Folge einer Haltung, die sich zur Teilnahme an dieser Konferenz drängte.²²

Nichts von dieser leidenschaftlichen Empfindlichkeit für Preußens Würde, nichts von solch sorgsamem Abwägen des preußischen Vorteils finden wir bei Gerlach; auch er hatte den Aprilvertrag kritisiert, auch er von der Teilnahme an der Pariser Konferenz abgeraten, aber aus dem ganz andern Gesichtspunkt, Preußen vor der gefährlichen politischen Nähe Frankreichs zu behüten und Österreich nicht zu Handlungen zu ermutigen, die dem Gedanken der legitim-konservativen Solidarität widersprachen. In Fällen offensichtlicher Brüskierung Preußens durch Österreich, über die sich Bismarck erregte, blieb Gerlach dagegen ganz unempfindlich. Ihm ging es ja nicht eigentlich um Preußens Interesse, sondern um die Erhaltung einer Tradition europäischer Politik, um die Solidarität aller legitimen Mächte; er war des guten Glaubens, daß Preußens Interesse nur in dieser Solidarität gut aufgehoben sei. Ihm ging es um jenes politische System der ersten Jahrhunderthälfte, und er begriff nicht, daß dieses System überholt war durch die neue Situation der allgemeinen Bewegungsfreiheit aller Mächte. Er begriff nicht, daß in einer Welt, in der jeder nur noch

19. GW II S. 17.

20. Br. a. G. S. 191 ff. S. 205 und Posch. II S. 174.

21. Br. a. G. S. 279. Zur Frage der Teilnahme an der Friedenskonferenz vergl. GW II, SS. 96—98, 105, 107, 109, 110, 111, 114. Wieder riet B. damals zu direkter Fühlungnahme mit England und Frankreich. GW II, S. 125, Br. a. G. S. 281.

22. Br. a. G. S. 284, GW II, 154, vergl. in diesem Moment wieder Gerlachs Stellungnahme: Br. a. B. S. 179 ff.

dem Gebot seines Egoismus folgt, sei es in der Welt der Staaten oder der Individuen, jeder andere zu gleichem Egoismus gezwungen wird, der nicht in Nachteil geraten und schließlich untergehen will; er sah nicht, daß ein Staat, der seine Politik den Maximen eines überstaatlichen Prinzips unterordnete und damit die Richtlinien seines Handelns ein für allemal festlegte, damit zum berechenbaren Objekt für die andern herabsank, seine Würde als Subjekt der Politik, sein eigenes Wollen und die eigene Zielsetzung preisgab und von den andern mißbraucht und ausgebeutet wurde. Alles dies aber begriff und durchschaute Bismarck, nicht erst durch Berechnung und aus zunehmender Erfahrung, sondern aus eigenem Instinkt und eigener Leidenschaft.

In der neuen Welt der autonomen Mächte, die Gerlach nicht mehr verstand, erwachte seine politische Größe und kämpferische Leidenschaft erst zu vollem Leben, fand in ihr erst ihr gemäßes Tätigkeitsfeld.

Zu welchen Plänen und Erwägungen hatte die neue Gelegenheit, die gebotene Chance den royalistischen Heißsporn geführt! Er hatte gelegentlich erwogen, an die Seite des napoleonischen Frankreichs zu treten, sich mit den antirussischen Tendenzen des Liberalismus zu verbünden, um Österreich aus dem Feld zu schlagen. Er hatte sich daran gewöhnt, gegenüber den Diplomaten in Frankfurt mit preußischem Liberalismus zu drohen, und berichtete mit Entdeckerfreude und nicht ohne einen gewissen Zynismus nach Berlin von der ausgezeichneten Wirkung dieses probaten Drohmittels, das den deutschen Obrigkeiten Schrecken einjagte und sie den preußischen Wünschen gefügig machte.²³ Er war bestrebt, alle Mächte glauben zu machen, daß Preußen in eigenem Interesse sich kein Mittel der Politik versage und zu allem fähig sei.²⁴

Es wäre falsch, aus solchen Symptomen scheinbarer Voraussetzungslosigkeit den Schluß zu ziehen, daß Bismarck dem Liberalismus innerlich näher gekommen sei. Er hielt nach wie vor jede Form einer liberalen Regierungspraxis für eine Gefahr, welche die

23. GW I, SS. 505, 506, Br. a. G. S. 175. Gerlach antwortete dann mit moralischem Entsetzen und frommen Mahnungen, Br. a. B. SS. 116, 123, 126.

24. Nur wenn man uns fürchtet, nimmt man Rücksicht auf uns, war B.s Satz. GW II, S. 4, vergl. GW I, S. 518.

Autorität und damit die Macht des Staates bedrohte und welche die Fundamente der Ordnung unterminieren mußte. Er hätte niemals — auch nicht um außenpolitischer Wirkungen willen — im Innern ein System gefördert, von dem er die Überzeugung hatte, daß es auf die Dauer die Autorität von Krone und Staat zerstören würde. Jene Drohung mit dem Liberalismus, mit der er in Frankfurt Schrecken zu erregen suchte, muß daher *cum grano salis* aufgefaßt werden, wie Bismarck selbst sie verstand. Aber die Drohung mit dem Liberalismus als solche durchbrach schon außenpolitisch die konservativen Prinzipien. Als Tradition und persönliches Empfinden war außenpolitischer Konservatismus in Bismarck auch fernerhin lebendig. Er hat niemals aus seinen Sympathien für Rußland einen Hehl gemacht; er hat betont, daß er lieber für Rußland als für Frankreich optieren würde;²⁵ aber er würde doch mit gleicher Genugtuung gegen Rußland kämpfen, wenn Preußen dabei gewinnen könne.²⁶ Er wußte zwar, daß der Konflikt zwischen Rußland und Österreich der konservativen Sache Abbruch tue,²⁷ aber er wußte zugleich, daß dieser Konflikt Preußen eine ungeheure Chance gab; und der preußische Vorteil war in jedem Falle entscheidend; gegenüber dem Interesse seines Staates galt ihm jedes andere Motiv nur als persönliche Vorliebe. Man kann nicht einfach sagen, daß Bismarck die Sache der konservativen Solidarität beiseite geschoben, sich von ihr abgewandt habe. Er hätte gegenüber jedem Vorwurf in dieser Richtung geltend machen können, daß es nicht seine Schuld und seine Entscheidung sei, wenn er dem Prinzip der obrigkeitlichen Solidarität außenpolitisch nicht mehr folgen dürfe; er hätte mit Recht dafür die Verantwortung abgelehnt, daß dieses Prinzip mit dem eigenen Staatsinteresse überhaupt in Widerstreit geriet. Er hätte auf das Beispiel aller übrigen Mächte, auf das Beispiel der Welt hinweisen können, in der nur der Egoismus der Staaten regierte und der Gedanke der konservativen Solidarität allenfalls zur heuchlerisch-phrasenologischen Tarnung der wahren Absichten benutzt wurde. Die Wandlung der europäischen Lage in der Jahrhundertmitte erst machte den Wider-

25. GW I, S. 422 Br. a. G. S. 172.

26. GW I, S. 514 GW II, S. 126.

27. Br. a. G. S. 166 und GW I, S. 486.

streit zwischen dem konservativen Prinzip und dem Staatsinteresse offenbar; es war eine Wandlung der Welt, die Bismarcks und Gerlachs Wege auseinander führte; ihr Gegensatz beruhte auf einer Verschiedenheit des Weltverständnisses. Gerlach hielt die gegenwärtige Lage mit ihren — wie er meinte — widernatürlichen Gegenschaften und Freundschaften für eine Art Krankheit, für das Ergebnis einer allgemeinen Verwirrung und Verirrung, aus der sich die Welt zum richtigen Verhalten zurückfinden müsse und werde. Er war geneigt, das handgreifliche materielle Interesse für einen trügerischen Schein zu halten, geeignet, das wahre, echte, dauernde Interesse zu verschleiern, das nur durch konservative Prinzipientreue gewährleistet sei. Über dem rein materiellen Interesse gab es für ihn ein höheres ewiges Interesse; von diesem transzendentalen Wertbewußtsein aus versagte er der Gegenwart die Anerkennung. Bismarck durchschaute diese Gegenwart; für ihn gab es nicht nur den Kampf zwischen Obrigkeit und Revolution, sondern auch und vor allem den Machtkampf der Staaten. Er war bereit, sich mit der Welt einzulassen, so wie sie war, ohne Vorbehalte vom Standpunkt eines transzendentalen Wertbewußtseins zu machen. Er kannte nicht den Unterschied eines scheinbaren und eines wahren Interesses; er stellte mit naiver Selbstverständlichkeit den handgreiflichen Vorteil seines Staates über alle Werte. Er kannte und würdigte Gerlachs Wertmaßstab; aber er materialisierte den Konservatismus gleichsam durch die Konzentration auf seinen Staat; innenpolitisch, indem sein Monarchismus sich als Treue zum Hohenzollernhaus, das Obrigkeitsprinzip als Staatsautorität verwirklichte; außenpolitisch, indem er mit der Macht seines Staates zugleich das Interesse seiner Obrigkeit verfocht, ohne sich darüber viel Skrupel zu machen und ohne dafür die Verantwortung zu übernehmen, daß er dabei die Solidarität der Obrigkeiten verletzen und durchbrechen konnte. Beiden, Bismarck und Gerlach, ging es um den Bestand einer christlichen Ordnung im Diesseits, aber mit dem Unterschied, daß Gerlach von einem idealen, normativen Wertreich aus Forderungen an die Welt richtete, ohne zu fragen, ob er mit diesen Normen in dieser Welt überhaupt noch Fuß fassen könne; während Bismarck diese Ordnung in der eigenen Staatsmacht und vermöge dieser Macht am besten gesichert sah, deshalb dieser Macht und

nur dieser Macht in einem unbeirrbaren Pflichtgefühl und einer leidenschaftlichen Hingebung diene, die kein bloßer Materialismus des Machtgedankens oder gar des persönlichen Ehrgeizes zu erklären vermag, die vielmehr aus den tieferen Bereichen des Glaubens und der Bindung an überpersönliche Werte genährt ist. Gerlachs Konservativismus war von einer allgemeingültigen absoluten Idealität, aber es fehlte ihm in seiner theoretischen Weite und abstrakten Gedanklichkeit an realisierender Kraft; es fehlte ihm der fruchtbar-tätige Impuls eines staatlich-patriotischen Wollens. Bismarcks Konservativismus hat durch die Konzentration auf den eigenen Staat scheinbar an Weite und Weltgültigkeit verloren, aber er barg durch die Vereinigung mit der friderizianischen Tradition des preußischen Staatsgedankens alle praktischen Möglichkeiten zu fruchtbarer Tat. Eine Welt, in der alle nur für sich sorgen und handeln, versteht derjenige am besten, der selbst nur für sich sorgt und handelt. Das ist der Kontakt mit seiner Zeit, der Gerlach zunehmend fehlte, den Bismarck sofort besaß. Daß Bismarck Welt und Menschen so zu durchschauen vermochte, steht am Anfang des Geheimnisses seiner Größe. Wir begreifen den Gegensatz von Prinzipien- und Realpolitik als einen Gegensatz der Generationen. Beherrscht nicht der Gegensatz von universaler weltfremder Idealität und praktisch-tätigem Realismus als Dialektik der Generationen das ganze 19. Jahrhundert, dieses Jahrhundert zugleich der Romantik und des Kapitalismus? Am Anfang steht das Jahrhundert noch im Zeichen des unstaatlich-weltbürgerlichen Humanitätsgedankens der Goethezeit; aus diesem Geist erwuchs die idealistische Philosophie mit ihrem spekulativen Universalismus; aus diesem Geist erblühte die Romantik, die in Erneuerung christlicher Traditionen den Gedanken einer neuen christlichen Solidarität mit heraufbrachte. Gerlach ist nicht von ungefähr Zeitgenosse eines Novalis, der diese Gedanken in seiner Schrift „Die Christenheit oder Europa“ formulierte;²⁸ die Gründung der heiligen Allianz steht unter der Patenschaft dieser Ideen. Gerlach und seine Freunde, die Männer um Friedrich Wilhelm IV., tragen noch mit dem König

28. Vergl. Friedrich Meinecke, Bismarck und Gerlach, Hist. Zeitschrift Bd. 72 S. 53).

selbst in sich das geistige Erbe der späten Goethezeit, der frühromantischen Generation. Ihre Weltauffassung, ihre Geisteshaltung und Willensrichtung ist von dorthier bestimmt.

Es vollzog sich dann im Laufe des 19. Jahrhunderts ein Wandel, der sich gleichermaßen in Wissenschaft, Kunst, Wirtschaft und Politik verfolgen läßt, der sich anzeigte in der Überwindung des philosophischen Geistes durch den Positivismus, der in Kunst und Literatur einen neuen Realismus heraufführte, der sich wirtschaftlich ausdrückte im Aufblühen des gewerblichen Lebens, in dem Siegeslauf der Technik, des Industrialismus und Kapitalismus, der im Bereich der Politik das Prinzip des Nationalstaates zum siegreichen Durchbruch führte. Der nationale Gedanke, den die Romantik als rückwärts gewandtes volkstümliches Geschichts- und als geistiges Kulturbewußtsein erlebt hatte, gelangte — bezeichnend genug — erst zu praktischer Wirklichkeit und politischer Erfüllung in Deutschland, als er unter die Führung desjenigen Staates kam, der den Staatsgedanken am stärksten und stolzesten ausgebildet hatte. Bismarck, der durch seine „Realpolitik“ den romantisch-nationalen Reichsgedanken auf seine höchst praktische Weise schließlich verwirklicht hat, gehörte einer Generation an, die jede idealistische Spekulation und alle romantische Schwärmerei überwand in der weltoffenen Hinwendung zur praktischen, materiellen, gewinnbringenden Tagesarbeit. Weltoffener Realismus, Sinn für Gewinn, Verlust, Sicherheit: alles dies konnten wir — etwa in Bismarcks Kampf für den Zollverein 1852/53 — auch als Wesenszüge Bismarcks nennen. Bei aller Möglichkeit der Mißdeutung sei es gesagt: auch in Bismarck finden wir jene betriebsame Unermüdlichkeit, die in rastloser Auswägung von Gewinn und Verlust, Leistung und Entgelt, von Soll und Haben mit Vorsicht zugleich und Wagemut rechnet und überschlägt, kalkuliert und überschaut, plant und sinnt, um jede Chance zu nutzen und jedes Risiko zu beachten — die Schaffensfreude, wie sie den repräsentativen Menschen der Zeit des aufblühenden Kapitalismus, den wirtschaftlichen Unternehmer kennzeichnet. Aber es gibt einen wesentlichen Unterschied. Dieser schafft für sein Unternehmen, Bismarck aber ist Sachwalter und Unternehmer seines Staats. Dieser schafft für sich und seinen Gewinn; jede Bereicherung kommt

ihm als Einzelwesen zugute, Verantwortung trägt er nur vor sich selbst. Bismarcks Arbeit ist Dienst und Hingabe für eine Realität, eine Ordnung und eine Obrigkeit, die er als verpflichtend über sich anerkennt; ein Dienst, mit dem er sich vor Gott und Geschichte verantwortlich weiß. Er vertritt in großartiger Vorbildlichkeit den Pflichtgedanken in einer Epoche des zunehmenden wirtschaftlichen und persönlichen Individualismus, den preußischen Staatsgedanken in einer Zeit zunehmender staatsfremder, wirtschaftlicher, konfessioneller, parteipolitischer Sonderbildung. Dieses Staatsbewußtsein aber, wie es in Bismarck erscheint, ist nichts anderes, als die fort wirkende Kraft jenes Glaubens an das metaphysische Recht der Obrigkeit, den er mit Gerlach teilte und mit dem er zugleich von Gerlach abwich, indem er ihn auf sein Preußen konzentrierte und dadurch in praktische Tat umsetzte.

Noch eines trennt Bismarck von dem Typ des kapitalistischen Unternehmers: ein solcher ist auf ständige wirtschaftliche Expansion, auf die Ausweitung seines Geschäfts bedacht. Im Bereich des Politischen würde dem Kapitalismus ein eroberungsfreudiger Imperialismus entsprechen. Aber war Bismarck Imperialist? Die Frage nach dem Wesen seiner Realpolitik ist also noch nicht erschöpft, und indem wir seinen Betrachtungen zur Außenpolitik nach dem Krimkrieg nachgehen, suchen wir unsere Antwort zu vervollständigen.

Bundespolitik und deutsche Politik nach dem Krimkrieg.

Der Krimkrieg hatte die politische Ohnmacht des Bundes enthüllt. Das natürliche Fundament dieses Bundes, die Solidarität der Ostmächte, war zerbrochen, so mußte auch das Bundessystem aus den Fugen gehen, das auf diesem Fundament errichtet war.¹

Wenn Bismarck in der Folgezeit, planmäßig etwa seit Juni 1857, sich am Bunde isolierte, ja mehr und mehr die Tätigkeit des Bundes zu sabotieren suchte, so geschah das aus der wachsenden Erkenntnis von der Unfruchtbarkeit aller positiven Bundespolitik für Preußen.

Aber war die preußische Bundespolitik nicht gerade während des Krieges von Erfolg gekrönt gewesen? Hatte Bismarck nicht an der Spitze einer Bundesmehrheit immer wieder alle österreichischen Versuche, die Kräfte Deutschlands mit Hilfe des Bundes für seine Sonderzwecke zu mißbrauchen, erfolgreich abgewehrt? Hatte das Blatt sich nicht so gewandt, daß jetzt nicht mehr Preußen, sondern der Habsburgerstaat sich isoliert und majorisiert sah? Herrschte nicht das beste Einvernehmen zwischen Preußen und den Mittelstaaten?

In Wahrheit hatte die vorübergehende Koalition während des Krieges das alte Mißtrauen, das die Mittel- und Kleinstaaten seit den Tagen der Unionspolitik gegen Preußen hegten, nicht zu tilgen vermocht. Die schwankende, unklare Haltung der Berliner Regierung, ihre gelegentliche Nachgiebigkeit gegenüber Österreich hatte es vielmehr ständig genährt.

Die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse freilich zwang die Staatenwelt Klein-Deutschlands, sich der wirtschaftspolitischen Führung Preußens zu unterwerfen; aber der Zollverein

1. GW II, S. 167.

verminderte nicht, sondern vermehrte nur die mißtrauische Furcht der Mittelstaaten vor preußischer Hegemonie, weil er Preußens natürliches Schwergewicht verstärkte.² Bayerns wirtschafts- und zollpolitische Bestrebungen und seine Bundespolitik überhaupt begreifen wir als den Versuch, dem preußischen Schwergewicht ein Gegengewicht zu schaffen.³ Von den gleichen Motiven war die Triaspolitik des sächsischen Ministerpräsidenten Beust bestimmt, waren seine Bundesreformprojekte diktiert. Je mehr der Anachronismus der Kleinstaaterie zumal im Wirtschaftsleben fühlbar wurde, je mehr die natürliche Entwicklung mit den alten Grenzen und Formen des staatlichen Lebens in Widerstreit geriet, desto heftiger wehrten sich die Mittel- und Kleinstaaten gegen den Zwang dieser Verhältnisse, der ihre Souveränität zu beschneiden oder gar zu beseitigen drohte. Die Mittelstaaten leitete ein richtiger Instinkt, wenn sie in Wien die geringere Gefahr für ihre Souveränität, ja eine gewisse Garantie ihres Bestandes vermuteten und deshalb in der deutschen Politik sich in entscheidenden Fällen immer wieder mit Österreich gegen Preußen zusammenfanden.⁴ Für Bismarck selbst, so sahen wir, war die Koalition mit den Mittelstaaten während des Krieges nur ein Notbehelf gewesen, ein Zwang zur Verteidigung gegen österreichische Ansprüche und Anmaßungen, ein Verzicht auf größere Möglichkeiten europäischer Politik. Es geht nicht an, Bismarcks Bundespolitik während des Krimkrieges damit zu erklären, daß sich ihm damals noch nicht der Horizont der großen europäischen Politik eröffnet habe. Von einer Entwicklung Bismarcks von „legitimistischer“ zu „deutscher“ und schließlich zu „europäischer“ Politik kann nicht die Rede sein.⁵ Man braucht nur Bismarcks Berichte und Denkschriften aus der Zeit des Krimkrieges zu studieren, um zu erkennen, daß es nicht an größerer Enge des politischen Horizonts lag, sondern an der Begrenztheit seiner poli-

2. Vgl. Meiboom, Studien zur deutschen Politik Bayerns in den Jahren 1851 bis 59.

3. Vgl. Meiboom a. a. O. S. 33 ff. S. 96 ff.

4. Die Bedeutung der vielfachen unterirdischen Verknüpfungen durch Versippungen und Verschwägerungen zwischen Wien und den deutschen Höfen hat Bismarck wohl überschätzt. Vgl. Poschinger II, S. 345 ff. und Posch. III, S. 14.

5. So Meiboom, Bismarck und Bayern, Historische Vierteljahresschrift, Bd. 26.

tischen Bewegungsfreiheit, an dem Zwang der Umstände, der Bismarcks damalige deutsche Politik veranlaßte. Gegenüber dem Versuch, die Schwenkungen in der Haltung Bismarcks zu den Mittelstaaten mit solcher Wandlung von deutscher zu europäischer Politik zu erklären, kann die Einheitlichkeit und Kontinuität von Bismarcks Zielsetzung nicht stark genug betont werden. Bismarck betrieb von vornherein die mögliche Verstärkung der preußischen Großmachtstellung in Europa. Er war „europäischer“ Politiker in dem Augenblick, als ihm seine Frankfurter Tätigkeit Aufgaben europäischer Politik stellte. Es soll im Verlauf der vorliegenden Arbeit gezeigt werden, daß sich Bismarcks „deutsche“ und „europäische“ Politik in keinem Augenblick trennen läßt. In ihrem unlöslichen Zusammenhang besteht gerade die eigentümlich Bismarcksche Prägung.⁶

Er leitete nicht die Berliner Politik, sondern führte sie an sekundärer Stelle aus und tat dabei nur sein Mögliches, ihre Fehler von Frankfurt aus zu korrigieren. Sein eigentliches Ziel war von vornherein die Gleichberechtigung mit Österreich als europäischer Großmacht; nur aus taktischen Gründen stellte er sich in bundesfreundlicher Haltung mit den deutschen Staaten auf gleiche Stufe, um ihre Politik zu dirigieren;⁷ als gleichwertige Bundespartner konnte er sie nicht anerkennen. Er wußte zu genau, daß sich hinter ihrer krampfhaften Betriebsamkeit Ohnmacht, Uneinigkeit und Mutlosigkeit verbarg. Er verkannte nicht die Gefahr, die ihre Schwäche für Deutschland bedeutete, weil sie dadurch zu leicht der bevorzundenden Anmaßung des Auslandes zum Opfer fielen. Nur aus taktischen Gründen, nur zum Schein kam er nach dem Krimkrieg den wirtschaftspolitischen Anträgen Bayerns freundlich entgegen;⁸ er nahm ihnen Sinn und Ziel, indem er sie gleichzeitig auf das Feld freier Verträge abdrängte, wo sich Preußens natürliches Schwergewicht ungehemmt auswirken konnte;⁹ er legte damit die Bundes-

6. Vgl. Meiboom, a. a. O. S. 328.

7. Meiboom, Studien zur deutschen Politik Bayerns S. 82 ff.

8. GW II, S. 145 f.; Posch II, S. 293. Vgl. dazu den Gegensatz zur taktischen Haltung der Berliner Regierung (A. O. Meyer a. a. O. S. 312 ff.). Vgl. auch Bismarcks Haltung zu den Beustschen Bundesreformprojekten. GW II S. 237.

9. GW II, S. 83; Poschinger III, S. 27.

versammlung lahm und verwandelte dadurch Bayerns scheinbaren Erfolg in eine Niederlage.¹⁰ Bismarck suchte die Beziehungen Preußens zu Bayern zu pflegen, wenn er diesen Staat gegen Österreich ausspielen wollte;¹¹ sein Verhältnis zu den Mittelstaaten war jeweils bestimmt von den taktischen Notwendigkeiten, die durch die europäische Lage und das Verhältnis zu Österreich im Augenblick geboten waren. Je energischer Bismarck in der Folge seinen Kampf um Preußens Gleichstellung mit Österreich am Bunde betrieb und dadurch zum ewigen Opponenten und Störenfried im Bundespalais wurde, desto mehr mußte er sich die mittelstaatlichen Politiker entfremden, die schließlich in der Erhaltung des Bundesfriedens die beste Gewähr ihrer Sicherheit sahen. Die Einsicht in die Ohnmacht des Bundes und in die schicksalhaft-notwendige Isolierung Preußens im Kreis der deutschen Staaten hat Bismarck schließlich bestimmt, jeden Schein von bundesfreundlicher Bereitwilligkeit aufzugeben;¹² er hat jede positive Bundesarbeit lahmzulegen versucht, indem er mit teuflischem Vorbedacht durch ein System schikanöser Quertreiberei seinen Kollegen, zumal dem Präsidialgesandten, die Hölle heiß machte und sich auf eine Position praktischer Sabotage zurückzog.¹³

In der großartig-umfassenden Denkschrift an den Prinzen von Preußen vom März 1858 enthüllte Bismarck die Motive für seine negative Bundespolitik. Dieses „kleine Buch des Herrn von Bismarck“¹⁴ ist die Zusammenfassung seiner langjährigen Frankfurter Erfahrungen. Preußen, so führte er hier aus, sei prädestiniert zur Einsamkeit im Kreise der Bundesregierungen. Aber Preußen solle aus der Not seiner Einsamkeit eine Tugend machen. Preußen solle die Bundespartner den Mangel seiner Beteiligung fühlen lassen. Dann entziehe es sich nicht nur der Gefahr, als Instrument und Opfer fremder Ziele mißbraucht zu werden: es schaffe auch die Voraussetzungen für die Erweiterung des eigenen Einflusses, für eine Bereinigung und Klärung der deutschen Verhältnisse, für die Förderung der wahren und dauernden Interessen Deutschlands.

10. Vgl. Meiboom Studien S. 104 ff.

11. Br. a. G. SS. 23, 114 ferner GW I, S. 308.

12. Poschinger III, S. 104; GW II, SS. 245, 371, 137.

13. Vgl. A. O. Meyer a. a. O. SS. 387 ff., 397, 399, 407, 427, 490.

14. GW II, S. 302 ff.

Damit gelangt Bismarck zu Ausführungen, die wenigstens einem streng konservativen Standpunkt als revolutionär erscheinen mußten: er unterscheidet polemisch zwischen dem Interesse der Regierungen und dem ihrer Länder — eine Unterscheidung, deren Anwendung auf Preußen Bismarck nie zugelassen hätte —, indem er sagte: die Bundesregierungen freilich weise ihr Interesse an die Seite Österreichs, die Bundesländer dagegen teilen wesentliche Interessen mit Preußen; und diese Gemeinsamkeit der Interessen müsse sich auf die Dauer in der Form einer preußischen Anziehungskraft auswirken, wenn sich Preußen im Bewußtsein seiner Stärke auf das Schwergewicht der eigenen Vorteile zurückziehe. Jenen Widerspruch zwischen Politik und Wirtschaft der deutschen Mittelstaaten wollte Bismarck also bloßlegen und als Keil hineintreiben in das künstliche Gefüge des Bundessystems: gegen die Lüge von der gemeindeutschen Aufgabe des Bundes, hinter der sich Österreichs Hegemoniestreben und das Erhaltungsbedürfnis aller kleinen und kleinsten Partikulargebilde verbarg, spielte er die Natur der wahren, preußisch-deutschen Interessen aus, die allen veralteten Regelungen der Vergangenheit zuwiderliefen. Hinter Bismarcks politischen Ratschlägen verriet sich das instinkt-sichere Bewußtsein, daß Preußen in Deutschland die Zukunft für sich habe, dokumentierte sich Bismarcks Vertrauen auf die natürliche Kraft seines Staates.

Solcher Hinweis auf die Gemeinsamkeit preußischer und deutscher Interessen, die in dem Satze gipfelt, daß es nichts Deutscheres gäbe als die Entwicklung richtig verstandener preußischer Partikularinteressen,¹⁵ erscheint dem nachträglichen Betrachter als ein Vorklang der späteren Leistung des Reichsgründers. Und doch verfehlt man die eigentlichen Meinungen und Ziele Bismarcks, wenn man seine damalige Haltung unter dem Aspekt der deutschen Frage sieht, wenn man den Schluß zieht, daß damals schon, Ende der fünfziger Jahre, Bismarck das Programm der rein kriegerischen Lösung, die Politik von „Eisen und Blut“ unbeirrbar verfolgt habe.¹⁶

Von der Möglichkeit, ja Unausweichlichkeit einer kriegerischen Auseinandersetzung mit Österreich hat er immer wieder und jeweils

15. GW II, S. 317.

16. So z. B. Augst a. a. O. S. 62.

unter dem Eindruck des herrschenden Gegensatzes in Frankfurt gesprochen,¹⁷ und es ist klar, daß am Ende der Frankfurter Zeit, als der Gegensatz durch seine eigene Taktik sich zunehmend verschärfte und verhärtete, die Aussprüche dieser Art sich mehren. Er war zu der Überzeugung gelangt, daß Preußen und Österreich auf dem Boden des Deutschen Bundes nur Gegner sein könnten; diese Gegnerschaft erschien ihm als eine Naturnotwendigkeit, solange der Habsburgerstaat nicht praktisch seinen Anspruch aufgeben würde, die Vormacht in Deutschland zu sein.¹⁸ Wollte Preußen seine Gleichberechtigung mit Österreich in Deutschland behaupten, so mußte es den Rivalen zur Aufgabe seines bisherigen Kurses zwingen, zur Preisgabe aller Vorteile, die diesem aus seiner präsidialen Bundesstellung erwachsen. Bismarck war überzeugt, daß Österreich diese Position nicht freiwillig, sondern nur unter dem Druck einer außenpolitischen Zwangslage, in einer Krise seiner europäischen Stellung, räumen würde. Vermutlich hat Bismarck damals, 1858 und 1859, die Waffenentscheidung als die größere Wahrscheinlichkeit angesehen; aber hüten wir uns davor, aus den vielen Drohungen, die Bismarck in der gespannten Frankfurter Atmosphäre gegen Österreich ausstieß, auf seine endgültige kriegerische Entschlossenheit zu schließen. Neben jenen trotzig-selbstbewußten Drohungen stoßen wir auch immer wieder, in der Zeit des Krimkrieges wie vorher und nachher, auf die Bereitschaft zum friedlichen Ausgleich mit Österreich.¹⁹ Auch die kühle Bedachtsamkeit der Denkschrift warnt vor überstürztem Bundesbruch und mahnt zu exakter Erfüllung der unerläßlichen Bundespflichten. Wenn Österreich und Preußen als deutsche Mächte Feinde waren, mußten sie es darum und für immer als europäische Mächte sein?²⁰ Preußen konnte sich die Anerkennung seiner Großmachtstellung und seiner Gleichberechtigung in Deutschland zwar nur als europäische Macht und durch europäische Politik erringen; aber warum nur als Ergebnis des Waffenganges gegen Österreich? Warum nicht auch als Entgelt für den Kampf an der Seite des anderwärts bedrohten Österreich? Es war jedenfalls nicht

17. Vgl. A. O. Meyer, a. a. O. S. 500.

18. Br. a. G. SS. 115, 294; GW I, S. 104, GW II, 142.

19. Br. a. G. SS. 64, 225, 240, Br. a. B. u. G. 336, Posch. III, S. 271, GW II, SS. 50, 59. Vergl. A. O. Meyer (a. a. O.) S. 267, 501 ff.

20. GW II, 319 ff.

die Weise Bismarcks, sich nur auf einen Weg festzulegen. Das Verhalten Österreichs, nicht eigener vorgefaßter Entschluß würde im kritischen Augenblick über Krieg oder Frieden entscheiden. Die Alternative war für Bismarck nicht prinzipieller, sondern praktischer Natur. So oder so, ob in friedlichem Ausgleich oder in kriegerischer Auseinandersetzung, mußte das Bundessystem de jure oder wenigstens de facto fallen. Diesem System galt Bismarcks Kampf, nicht der österreichischen Macht als solcher.

Um das Wesen von Bismarcks Politik ganz zu verstehen, muß man sich darüber klar werden, was die Denkschrift mit ihrer Absage an das Bundessystem enthielt und was sie nicht enthielt. Sie enthielt die Ausschaltung einer gefühlsbestimmten Tradition, welche sich der Habsburger-Monarchie als dem ‚deutschen Bruderstaat‘ enger verbunden glaubte als irgend einer andern europäischen Macht, einer Gefühlspolitik also, die der Wirklichkeit gegenüber ebenso nichtig war, wie der Gedanke der legitimistischen Solidarität. Aber sie enthielt damit noch nicht Bismarcks endgültige Wendung zu dem Weg sogenannter „revolutionärer“ Politik, der über Österreichs Ausschaltung aus Deutschland zur kleindeutschen Lösung der deutschen Frage führte. Deutschlands Zukunft mußte sich verschieden gestalten, je nachdem Preußen und Österreich ihr Verhältnis kriegerisch oder friedlich bereinigen würden. Aus der Tatsache, daß Bismarck die Entscheidung über Krieg oder Frieden vom Verhalten Österreichs gegenüber preußischer Forderung abhängig machte, geht hervor, daß es Bismarck primär um die Erhöhung der preußischen Macht und überhaupt nicht um irgendwelche bestimmte künftige Form des deutschen Staatslebens ging. Bismarck hatte weder damals noch später eine bestimmte Gestaltung der deutschen Zukunft im Sinne, die als Ziel seine Wegrichtung bestimmt hätte; und eben deshalb hat er weder damals noch jemals geschwankt zwischen einer friedlich-dualistisch-konservativen und einer kriegerisch-hegemonial-revolutionären Entscheidung des deutschen Problems; denn er sann nicht nach über die möglichen Wege zu deutscher Einigung, sondern wartete auf die Gelegenheit zu preußischer Machtausdehnung.

Als eine solche Gelegenheit erkannte er wieder den österreichisch-französischen Konflikt um Italien 1859. Aber die Außenpolitik der „Neuen Aera“ war noch kläglichler als die des bis-

herigen Kurses. Preußen hatte zwar während des Krimkrieges eine Gelegenheit zu europäischer Politik ungenutzt gelassen, aber unter Bismarcks Einwirkung sich doch wenigstens gegen Österreichs Zumutungen gewehrt. Jetzt überließ man anscheinend willenlos die preußische Macht den österreichischen Zielen; der Hüter des preußischen Selbstbewußtseins, der Verfechter des preußischen Eigenwillens, Bismarck, mußte Frankfurt verlassen. So wird der Groll, mit dem er von seinem bisherigen Tätigkeitsfeld schied, verständlich; aber wir dürfen seine zornige Opposition nicht voreilig als unbedingten Kriegswillen gegen Österreich deuten. Er opponierte gegen die damalige Berliner Außenpolitik der Neuen Aera nicht, weil sie den Krieg mit Österreich vermied, sondern weil sie es überhaupt an preußischem Egoismus fehlen ließ,²¹ weil Preußen mehr noch als zur Zeit des Krimkrieges im Fahrwasser Österreichs fuhr. Bismarck wollte nicht um jeden Preis den Krieg gegen Österreich, aber auf jeden Fall die Ausnutzung der sich in der europäischen Lage bietenden Gunst der Stunde, gleichgültig, ob das zum Krieg gegen Österreich an der Seite Frankreichs oder zum endgültigen friedlichen Ausgleich mit Österreich oder gar zur Bundesgenossenschaft mit Österreich führen werde.²² Ob die alte Regierung sich von der Tradition konservativer Solidarität oder die neue Regierung von dem Gefühl deutscher Blutsbrüderschaft bestimmen ließ: die Wirkung war in jedem Fall die gleiche: Preußen unterstützte Österreich, ohne eine Bezahlung dafür zu verlangen, und Österreich forderte

21. A. O. Meyer a. a. O. S. 487 ff.

22. A. O. Meyers Darstellung betont Bismarcks Kriegswillen. Die vielen drohenden Äußerungen Bismarcks kurz vor und nach seinem Abgang, die Meyer anführt, ergeben aber keineswegs das klare Bild einer konkreten und bestimmten Zielsetzung, sondern nur das Vielerlei kecker, kühner, ja waghalsiger Möglichkeiten; (A. O. Meyer a. a. O. S. 477 ff., 480, 481, 482, 486 ff.). Sie entspringen offenbar auch dem Ressentiment, das ihn damals gegen die Gegner und Intriganten in Berlin, Frankfurt und Wien beherrschte. Bezeichnend ist Bs. Wortwechsel mit Pfusterschmid, den Meyer ausführlich zitiert (a. a. O. S. 477 ff., 582 ff.). Er enthält eine Kriegsdrohung an Österreich nur als Konsequenz der Tatsache, daß Österreich zwar Preußens Hilfe beanspruche, aber dafür zu wenig bezahle. Bismarck sagt also auch hier indirekt, daß eine Verständigung, ja eine Bundesgenossenschaft mit Österreich möglich sei, wenn Preußen ein ausreichendes Äquivalent erhalte.

kostenlose Hilfe, weil es mit Preußens Selbstlosigkeit rechnen konnte. Bismarcks realpolitischer Sinn verlangte die Ausschaltung jeglicher, ob deutscher oder legitimistischer Ideologie aus den Beziehungen der Mächte, weil ein solcher ideologischer Faktor den wahren Sachverhalt der Machtlage verschleierte und zum Schaden der eigenen Macht ausgebeutet wurde. Aber sein realpolitischer Sinn verbot es ebenso, die Entwicklung der gegenseitigen Beziehungen von vornherein in einen bestimmten Weg zu lenken, sich auf eine bestimmte Richtung seiner Machtpolitik auf lange Sicht festzulegen; er vertraute der regulierenden Kraft einer naturgemäßen Entwicklung, welche im rechten Augenblick entscheiden mußte, ob bestehende Spannungen sich friedlich oder feindlich lösen würden; er horchte gleichsam auf den Sinn der Stunde, um ihm das Gebot seines Handelns abzulauschen. Wer von dem Wissen um das schließliche Ergebnis von Bismarcks Handeln auf eine frühe und dauernde Zielstrebigkeit, und von ihr aus auf eine mehr oder weniger verhüllte, aber immer festgehaltene Feindschaft und Kriegsabsicht gegen Österreich schließen will, der verkennet das Wesen seiner Realpolitik. Im Wesen seiner Realpolitik lag es vielmehr, sich die Wege offen zu halten; Preußens Macht, nicht Deutschlands Einheit war der bleibende Leitstern seines Wollens, und bei der Wahl des möglichen Weges zu Preußens Macht fragte er nicht, ob dieser Weg auch zu Deutschlands Einheit führen werde. Daß der Weg zu Preußens Macht schließlich mit dem Weg zu Deutschlands Einheit zusammenfiel, beruhte auf dem inneren Sinn der deutschen Entwicklung, auf der natürlichen Folgerichtigkeit der durch Bismarcks Handeln hervorgerufenen Geschehnisse, lag aber nicht in einer früh gefaßten und immer festgehaltenen Absichtlichkeit dieses Handelns.

Noch kurz bevor sich Bismarck endgültig im Sinne eines kriegerischen Vorgehens entschied, noch kurz vor der Entscheidung von Königgrätz also, hat er sich die beiden Möglichkeiten eines Verhältnisses zu Österreich, die friedliche und die kriegerische, offen gehalten. Mit diesem Ergebnis seiner Untersuchung über Bismarcks deutsche Politik im Jahre 1865 bestätigt Stadelmann²³ gleichsam vom andern Ende des Weges her²⁴ die hier ausgesprochene Meinung,

23. Vgl. Stadelmann a. a. O. S. 70.

24. Dasselbe Nebeneinander der Möglichkeiten erkennt man schon

und er kommt ebenso zum gleichen Ergebnis über das Wesen der Bismarckschen Politik, wenn er dieses Nebeneinander der Möglichkeiten nicht als Schwanken zwischen einer dualistischen und einer hegemonialen Lösung der deutschen Frage gedeutet wissen will,²⁵ es vielmehr als eine Art Technik in Bismarcks politischer Praxis erklärt, die sich möglichst lange für zwei gangbare Wege bereit hielt und die Entscheidung am Ende von der Garantie des Gelingens und der Größe des Risikos abhängig machte. Bismarcks politisches Denken kreiste um Machtfragen, nicht um Gestaltungsprinzipien; und darum vermögen Urteile, die Bismarcks Handeln je nach ihrer Auffassung als konservativ oder revolutionär, seine Absichten als dualistisch oder hegemonial zu kennzeichnen versuchen, das Wesen seiner Politik nicht zu erfassen und zu erschöpfen, weil sie in seinem Denken eine Teleologie voraussetzen, die es nicht besaß. Die Vorstellung vom zielbewußten Reichsgründer ist schon deshalb verfehlt, weil es überhaupt nicht im Wesen von Bismarcks Realpolitik lag, der Erfüllung eines konkreten Programms in teleologischer Konsequenz zuzustreben.²⁶ Sondern er diente nach dem Maß und Gebot der Stunde mit leidenschaftlicher Hingabe und im Bewußtsein einer Pflichterfüllung, die nicht nach dem Wozu und Warum, nicht einmal nach dem Wohin fragte, immer der gleichen Aufgabe: im wechselnden Hin- und Her der europäischen Machtlage die Macht seines preußischen Staates zu erhalten und zu festigen. Das erklärt zugleich die Beständigkeit und die Elastizität seiner Politik. Wir durchschauen diese Realpolitik nicht, indem wir nach ihrer konkreten Zielsetzung forschen, sondern indem wir eine Anschauung zu gewinnen suchen von der Weise und Grenze ihrer Betätigung im Rahmen der europäischen Verhältnisse.

zu Beginn von Bismarcks außenpolitischem Weg, vergl. Franz, a. a. O. SS. 36, 47.

25. Vgl. Stadelmann, a. a. O., S. 71 ff. S. 73.

26. Vgl. auch die einleuchtende Unterscheidung zwischen Cavour und Bismarck bei Stadelmann a. a. O. S. 76.

Bismarcks Forderungen zur europäischen Politik Preußens nach dem Pariser Kongreß.

Die Orientkrise und der Krimkrieg hatten die bisherigen Fronten und Bündnisse aufgelöst und beseitigt. Die erstarrte Konstellation der Großmächte war in Fluß gekommen; Europa trat in eine Übergangszeit, in der sich neue Fronten und neue Bündnisse bilden mußten, deren endgültige Form aber noch nicht deutlich zu erkennen war, noch nicht greifbar vor Augen lag.

In dem Maße, in dem Rußland und Frankreich sich jetzt zu nähern schienen, wandte Gerlach sich von Rußland ab: ein mit Frankreich verbündeter Staat konnte nach seiner Meinung grundsätzlich nicht mehr Preußens Bundesgenosse sein. Er erhoffte und verfocht jetzt, im höheren Interesse der legitimen Sache, die Verbindung von Österreich, Preußen, dem Deutschen Bunde und England als der allein noch denkbaren „natürlichen“ und erträglichen Allianz.¹

In jenen Tagen erst ist der Gegensatz des politischen Denkens zwischen Bismarck und Gerlach ganz offenbar geworden. Die Vorgänge des Krimkrieges hatten ihn noch verhüllt, denn beide Männer hatten, wenn auch aus ganz verschiedenen Motiven, schließlich eine Politik der Neutralität befürwortet.²

Jetzt riß die Kluft auf, als Bismarck zunächst leise und andeutend, dann immer vernehmlicher und bestimmter der preußischen Politik empfahl, sich mit Frankreich gut zu stellen oder doch den Schein guter Beziehungen zu Frankreich vor der Welt zu demonstrieren. Die politischen Überlegungen, aus denen sich diese Forderung ergab, sind in den großen außenpolitischen Denkschriften jener Jahre niedergelegt. In ihnen begegnen wir Bismarck auf dem

1. Br. a. B. SS. 191, 192 ff., 195, 199, 200. Dkw. II S. 388.

2. Aber Gerlach hatte in dem Ende des außenpolitischen Systems der Ostmächte nur ein Unglück, Bismarck die Eröffnung neuer und freier Möglichkeiten für Preußen gesehen. GW I, SS. 456, 516.

ureigenen Felde seiner Meisterschaft: in der Überschau, Analyse, Auswertung der europäischen Situation, bei der wir gleichermaßen die durchdringende Schärfe seiner Beobachtung, die psychologische Kennerschaft von Staaten und Staatslenkern, die verblüffende Logik seiner Kombinationen, die souveräne Sicherheit des Urteils, die bestechende Kunst seiner Formulierung bewundern. Es sind unsterbliche Dokumente staatsmännischer Weisheit, die uns für jene Jahre Bismarcks Reife, Weite und Größe bezeugen.³

Den Bund aller deutschen Mächte mit England, den Gerlach damals als seiner konservativ-legitimistischen Weisheit letzten Schluß empfahl, lehnte Bismarck bestimmt ab. Diese Ablehnung ergab sich folgerichtig aus seiner nun gewonnenen Stellung zum Deutschen Bund und zu Österreich. Eine solche Kombination hätte Österreich in seinem System bestärkt, Preußen auszunutzen, zu degradieren und am Ende zu verraten; England würde keine wesentliche Hilfe auf dem Kontinent bieten, die deutschen Mittelstaaten würden zu eigener Sicherheit Rheinbundpolitik treiben; der mitteleuropäische Block sei dem gleichzeitigen Druck von Frankreich und Rußland nicht gewachsen, zumal bei der inneren Brüchigkeit des Habsburgerreiches und bei der vergiftenden Wirkung der preußisch-österreichischen Rivalität in Deutschland. Zum ersten Mal taucht hier in Bismarcks Betrachtungen die Gefahr des Zwei-Fronten-Krieges auf, jetzt ergibt sich aus dem Zusammenbruch des Systems der Ostmächte das bleibende Kernproblem der späteren deutschen Außenpolitik; das deutsche Schicksal des Weltkrieges klingt an, und Bismarcks Warnung erscheint wie eine unheil kündende Prophetie.

In einer sich anbahnenden Annäherung zwischen Frankreich und Rußland zeigte sich in der Tat die Gefahr kommender Umklammerung für Preußen; und doch standen damals für Preußen alle Wege offen, dieser Gefahr zu entgehen und sogar diese Lage zu seinem Vorteil auszubeuten. Damals fehlten noch die beiden Strömungen, die ein halbes Jahrhundert später sich gleichzeitig gegen Deutschland wandten: der französische Revanchegedanke

3. Es handelt sich vor allem um den „Prachtbericht“ vom 26. April 1856 (GW II, S. 138 ff.), um das Schreiben an Manteuffel vom 10. Mai 1856 (GW II, S. 149 ff.) und um die Denkschrift vom 18. Mai 1857 (GW II, S. 217 ff.).

und der Panslawismus. Preußen stand zu Frankreich wie zu Rußland in einem ungetrübteren Verhältnis als Österreich: Bismarck riet, diesen Vorteil auszunutzen. Preußen konnte sich für eine kommende kontinentale Kombination der Mächte eine Schlüsselstellung erringen, indem es für Frankreich als Vermittler zu Rußland hin auftrat, Österreich dadurch gleichzeitig isolierte und Österreich sowohl wie die deutschen Bundesstaaten durch den mächtigen Zuwachs an außenpolitischem Kredit sich gefügig machte. Mit der Verbesserung in der europäischen Stellung hätte sich also auch ein Fortschritt in der deutschen Politik ergeben.⁴ Ein freundliches Verhältnis zu Frankreich bot zugleich eine erhöhte Garantie des Friedens, weil es bestehende Spannungen in Europa in der Schwebe hielt und zugleich die Aussicht eines kommenden Kontinental-Bündnisses in sich barg, dem gegenüber niemand eine kriegserische Aktion wagen würde.⁵ Den Ministerpräsidenten und Reichskanzler Bismarck kann man nach seinem politischen Handeln beurteilen, um danach das Wesen seiner Politik zu erhellen. Das Wollen des Bundestagsgesandten, dessen Einfluß in Berlin während der letzten Frankfurter Jahre mehr und mehr zurückging, ermessen wir am sichersten an diesen Vorschlägen, Weisungen und Zielsetzungen, die er in Gestalt seiner Denkschriften unermüdlich nach Berlin richtete. Vielleicht gibt es eine Beziehung oder gar eine Analogie zwischen diesem frühen Wollen und jenem späteren Handeln, die für unsere Einsicht aufschlußreich wäre und das Bild der Realpolitik klären würde.

Es sind die Vorschläge eines behutsamen Taktikers. Bewegungsfreiheit soll Preußen sich schaffen, um nach eigenem Ermessen und Bedürfnis Bindungen einzugehen. Macht und Geltung soll Preußen gewinnen durch eine geschickte Außenpolitik, die ihm in bestimmter Gruppierung und wechselseitiger Bindung der Mächte eine einflußreiche, ja eine Schlüsselstellung sichert. Preußen soll im eigentlichen Sinn ein entscheidender Faktor der europäischen Politik werden durch schiedsrichterlichen Einfluß, den es über das System der Mächte gewinnt. Und schließlich soll ein solches Bündnissystem durch sein natürliches Schwergewicht nach Möglichkeit den Frieden Europas sichern.

4. GW II, S. 223.

5. GW II, S. 222.

Die politische Haltung Bismarcks in jenen Jahren hat etwas Aggressives und Ungeduldiges. Es ist die Ungeduld des gehemmten Tatmenschen, der sich nur in Winken und Weisungen ergehen kann, die doch unbeachtet bleiben. Es ist vor allem das ständige Bewußtsein von Preußens unbefriedigender Stellung im Kreise der Mächte, von Preußens mangelnder Geltung und brachliegender Kraft. Bei dieser tatkraftreichen Stimmung erscheint es doppelt bedeutsam, daß Bismarck in den Vorschlägen über die Wege zu Preußens Machterhöhung gar nicht von Krieg und Eroberung, sondern von Bündnis und Friedenssicherung sprach. Dasselbe Bündnis-system, das den damaligen Hauptgegner Österreich isolieren sollte, würde auch eine Friedensgarantie für Europa sein. Bismarck hatte immer die mögliche Grenze des Machtstrebens im Auge, an der das Verantwortungsbewußtsein aufhörte und das Abenteuer begann. Fast bescheiden klingt seine Zielsetzung, wenn er damals schrieb, daß die Politik, die er empfahl, vielleicht das einzige Mittel sei, „von der Form und dem Wesen des Deutschen Bundes die Fundamente zum Neubau und uns einen entscheidenden Einfluß auf letzteren zu erhalten.“⁶ Bescheiden klingt diese Formulierung dem rückschauenden Betrachter, der sie an der Gestalt des durch die Reichsgründung Erreichten mißt. Es gehört zum gleichbleibenden Wesen von Bismarcks Realpolitik, daß sie sich erreichbare Ziele steckte. Er beachtete genau die Grenze der für seinen Staat tragbaren Macht; sein Ziel war dann nach 1871 Machterhaltung, nicht mehr Machtsteigerung, denn er hielt nun Deutschland für „sattiert“. Er benutzte danach die errungene Macht, um ein Bündnis-system zu schaffen, welches dem neuen Reich eine einflußreiche Schlüsselstellung sicherte, den Hauptgegner — jetzt war es Frankreich — isolierte und gleichzeitig den Frieden Europas erhielt. Ohne die Analogie zu überspitzen, ohne die bedeutenden Veränderungen der europäischen Lage und der preußisch-deutschen Stellung während der dazwischen liegenden Jahre zu übersehen: ein gemeinsamer Grundzug in den Ratschlägen des Bundestagsgesandten und dem Handeln des Reichskanzlers ist nicht zu verkennen. Es ist der Grundgedanke, den Einfluß und die Macht des eigenen Staates gleichzeitig mit dem Frieden Europas nicht nur durch militärische

6. GW II, S. 222.

Macht, sondern auch durch ein Bündnissystem zu gewinnen und zu bewahren; er drückt sich am besten aus in dem Satz: „Der Einfluß einer Macht im Frieden hängt in letzter Instanz von der Kraft ab, welche sie im Kriege entwickeln, und von den Bündnissen, mit welchen sie in den Krieg eintreten kann.“⁷ Selbstverständlich war für ihn der Krieg das letzte Mittel der Machtentscheidung, und die Bereitschaft zum Kriege verstand sich für Bismarck von selbst. Aber der Krieg war ihm doch wirklich das letzte Mittel, das Mittel des größten Risikos, dessen Gefahr er tunlichst zu verkürzen suchte.⁸ Das Ziel der Politik blieb doch immer der Einfluß im Frieden. Der Grundcharakter von Bismarcks Realpolitik war defensiv, friedlich, bewahrend.⁹ Bismarck betrachtete die Gemeinsamkeit der Interessen als die einzige Basis eines haltbaren Bündnisses. Wenn er nach dem Krimkrieg die Annäherung an Frankreich empfahl, so versäumte er nicht, ein entsprechendes Annäherungsbedürfnis an Preußen mit der ihm eigenen scharfen und unentrinnbaren Beweisführung auf französischer Seite nachzuweisen.¹⁰ In seinem Bündnisstreben lag also nicht nur die Kenntnis, sondern auch die Anerkennung und Würdigung fremder Interessen; in dem Streben nach einem größeren Bündnissystem, dem wir in den Denkschriften schon früh begegnen und das er später in anderer Gestalt verwirklichte, lag die Anerkennung und Würdigung der anderen Mächte in ihrem jeweiligen besonderen Sein und Wollen, lag die Respektierung der Vielheit von Mächten und Interessen. Hier war er ganz und gar ehrlicher Vertragspartner, der in seinem Verhalten und Verhandeln die diplomatischen Geheimkünste vergangener Zeiten durch verblüffende Offenheit ersetzte; der nötigenfalls auch vor dem gefährlichen Amt des ehrlichen Maklers und Vermittlers nicht zurückschreckte. Bismarcks große Sicherheit in der europäischen Politik beruht nicht zum wenigsten auf dem Vermögen, scharf und klar die Grenze zwischen preußischem und fremdem Interesse zu ziehen und diese Grenze streng zu beachten; beruht zugleich auf der

7. GW II, S. 221.

8. Eine Untersuchung der Kriegausbrüche und Friedensschlüsse von 1864 bis 1871 wird das bestätigen. Man vergleiche dazu auch die mehrfach genannte Untersuchung von Stadelmann.

9. GW II, S. 221.

10. GW II, S. 221 ff.

Fähigkeit, preußisches Interesse mit fremdem Interesse jeweils zu verkoppeln. Während der Orientkrise tat er sein Äußerstes, um den Einsatz preußischer Macht für rein österreichische Interessen zu verhüten. Aber so streng er darüber wachte, daß sein Staat in einer außenpolitischen Verbindung nicht zur bloßen Gefolgschaft herabsank, so fern lag ihm auch der Gedanke, ein Bündnissystem als bloße Etappe zu äußerster Machtakкумуляtion zu benutzen, fremde Mächte zu unterjochen, fremde Interessen mit Füßen zu treten. Der defensive Charakter von Bismarcks Realpolitik prägt sich am deutlichsten in seiner Bündnispolitik aus, die in ihrer Weise nicht nur der preußisch-deutschen Geltung, sondern auch dem Frieden Europas diene.

Der Gedanke von der Gemeinsamkeit der Interessen als des einzig haltbaren Fundamentes für ein Bündnis aber enthält eine Voraussetzung: die Notwendigkeit der Entschlußfreiheit, des Handelns nach eigenem Ermessen und eigenem Vorteil. Ein Staat, der nicht zum Objekt der Politik herabsinken will, wird sich nie an Bündnissen und Zielsetzungen beteiligen, zu denen ihn nicht ein eigenes Interesse treibt; er wird im Gegenteil in solchem Fall seine Stärke darin finden, sich umwerben zu lassen und für alle Seiten einen Faktor der Unsicherheit zu bilden, der beachtet werden muß. In solcher Weise dachte sich Bismarck die Ausnutzung der preußischen Neutralität während des Krimkrieges, und auch nach dem Krieg blieb dies vorerst der Tenor seiner Ratschläge, in dieser Zeit der außenpolitischen Umgruppierung und Neugestaltung sich nicht voreilig festzulegen und dadurch für die anderen Mächte an Interesse, Beachtung und zu respektierendem Wert zu verlieren.¹¹ Auch das gehörte zum eigentümlichen Wesen Bismarckscher Politik, für die anderen die Maske der Sphinx anzulegen, sich mehrere Wege offen zu halten, und auf solche Art alle übrigen Mächte unter den Druck unsicheren Unbehagens zu setzen. Es war für Bismarck geradezu das Kriterium einer Großmacht, daß sie in isolierter Reserve sich die Freiheit der Entschließung wahren kann und eben dadurch die anderen Mächte zwingt, sie zu beachten und um sie zu werben. Die Freiheit der Entschließung aber bestand für Bismarck darin, nach Möglichkeit den Weg zu jeder anderen Großmacht offen

11. GW II, S. 150.

zu haben. So versteht man ganz den Sinn seiner damaligen Forderung, die Beziehung zu Frankreich freundlich zu gestalten. Nach drei Seiten, nach Österreich, England, Rußland stand ja der Weg offen, wenn die Umstände es erfordern sollten; auf dem Weg nach Frankreich aber gab es nach den geschichtlichen und dynastischen Verhältnissen „Keime einer gegenseitigen Entfremdung“, alte Vorurteile und Hemmungen, die beiseite deräumt werden mußten, damit Preußen nötigenfalls ebenso leicht mit Frankreich sich verbinden könne wie mit den übrigen drei Großmächten.¹² Damit war die Vielheit der Mächte und Interessen konzentriert auf ein Beieinander der fünf Großmächte Europas; jede von ihnen eigenartig durch Geschichte, Charakter, Interessen; jede mit eigenen Bedingungen und Zielen. Jede dieser fünf Mächte vermochte eine selbständige, ihr gemäße Außenpolitik zu treiben, Bindungen einzugehen, ohne an Wert und Würde ihrer Selbständigkeit einzubüßen. Hier erkennen wir deutlich Ziel und Grenze von Bismarcks preußischer Außenpolitik: es war die Behauptung und Wahrung der preußischen Großmachtstellung mit eigener Geltung und eigener europäischer Politik im Kreis dieser fünf Mächte. Die mittleren und kleineren Staaten außerhalb des Kreises der großen Fünf konnten den Weg ihrer Interessen nur finden im Anschluß an eine dieser Großmächte, in deren Bahn und Gefolge; sie waren nicht fähig zu eigener europäischer Politik. Auf dieser Stufe standen für Bismarcks Wertung die deutschen Mittelstaaten, standen Belgien, Sardinien, Dänemark. Das empfand Bismarck als die ständige Gefahr des Bundesverhältnisses, daß Preußen sich auf diese Stufe herabdrücken ließe; und dies war ihm das ständige Ärgernis des damaligen Bundessystems, daß die Mittelstaaten auf dem Weg über den Bund zu dem Anspruch eigener europäischer Politik gelangten.¹³ Der Kampf zwischen Preußen und Österreich ging ja im Grunde um die Frage, welche der beiden deutschen Großmächte sich endgültig die Gefolgschaft der deutschen Staatenwelt in der europäischen Politik sichern werde. Ein wirkliches Zusammengehen der beiden Großmächte — so wie Bismarck es immer wieder forderte — hätte die Frage aus der

12. GW II, S. 150.

13. Bismarck verbot es geradezu diesen Staaten, Fragen europäischer Politik vor das Bundesforum zu bringen. Vgl. GW I, S. 318.

Welt geschaffen. Der Sieg Österreichs in dem Rivalitätskampf hätte die Abdankung Preußens als europäischer Großmacht bedeutet. Bismarcks Kampf um Preußens Stellung in Deutschland war zugleich ein Kampf um seine europäische Großmachtstellung: nicht nur in den Mitteln, sondern gerade in der Zielsetzung war Bismarcks deutsche Politik mit seiner europäischen Politik unlösbar verquickt. Mit der Entscheidung von 1866 konnte Preußen der Gefolgschaft der deutschen Staaten in der europäischen Politik für immer sicher sein. Die Reichsgründung war gleichsam die verfassungsmäßige endgültige Festsetzung dieses Ergebnisses, eine Demonstration der preußischen Großmachtstellung. Die Reichsgründung ist als solche nicht ein unmittelbares Ziel von Bismarcks Handeln gewesen; sie hat sich ergeben als natürliche Folge seines Kampfes um Preußens europäische Geltung. Was Friedrich der Große begonnen, hat Bismarck vollendet.

Ihre selbst gesetzte Grenze aber fand Bismarcks Außenpolitik an dem Bestand der fünf Großmächte selbst. Die Beseitigung eines mittleren Staates¹⁴ — z. B. Hannovers — war ihm möglich; die Vernichtung einer Großmacht ganz undenkbar. Die fünf Großstaaten blieben konstante Faktoren seiner Berechnung. So hat ihn bei aller Gegnerschaft gegen Österreich ein Vernichtungswille gegen diese Macht nicht besessen; und nach 1871 hat er Frankreichs versteckte und offene Gegnerschaft nur als Belastung empfunden, die er trotz aller damaligen Überlegenheit der deutschen Machtmittel nicht durch einen vernichtenden Schlag, sondern durch versöhnliche Politik auszugleichen gedachte. Bismarck respektierte Bestand und Eigenart der andern Großmächte, und in der dadurch bedingten Beschränkung des außenpolitischen Ziels liegt der defensive Grundcharakter der Bismarckschen Politik. Das gilt sowohl für die Außenpolitik vor wie für die nach 1871. Das Ziel der Machtstärkung, das Bismarcks Außenpolitik bis 1871 verfolgte und ihr einen aggressiven Akzent gab, war von vornherein begrenzt; danach galt es nur noch, die erreichte preußische Machtvergrößerung, das gegründete Reich also, zu sichern.¹⁵ Nur mit der Einsicht in den defensiven Grundcharakter begreift man den Vertrag von Gastein, die Vorgänge von Nikolsburg und sogar den Frankfurter Frieden.

14. Vgl. Franz a. a. O. S. 57.

15. Vergl. Rothfels, a. a. O. S. XVII ff.

Die drei Einheitskriege waren in ihrer jeweils beschränkten und speziellen Zielsetzung notwendige Episoden, gelegentliche Anwendung militärischer Mittel in der europäischen Politik, die Bismarck wegen der mit ihnen verbundenen Erhöhung des Risikos, wegen der Gefahr des Eingreifens der übrigen Großmächte immer möglichst abzukürzen suchte.¹⁶ In jedem Augenblick, sei es im Kriege oder im Frieden, überschaute und berechnete Bismarck die Verhältnisse Europas, taxierte er die Eigenart, Machtlage, Miteinander und Gegeneinander der fünf europäischen Großmächte; für die Entscheidung auch der kleinen Fragen war die Berechnung des Ganzen, die Diagnose des Gesamtzustandes bestimmend. Bismarck besaß eine Kraft, das Einzelne in seinem Zusammenhang mit dem Ganzen zu beurteilen, die herrschenden und wesentlichen Strömungen und Spannungen zu erfassen, jedes Einzelne in seiner eigenen Art, seiner spezifischen Bewegung zu sehen: das war nicht bloß eine rationale Kunst der Berechnung und Sondierung, sondern ein genialer Instinkt, der ihn Glück und Gefahr jeder Stunde ermessen ließ, der ihn befähigte, „mit fünf Bällen zu spielen“, „Europa vielerlang vom Bock zu fahren“.

Aber mit dem Hinweis auf eine ursprüngliche Kraft Bismarcks, auf eine höhere Begabung und Begnadung ist unserer Frage nach dem Wesen seiner Realpolitik nicht genug getan. Daß Bismarck mit dem nüchternen Blick für das Erreichbare die Politik als „Kunst des Möglichen“ betrieb, daß er alle Mächte gleichzeitig im Auge behielt, ihre Tendenzen durchschaute, ihre Kräfte maß und berechnete, ihr Gegeneinander und Miteinander erwog, um aus Hemmung und Förderung die richtige Diagonale des einzuschlagenden Weges zu finden: das steht zugleich auch in einem tiefen und wesentlichen Zusammenhang mit seiner grundsätzlichen Einstellung, mit seinem politischen Prinzip. Er durchschaute Ziele und Praktiken der anderen Großmächte aus dem Verständnis eigener analoger Notwendigkeit; er hatte den Blick für das Erreichbare und Mögliche,

16. Dieser mäßigend-behutsame Geist der Bismarckschen Politik war einer der Gründe für das Spannungsverhältnis, das in den Kriegen regelmäßig zwischen Regierung und Heeresleitung entstand. Denn Bismarck mußte der Dynamik des Krieges und dem kriegerisch-naiven Siegesimpuls Zügel anlegen. Bezeichnend dafür ist der Auftritt von Nikolsburg.

weil er den eigenen Zielen eine erreichbare und mögliche Grenze setzte, weil es für ihn einen natürlichen Spielraum und eine natürliche Begrenzung der eigenen Staatsmacht gab, die nicht ohne mutwillige Selbstgefährdung überschritten werden konnte und die sich von selbst ergab aus der Anerkennung der übrigen Mächte. Bismarck kannte nicht den gefährlichen Ehrgeiz, dort einzugreifen und zu entscheiden, wo das Interesse der eigenen Macht unbeteiligt war; fremd allen Impulsen cäsarischer Weltgestaltung und Weltformung, kennzeichnet ihn auch im außenpolitischen Bereich eine Zurückhaltung und eine Behutsamkeit gegenüber allem Gewordenen,¹⁷ allen im Werden der Geschichte verankerten Größen und Tatsachen, gemäß seiner Maxime, daß sich Tatsachen nicht verändern, nur benutzen lassen;¹⁸ als solche Größen und Tatsachen erschienen ihm in erster Linie die europäischen Großmächte. Wie er der Obrigkeit seines Staates fromm gehorchte, die Autorität seines Staates nach innen befestigte und nach außen verteidigte, so sehr verehrte er in gläubiger Demut den Gott der Geschichte, indem er die Pentarchie Europas, die großen Staatsmächte- und Autoritäten, als Geschöpfe dieses Gottes erkannte, anerkannte und in ihrem Bestand nicht antastete.¹⁹ Dies mag uns als eine Haltung der Ehrfurcht vor der Würde des Gewordenen erscheinen, als ein Konservativismus also, der sich mit seinem Realismus eigentümlich vereinte. Am deutlichsten zeigt das seine Haltung gegenüber dem Habsburgerreich: er nahm keinen Anstoß an dem Völkergemisch dieses Staates, die innere Morschheit dieses übernationalen, rein dynastischen Gebildes erregte in ihm keinen völkisch-großdeutschen Ehrgeiz, beschäftigte nur seine Sorge wegen der mit seinem möglichen Zusammenbruch verbundenen revolutionären Erschütterung Europas. War Bismarck Imperialist? Diese Frage, die sich an anderer Stelle erhob,²⁰ und die es noch zu beantworten galt, können wir nunmehr aus der Einsicht in das Wesen seiner europäischen Politik verneinen. Die Eigenart seiner Realpolitik schließt jeden Imperialismus aus.

17. „Wir vermögen es nicht, die gegenseitigen Beziehungen der übrigen Großmächte zueinander nach unserer Wahl zu gestalten . . .“ GW II, S. 150.

18. GW II, S. 151.

19. Vgl. Rothfels a. a. O. S. XXXII ff.

20. Vgl. oben S. 53.

Diese Eigenart ist bestimmt durch die Verbindung und Durchdringung des Machtstaatgedankens mit dem Gehalt einer konservativen Tendenz, ja mit dem Bewußtsein gemeineuropäischer Tradition. Das Wesen der Bismarckschen Realpolitik läßt sich nicht auf eine Formel bringen. Sein preußischer Patriotismus, sein weltoffener Tatsachensinn, sein durch Glauben, Blut und Überlieferung bestimmter Konservativismus wirken hier gleichermaßen in wechselseitiger Durchdringung.

Gerlachs und Bismarcks Verhältnis zur Geschichte.

Den Höhepunkt in dem Briefwechsel zwischen Bismarck und Gerlach bildet die Auseinandersetzung vom Mai und Juni 1857,¹ die den entscheidenden Gegensatz zwischen ihnen vollkommen enthüllte. Beide Männer suchten das Fundament ihrer Beweisführung zu verstärken, indem sie die politisch-aktuelle Aussprache zur historischen Betrachtung erweiterten und eben dadurch verrieten, daß ihr Gegensatz über eine bloße Verschiedenheit gegenwärtiger Meinungen hinausging und auf gegensätzlichen Grundauffassungen der europäischen Geschichte beruhte. Dieser Gegensatz war selbst nur der Ausdruck einer tiefen, umfassenden Dialektik, eines in wechselnder Form immer wiederkehrenden Kampfes, der das geistig-politische Schicksal des Abendlandes seit jeher bestimmt. Wir versuchen, Bismarcks Realpolitik aus dieser geschichtlichen Dialektik zu begreifen und sie damit nach ihrer geschichtlichen Stellung einzuordnen.

Es ist der bald heimliche, bald offene Kampf zwischen Universalismus und Staatsgedanke, der die europäische Geschichte durchwaltet und den das deutsche Volk am tiefsten und tragischsten in seinem Schicksal erleben und in seiner Seele austragen mußte. Dieser Kampf vollzog sich die Jahrhunderte hindurch in wechselnder Gestalt; er begann in dem Augenblick, als die römische Kirche das Erbe des römischen Imperiums antrat und seine Tradition übernahm; er setzte sich fort in dem Ringen zwischen der universalen Macht der Papstkirche und den aufstrebenden staatlichen Kräften und Mächten. Universalismus und Staatsgedanke bestimmten in tragischer Verflechtung miteinander Größe und Niedergang des alten deutschen Kaisertums.

Im Zeitalter der staatlichen Territorien, der Staatskirchen, des Macchiavellismus und fürstlichen Absolutismus, in der Epoche, in

1. Br. a. B. S. 208 ff.; Br. a. G. 314 ff.

der das System der großen Mächte sich herausbildete, schien der Universalismus gänzlich zerfallen und überwunden. Der Gedanke des europäischen Gleichgewichts war der kümmerliche Rest eines Bewußtseins europäischer Einheit und Zusammengehörigkeit. In Wahrheit lebte universalistisches Denken weiter in der immer umfassender sich ausbildenden Geisteswelt der europäischen Aufklärung, in den naturrechtlichen Ideen der modernen Philosophie mit all ihren politischen Wunschbildern von Völkerrecht, Völkerbund und ewigem Frieden. Mit mächtigem Appell trat das Menschheitspathos der französischen Revolution vor die Völker und bedrohte die Fürsten- und Staatenwelt des „alten Europa“; ja, zwei Universalismen rangen nun miteinander, denn das alte Europa setzte dem gefährlichen Universalismus der widergöttlichen Revolution den erneuerten Universalismus des Mittelalters, d. h. den Gedanken der überstaatlichen Solidarität aller chrislich-legitimen Obrigkeiten entgegen. Tatsächlich konnte weder der aufklärerisch-revolutionäre noch der christlich-legitimistische Gedanke Kraft und Geltung des rein staatlichen Denkens auf die Dauer beeinträchtigen. Im Gegenteil: die Revolution erweckte allenthalben die Völker zum politischen Leben; sie steigerte den staatlichen Gedanken zum nationalen Erlebnis, sie leitete das Jahrhundert der völkisch-nationalen Erhebungen und Befreiungen ein. Erst im Gefolge der Revolution, die im Namen der Vernunft die Menschheitsverbrüderung verkündigt hatte, entzündeten sich als Wirkung und Gegenwirkung die irrationalen nationalistischen Leidenschaften, die seitdem nicht wieder zur Ruhe gekommen sind. Nur in Deutschland haftete der christliche wie der idealistisch-aufklärerische Universalismus tiefer in Geistern und Herzen und hemmte die Entwicklung zur nationalen Einheit. Der deutsche Geist mußte sich erst aus weltweiten und weltfremden Theorien lösen, ehe er zur Unbefangenheit praktischer Selbstbejahung gelangte.

Diese weltgeschichtliche Dialektik also wird offenbar im Gegensatz zwischen Bismarck und Gerlach. So hat ihn schon Friedrich Meinecke gedeutet und in den großen Prozeß der Geistesgeschichte eingeordnet, zuerst nur andeutend in der Besprechung ihres Briefwechsels,² später im Zusammenhang seiner Forschungen, in

2. Friedrich Meinecke, Bismarck und Gerlach HZ. Bd. 72, S. 44 ff.

denen er den Weg des deutschen Geistes im 19. Jahrhundert vom Weltbürgertum zum national-staatlichen Bewußtsein nachzeichnete.³

Wir begreifen jetzt den tieferen Sinn des Generationsunterschiedes, der die idealistisch-spekulative und schwärmerische Generation Gerlachs von dem realistisch-praktischen Geist der Bismarckzeit trennt. Aus überstaatlicher, staatsfremder Ideologie verneinte Gerlach die schon seit Jahrhunderten währende Entwicklung des modernen Staates und Staatsgedankens; er verleugnete die stärkste Realität der neueren Geschichte, den Staat; sein politisches Denken war daher notwendig zur Unfruchtbarkeit verdammt. Der preußische Staat selbst war ein Produkt dieser modernen Entwicklung. Ein Zwiespalt waltet in Gerlachs historischer Betrachtung mit ihren merkwürdigen Verdrehungen und Fehltritten. Gerlach bejahte eine Einheitswelt und ein einheitliches Prinzip: die umfassend gültige geistig-politische Einheit des christlichen Europa und das Prinzip der Solidarität der christlichen Obrigkeiten. Dabei war er doch führender Politiker eines Staates, der entstanden und groß geworden war in der Emanzipation von dieser Einheitswelt und gegen dieses Prinzip. Dieser Zwiespalt führte ganz folgerichtig zu der Paradoxie, daß dieser Preuße und Protestant den entstehenden Territorialismus und die Glaubensspaltung als Verfalls-symptome des christlichen Europa betrachtete.⁴ Er gewann die Deutung des vergangenen Geschehens und die Richtung des zukünftigen Handelns nicht aus den immanenten Kräften der geschichtlichen Entwicklung, sondern von einem absoluten Standpunkt jenseits alles historischen Werdens und losgelöst von den Mächten und Impulsen der gültigen Wirklichkeit; so verkannte er Vergangenheit und Zukunft des Staates, dem er diente.

Die Diskussion mit Bismarck entzündete sich an dessen Forderung einer Annäherung an Frankreich; denn in dem Napoleoniden an der Spitze des Staates der Volkssouveränität sah Gerlach den Todfeind der christlichen Glaubenswelt und der legitimen Ordnung, die Inkarnation der Revolution.⁵ Bismarck bestritt die Gültigkeit solcher unbedingten Wertung; er wies nach, daß Napoleon III. die

3. Friedrich Meinecke, Weltbürgertum und Nationalstaat.

4. B. a. B. S. 14.

5. Br. a. B. SS. 211, 214, 216, 217, 218, 219.

ungefährliche revolutionäre Eigenschaft der illegitimen Herkunft mit anerkannten Fürsten und Machthabern teile, die gefährliche revolutionäre Eigenschaft eines eroberungssüchtigen Missionsbewußtseins überhaupt nicht besitze.⁶ Bismarck löste das Schreckbild der Revolution auf, indem er ihre Symptome in den Anfängen fast aller Staaten der modernen Welt nachwies und dabei auch Preußen nicht ausnahm.⁷ Mit feiner und tiefer Einsicht sah Bismarck die Ursprünge der Revolution nicht in Frankreich, nicht bei den Bonapartes, vielmehr in den Geschehnissen der Reformationszeit, er erkannte also, daß die gesamte Entwicklung des modernen, nachmittelalterlichen Europa auf revolutionären Geschehnissen beruhte, daß sie in einem Prozeß allgemeiner Emanzipation und Vereinzelung gegenüber Autorität und Bindung bestand.⁸ Damit verlor der Gegensatz von christlichen und antichristlichen, von legitimen und revolutionären Mächten seine Gültigkeit für die Entscheidungen der Gegenwart, damit war das Prinzip des legitimistischen Kampfes gegen die Revolution ad absurdum geführt.

Gerlach deutete das ganze Weltgeschehen als den Kampf zwischen Legitimität und Revolution, zwischen Ordnung und Chaos, zwischen Gott und Teufel; im europäischen Geschichtsverlauf sah er dementsprechend eine epochale Dynamik von christlichem und nicht-christlichem Geist;⁹ den Machtkampf der Staaten übersah und ignorierte er; den eisernen Zwang des Daseins- und Geltungskampfes unter den Mächten, der immer wieder den jeweils gebräuchlichen Schein ideologischer Verkleidungen und Vorwände durchbrach, begriff er nicht; er wußte nichts von dem Bereich naturhaft-brutaler Notwendigkeiten im Verhältnis der Staaten zueinander, nichts von dem elementaren Urgrund materiell und machtpolitisch bedingter unentrinnbarer Gegnerschaften, aus dem sich immer wieder mit mächtiger Folgerichtigkeit das Ringen und Kämpfen, das Handeln und Feilschen der europäischen Tagespolitik ergab und das wie ein geheimes Kräftefeld die Energien des geschichtlichen Lebens ausstrahlte. Mit diesem Kräftefeld und Wurzelboden der europäischen

6. Br. a. G. S. 327—329.

7. Br. a. G. S. 327.

8. Br. a. G. S. 329.

9. Br. a. B. S. 209 ff.

Politik aber war Bismarck aufs feinste vertraut, nicht aus bloßer Kenntnis und Erfahrung, sondern aus Instinkt und Begabung; auf den Machtkampf der Staaten in Geschichte und Gegenwart war Bismarcks Blick und Interesse gerichtet. So durchschaute er das Wesentliche und Entscheidende, die geheimen und offenen Triebfedern des politischen Geschehens. Sein Denken und Urteilen war im Einklang mit Lauf und Richtung der Dinge, mit Gang und Rhythmus des geschichtlichen Lebens. Jenes Gefühl für Gunst oder Ungunst der Stunde, für die jeweilige Konstellation der Mächte, jenes tastende und witternde Erspüren der Kräfte und Hemmnisse, Bismarcks eigentliches politisches Können und Vermögen, seine Realpolitik also, beruht zutiefst auf seinem Verhältnis zur Geschichte.

Gerlach wertete die Staaten nach einem unifizierenden Schema seines Prinzips; er maß und beurteilte sie lediglich in geschichtsloser Abstraktion nach dem gleichbleibenden Muster seines christlichen Staatsideals. Für Bismarck aber war die Staatenwelt reich und vielgestaltig; er erkannte im Gewordenen das Werden; er sah in jeder Macht die jeweilige Staatsindividualität, ihr spezifisches Sein und ihr besonderes Leben; er erkannte die individualisierende Kraft des Geschichtsprozesses, der allenthalben aus naturhaften Bedingungen und Schicksalen einmalige Gestaltungen und Formen schuf; er wußte von der eigentümlichen Kraft des Beharrens im Geschichtsverlauf, die in der ewigen Umgestaltung von Daseinsweise und Lebensgefühl doch durch die Jahrhunderte hin das kontinuierliche Wesen der Staatsindividuen ausprägte, vertiefte und bei der jeweiligen Macht immer wieder die gleiche Richtung und den gleichen Rhythmus des politischen Strebens und Handelns erkennen ließ. Er wußte, daß die machtpolitischen Interessen der Staaten eben nicht, wie Gerlach meinte, „schwankende“ seien, sondern mit Notwendigkeit aus dem gleichbleibenden individuellen Wesen jeder einzelnen Macht hervorgingen. Während Gerlach in der Überzeugung, daß die ganze Welt verrückt sei,¹⁰ sich abwandte von dem Gesicht einer Gegenwart, das ihn erschreckte und ihm rätselhaft blieb, und sich dafür den edlen Anblick eines christlich-geordneten Europa erträumte, war Bismarcks nüchterner Blick vertraut mit dem Antlitz Europas und las in seinen Zügen die Spuren und Zeichen eines langen geschichtlichen Werdens.

¹⁰ Br. a. B. S. 220.

Ergebnis.

Versuchen wir abschließend und zusammenfassend eine begriffliche Formulierung, so geschieht das mit dem Wissen um das Ungeügen solcher Versuche, dem Lebendigen mit logischen Begriffen beizukommen; die Schwierigkeit besteht eben darin, die knappe und doch erschöpfende Formel zu finden für das Wesen einer Politik, die dem Lebendigen zugewandt war und so selbst den Stempel der vieldeutigen Unerschöpflichkeit alles Lebendigen trug.

Bei unserer Betrachtung stießen wir immer wieder auf zwei charakteristische Wesenszüge Bismarcks, in deren Verbindung wir den Kern seines politischen Denkens erkennen mögen: das Prinzip der Macht neben dem Prinzip der Erhaltung, ein machtpolitisches Element neben einem konservativen Element. Als Leitsatz stellen wir die wichtigste Erkenntnis voran: das machtpolitische Element hatte gegenüber dem konservativen den entscheidenden Vorrang. Denn wo dieses machtpolitische Element auf Traditionen, Stimmungen und Gefühle nur patriotischer oder konservativer Art stieß und diese sich als Hemmnisse und so als Gefahren für den Staat und seine Macht erwiesen: da wurden sie beiseite geschoben.¹

Bismarcks Verhältnis zu Frankreich kann das am besten verdeutlichen: In Bismarck selbst lebte das patriotische und konservative Bewußtsein einer nationalen und weltanschaulichen Gegnerschaft zum Staate Ludwigs XIV., zum Lande der Aufklärung und der Revolution; eben deshalb aber forderte er um 1857 die scheinbare oder wirkliche Annäherung an Frankreich; solche historischen und gefühlsmäßigen Reminiszenzen sollten nicht zur Fessel werden für die Bewegungsfreiheit des eigenen Staates.² Wenn das konser-

1. GW II, S. 150.

2. Man vergleiche dazu noch einmal im Zusammenhang Bismarcks Urteile über Frankreich; immer begegnen wir dem Nebeneinander einer gefühlsbestimmten Einstellung gegen Frankreich und einer realpolitischen Nüchternheit, die jenem Gefühl meist widerstreitet. Die letztere allein war maßgebend für seine Ratschläge und Forderungen. GW I, SS. 261, 291, Br. a. G. SS. 56, 116.

vative Prinzip dem machtpolitischen Erfordernis widerstritt, dann wurde es von dem Gebot der Stunde, von der Lebensnotwendigkeit des Staates einfach überwunden und zur Unverbindlichkeit verurteilt; dann entstand äußerstenfalls eine merkwürdige und waghalsige Zwiespältigkeit in Bismarcks Handeln, dann benutzte er Kräfte und Mächte, die er bei anderer Gelegenheit bekämpfte und in Schranken hielt; Kräfte der öffentlichen Meinung, des Volkswillens, ja des Liberalismus, Kräfte, die in ihrer Tendenz und Dynamik den alten Ordnungen strikt zuwider waren. Dann erfolgte im extremen Grenzfall eine radikale Trennung von Innen- und Außenpolitik, indem Bismarck außenpolitisch dem Teufel der Revolution die Hand reichte, den er innenpolitisch zu Boden schlug. Diese Trennung von Innen- und Außenpolitik ist also direkte Folge des Staats-individualismus, des Primates der rein staatlichen Machtpolitik, welche die Revolution als Schwäche des Gegners zu eigenem Vorteil benutzt, die den Gegner mit der Krankheit bedroht, vor der man sich selbst zu bewahren sucht. Dieses Prinzip, die preußische Macht auch mit den bedenklichsten Mitteln zu wahren und zu fördern, birgt in seinem Grunde das Vertrauen auf diese Macht, daß sie ohne Selbstgefährdung zu diesen Mitteln greifen könne; birgt den stolzen Glauben, daß das monarchisch-obrigkeitliche Gefüge des preußischen Staates stark genug sei, die Belastung einer revolutionierten Umwelt zu ertragen. Nicht in jedem Falle also gingen das machtpolitische und das konservative Element auseinander und widerstritten sich. Hier, in der innenpolitischen Bewertung und Auffassung des eigenen Staates, gingen sie vielmehr zusammen und durchdrangen einander. Wie Bismarck in der unbedingten Autorität der Regierung die beste Gewähr von Stetigkeit und Macht nach Innen und Außen sah, so sah er andererseits in den traditionell-obrigkeitlichen Formen des preußischen Königtums die beste Gewähr für Bestand und Dauer dieser Autorität. Bismarck ist Monarchist aus Blut und Glauben gewesen, nicht bloß als machtpolitischer Utilitarist. Aber das machtpolitische Element seines Denkens gab hier dem monarchisch-konservativen Element doch einen praktisch-patriotischen Sinn. Gerlach verfocht Königtum und Obrigkeit als ewige Ordnungen der diesseitigen Welt, Bismarck verfocht sie als tragende Pfeiler des preußischen Staates; er fühlte sich zwar als Christ seiner Obrigkeit, aber eben nur seinem König verpflichtet. In dieser wechsel-

seitigen Durchdringung des machtpolitischen und des konservativen Elements besteht der Kern von Bismarcks politischer Anschauungs- und Glaubenswelt; dieser Wurzel entstammen die verschiedenen Züge seines politischen Wesens, die, ohne daß der eine aus dem andern hervorginge, ohne daß einer sich durch den andern restlos erklären ließe, doch alle in wechselseitiger Durchdringung voneinander Sinn und Bestimmung erlangen: sein Monarchismus, sein preußischer Patriotismus, sein machtpolitischer Realismus. In solcher Durchdringung mit machtpolitischer Erwägung wirkte sich Bismarcks Konservatismus und Monarchismus auch außenpolitisch aus: nicht in der Weise Gerlachs, sich für gewisse Staatssysteme als legitime Obrigkeiten allenthalben in Europa verantwortlich zu fühlen, sondern in einer gewissen Skepsis gegenüber der Solidität und Bündnistreue solcher Mächte, deren politisches Handeln sich auf das schwankende Element wechselnder Volksstimmungen und parlamentarischer Mehrheiten stützte.³ Mehr noch als innenpolitisch modifizierte sich außenpolitisch sein Konservatismus zu praktischer Erwägung des eigenen Staatsnutzens. Der Kampf gegen die Revolution war für Bismarck nicht ein Prinzip der europäischen Politik; er bekämpfte die Revolution, solange und soweit sie eine Gefahr für die preußische Staatsautorität war. Aber mochte Bismarck im Vertrauen auf Preußens eigene Festigkeit äußerstenfalls revolutionäre Kräfte außenpolitisch benutzen, er wußte doch, daß revolutionäre Erschütterungen der europäischen Welt jedenfalls einen Faktor der Unsicherheit und Bedrohung auch für Preußen darstellten; und deshalb sah er doch die Dämonen der Rebellion und des Umsturzes lieber gebändigt und gefesselt. Er sprach wohl sein trotziges *Acheronta movebo*:⁴ aber die Mächte, die er nach diesem Wort zu rufen sich nicht scheuen würde, blieben ihm doch „Acheronta“: Mächte der Zerstörung. Bismarck bejahte die großen Mächte Europas als Elemente der Schwerkraft, der Bändigung und Hemmung über einer dunkel drohenden Tiefe entfesselter Kräfte; er bejahte sie als die sichernden Stützpunkte und Fundamente des Bodens, auf dem sich die europäische Ordnung und Gesittung erhob

3. Bezeichnend dafür ist B.s skeptische Haltung gegenüber England, sein Mißtrauen in dessen Zuverlässigkeit. Vgl. GW II, S. 143.

4. *Flectere si nequeo superos, Acheronta movebo.*

und unter der Gewalten der Vernichtung drohten wie glühende Lava unter der Erdkruste.⁵ Indem Bismarck so in den Großmächten Bildungen von eigenem Recht und eigenem Wesen anerkannte und in ihnen als solchen die Festigkeit des Historisch-Gewordenen gesichert sah gegen die verwüstenden Ausbrüche chaotisch-gewalt-samen Werdens, grenzte er eben dadurch das Machtstreben der eigenen preußischen Politik in bestimmter Weise ein. Das machtpolitische Element beherrschte zwar Bismarcks Denken entscheidend, aber indem das erhaltene Element den Machtgedanken durchdrang, setzte es ihm seine klare Schranke.

5. Vgl. Rothfels, a. a. O. S. XXXII.

Schlußbetrachtung.

Bismarcks Realpolitik war nicht eine errechnete Technik politischen Handelns, nicht ein nach dem jeweiligen Ziele kalkuliertes rationales Verfahren: sondern sie erwuchs aus Bismarcks Individualität, war bestimmt durch seinen Glauben, durch sein Verhältnis zu Gott und Welt, sie war ausgerichtet nach Bismarcks gleichbleibenden eigenartigen Überzeugungen. Bismarck meisterte nicht eine bestimmte gesetzte Aufgabe — die Reichsgründung — nach den durchdachten Vorschriften eines realpolitischen Rezepts. Er suchte vielmehr der sich ihm jeweils aufdrängenden Lage und Schwierigkeit Herr zu werden nach der Weise der in ihm wirkenden, ihm eigentümlichen Anschauungswelt, nach dem Maß der in ihm tätigen Kräfte und Leidenschaften, Wertungen und Impulse. Er gelangte dabei auf einen politischen Weg, der schließlich in der Reichsgründung gipfelte, auf einen Weg, auf dem er voranschritt nicht im Sinne eines ausdrücklichen Vorhabens, sondern gemäß einer inneren Logik in seinem eigenen Fühlen und Denken und in der Struktur der politischen Zeitlage. Bismarcks Realpolitik war ein individuelles und zeitgebundenes Tun. Ihre Zeitgebundenheit mag sich uns verdeutlichen, wenn wir einen Blick auf die Gegenwart werfen.

Die Nationalisierung Europas ist seitdem vorangeschritten: der Habsburgerstaat ist diesem Prozeß zum Opfer gefallen; das Eigenbewußtsein aller Völker ist gewachsen, neue Nationalstaaten sind entstanden. In Deutschland selbst wird das Volks- und Staatsleben auf völkischem Fundament neu gestaltet durch eine Bewegung, die, aus revolutionärer Gärung erwachsen, durch einen Mann geformt und geführt, durch stärksten Willenseinsatz und in schärfster Disziplin zum Träger des Staates geworden ist. Nicht nur Gerlachs, auch noch Bismarcks Konservativismus rechnete die Regungen eines nationalistischen Volkswillens zu den revolutionär-chaotischen Gewalten, die als solche für die alte Ordnungswelt eine Gefahr bedeuteten. In Gerlachs politischem Denken hatten Volk und

Staat als Begriffe und Realitäten keinen Platz und kein Recht; er kannte nur die göttlich sanktionierte, vom König bis herab zum Hausvater sich gliedernde Obrigkeitspyramide; die legitime Obrigkeit war der Zentralbegriff seines politischen Denkens. Heute ist das aus Blut, Raum und Schicksal geformte Volk Ausgangs- und Richtungspunkt der politischen Willensbildung, und an die Stelle einer mit ewigem metaphysischem Recht ausgestatteten „legitimen“ Obrigkeit trat der Gedanke und die Realität des aus dem Volk geborenen, vom Volk getragenen und allein durch den Volkswillen gerechtfertigten Führertums; der Staat ist dabei nur ein Sekundäres, das Produkt und die Gestalt dieses völkischen Gemeinschaftswillens.

Zwischen diesen polaren Gegensätzen des rein-obrigkeitlichen und des rein-völkischen Denkens hält Bismarcks staatliches Denken eine Mittelstellung, die Verbindung hat nach beiden Seiten. Bismarcks Staatsgedanke ist zwar noch vom Prinzip der legitimen Obrigkeit bestimmt; aber wie der moderne Staat als geschichtliche Realität mehr war als die Dynastie, die ihn repräsentierte, so wußte auch Bismarcks Staatsgedanke schon von den Kräften, die aus dem Selbstbewußtsein des Staatsvolkes in das alte Ordnungsgefüge einströmten. Bei alldem ist klar zu scheiden: nicht die Obrigkeit im Gerlachschen Sinn, nicht das Volk im heutigen ausschließlichen Sinn, sondern der Staat war Mittelpunkt von Bismarcks politischem Denken und Wollen. Die alte Obrigkeit war ihm nur die sicherste Säule, das Volk nur die beste Kraft des Staates.⁶

6. So ist der Ausgangspunkt seines politischen Handelns immer das staatlich-machtpolitische, nie das völkisch-nationale Motiv, selbst dort, wo dieses Handeln auch im völkischen Sinn für die Nation unmittelbar fruchtbar geworden ist, und deshalb eine völkische Motivierung seiner Politik dem rückschauenden Betrachter nahe liegt. Das gilt z. B. für seine Politik in der dänischen Frage (Br. a. G. S. 305, Franz, a. a. O. SS. 44, 59), für seine Haltung zur Annektion von Elsaß-Lothringen; das gilt für die Reichsgründung überhaupt. Wir ermessen den ganzen Unterschied zwischen seinem rein staatlichen Denken und der heutigen völkischen Gesinnung, wenn wir Bismarcks Haltung zur Donaumonarchie, die er als staatlich-historisches Gebilde ohne jeden großdeutschen Ehrgeiz durchaus anerkannte, vergleichen mit dem von Abscheu erfüllten leidenschaftlichen Protest gegen dieses dem völkischen Standpunkt absurde Staatsgebilde, aus dem der junge Adolf Hitler sein erwachendes völkisches Empfinden nährte. (Vgl. Hitler, Mein Kampf I S. 8 ff., 14).

Bei aller Verschiedenheit des politischen Denkens blieben Bismarck und Gerlach doch verbunden in dem gemeinschaftlichen Glauben an das metaphysische Recht und die ewige Würde der monarchischen Obrigkeit. Dieser Glaube bestimmte Bismarcks Staatsgefühl, das von der legitimen Obrigkeit, nicht vom Volke ausging, das dem Staat ein Prioritätsrecht dem Volke gegenüber gab.⁷ Als Christ leitete Bismarck nicht, wie Gerlach, aus dem christlichen Gebot für sein politisches Handeln konkrete moralische Forderungen ab; er wußte von der Unvereinbarkeit von christlicher Moral und Politik; er sah als guter Protestant die durch keine christlich-legitimistische Doktrin zu überbrückende Kluft zwischen Diesseits und Jenseits; aber sein christliches Gewissen bestimmte ihn doch, seinen Dienst für Staat und Volk zugleich als Dienst für König und Dynastie als der von Gott gesetzten Obrigkeit zu begreifen und sich ihr verantwortlich zu wissen. Sein Verantwortungsbewußtsein vor Gott bestimmte nicht den konkreten Inhalt seiner Politik,⁸ wohl aber den Geist und die Gesinnung seines Handelns. Es ist der Geist demütig-stolzer Hingabe im selbstlos-pflichttreuen Dienst für den Staat,⁹ der die Geschichte Brandenburg-Preußens durchweht und der das Ethos und die Größe dieses Staates schuf. In diesem Geist sind Bismarcks Christentum und sein Preußentum, sein Monarchismus und sein Patriotismus in tiefstem Einklang. In diesem Geist seiner nach Form und Inhalt zeitbefangenen und zeitbestimmten Staatsauffassung liegen zugleich die überzeitlichen, ewigen Kräfte,

Wenn Bismarcks Politik also nicht vom Völkischen her bestimmt war, so schließt das natürlich sein starkes völkisches Empfinden nicht aus. Aber es ist doch bezeichnend genug, daß bei äußerst reservierter Stellung gegenüber dem Judentum (vgl. Br. a. Br. u. G. S. 63; Br. a. G. S. 300; Franz a. a. O. S. 19) es Bismarck doch fern lag, die Realität „Volk“ von Art und Rasse her zu begreifen. Das Rassenproblem war noch nicht ins Bewußtsein dieser Zeit gedrungen.

7. Über das Verhältnis von Staat und Nation bei Bismarck vgl. Rothfels a. a. O. S. XXXI; Franz a. a. O. SS. 33, 45, 55, 62.

8. Antikatholische Impulse seines Protestantismus, die da und dort bei ihm auftauchen, haben als solche keine wesentliche Wirkung auf seine außenpolitischen Erwägungen ausgeübt; wo wir ihnen begegnen, sind es Reflexe des Kampfes gegen Österreich und dessen ultramontane Parteigängerschaft in Deutschland. Vgl. Franz, a. a. O. S. 52 f.

9. Br. a. Br. u. G. SS. 275, 294, 314, Br. a. G. 323.

aus denen das Leben eines Volkes sich immer wieder zu erneuern vermag.

Aber seien wir uns zum Schluß darüber klar, daß wir mit der Erkenntnis dieses Pflichtethos, mit dieser christlichen Sinndeutung die menschliche und politische Existenz Bismarcks nicht erschöpfend begreifen können. Auch Gerlach war, bei aller rationalistisch-ausgeklügelten Geistigkeit seiner Doktrin, nicht bloßer Intellektualist, sondern er war bewegt von Gefühlskräften, die sich nährten aus seinem christlichen Glauben, die seinem politischen Fühlen und Meinen das Gepräge von sentimentalisch-mystischer Schwärmerei gaben und ihre pietistische Herkunft nicht verleugneten.¹⁰

Die Leidenschaft und kämpferische Inbrunst aber, mit der Bismarck sich eins fühlte mit der Sache seines Staats und die das Wesen und Leben des unermüdlichen Kämpfers ganz erfüllte, stammt nicht aus dem Geist des Christentums. Seine echt-protestantische Gläubigkeit vermochte im Gegenteil ihn in Augenblicken rätselhaft-grüblerischer Besinnung zu erheben über das Kämpfen und Treiben dieser Welt; ließ ihn dann mit Augen wissender Skepsis auch im eigenen Tun und Streben irdische Vergänglichkeit und fruchtlose Eitelkeit sehen;¹¹ und nur das Gebot der Pflicht hielt ihn dann fest an der Forderung des Tages.¹² Sein Christentum mag uns den Sinn und die Beharrlichkeit seines politischen Schaffens erhellen, kann aber nicht die aus irrationaler Tiefe emporschießende leidenschaftliche Gewalt seines kämpferischen Wesens erklären, vor der Begriffe und Namen zerflattern. Begnügen wir uns mit der Einsicht, daß diese Leidenschaft Kräfte auslöste, die dem deutschen Volk den Weg zu neuer Zukunft eröffnet haben.

10. Mit dieser Mischung von intellektueller Geistigkeit und mystischer Schwärmerei war G. ein typischer Vertreter der romantischen Generation. Ähnlich sagt Meinecke (Weltbürgertum und Nationalstaat, III. Aufl. S. 313): Bei ihnen (den Gerlachs) ist es schwer, ja unmöglich, Doktrin und Empfindung zu trennen, bei Bismarck ist es schwer, ja unmöglich, Interesse und Empfinden auseinanderzuhalten.

11. Br. a. G. S. 346 f.

12. Br. a. Br. u. G. SS. 298, 325.

Literatur.

I. Quellen.

- Otto von Bismarck: Die gesammelten Werke (Friedrichsruher Ausgabe) Bd. I u. II. Zit. GW.
- Preußen im Bundestag 1851–1859, hrsg. von Heinrich von Poschinger, Bd. I–III, Leipzig 1882. Zit. Posch.
- Bismarck und der Bundestag: Neue Berichte Bismarcks aus Frankfurt a. Main 1851–1859 hrsg. von Hch. v. Poschinger, Berlin 1906. Zit. N. B.
- Bismarcks Briefe an den General Leopold v. Gerlach hrsg. von Horst Kohl, Berlin 1896. Zit. Br. a. G.
- Denkwürdigkeiten aus dem Leben Leopold v. Gerlachs nach seinen Aufzeichnungen hrsg. von seiner Tochter, Bd. I u. II, Berlin 1891/92. Zit. Dkw.
- Briefe des Generals Leopold von Gerlach an Otto von Bismarck. hrsg. von Horst Kohl, Stuttgart 1912. Zit. Br. a. B.
- Bismarck-Jahrbücher I–VI, hrsg. von Horst Kohl.
- Fürst Bismarcks Briefe an seine Braut und Gattin, hrsg. vom Fürsten Herbert Bismarck. 2. Aufl. Stuttgart 1906. Zit. Br. a. Br. u. G.
- Bismarcks Briefe an Schwester und Schwager, hrsg. von Horst Kohl. Leipzig 1915.
- Bismarckbriefe 1836–1873, 7. Aufl., hrsg. von Horst Kohl, Bielefeld 1898.

II. Darstellungen.

- Heinrich von Sybel: Die Begründung des Deutschen Reiches durch Wilhelm I., Bd. II. Volksausgabe, 3. Aufl., München u. Berlin 1913.
- Erich Marcks: Bismarck, eine Biographie. 1. Bd.: Bismarcks Jugend, 7. Aufl., Stuttgart 1909.
- Otto von Bismarck, ein Lebensbild 2.—5. Auflage. Stuttgart 1915.
- Max Lenz: Geschichte Bismarcks, 2. Aufl. Leipzig 1902.
- Martin Spahn: Bismarck, 3. Aufl. München-Gladbach 1922.
- Friedrich Meinecke: Die Tagebücher des Generals von Gerlach. Hist. Zeitschrift Bd. 70, S. 52 ff.
- Gerlach und Bismarck, Hist. Zeitschr. Bd. 72, S. 44 ff.
- Weltbürgertum und Nationalstaat, 3. Aufl. 1915.
- Richard Augst: Bismarck und Leopold von Gerlach, Leipzig 1913.
- Arnold Oskar Meyer: Bismarcks Kampf mit Österreich am Bundestag in Frankfurt. Berlin 1927.
- Bismarcks Glaube, 2. Aufl. München 1933.
- Otto Baumgarten: Bismarcks Glaube, Tübingen 1915.
- Hans Rothfels: Bismarcks Staatsanschauung; in: „Der Deutsche Staatsgedanke, erste Reihe XXI: Bismarck.“ München 1925. S. XV. ff.
- Günther Franz: Bismarcks Nationalgefühl, Berlin 1926.
- Rudolf Stadelmann: Das Jahr 1865 und das Problem von Bismarcks deutscher Politik. München 1933.
- Siegmund Meiboom: Studien zur deutschen Politik Bayerns in den Jahren 1851–59. Göttinger Diss. 1931.
- Bismarck und Bayern am Bundestag (1851–1859). Historische Vierteljahresschrift Bd. 26 (1931).